Erziehung und Wissenschaft

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

4/2011

fair childhood

GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Kinderarbeit: Schwerpunkt ab S. 6 und Beihefter
Ergebnisse Tarifrunde Länder: S. 22 bis 25

GASTKOMMENTAR

Wer muss sich schämen?

Neben mir auf dem Schreibtisch eine Tasse Kaffee. Woher die Bohnen kommen, weiß ich nicht, und ob Kinder dafür geschuftet haben, weiß ich auch nicht. Dabei ist mehr über Kaffee zu wissen nicht schwer. Bei bestimmten Sorten kann man die Herkunft der Bohnen bis auf die Plantage verfolgen, bürgt ein Siegel für faire Arbeitsbedingungen. Doch diesmal: Ein Kauf im Supermarkt auf die Schnelle, nirgends im Regal ein Siegel zu sehen, also entscheidet der Preis.

Dabei müsste ich es besser wissen. Ich war in Guatemala und habe sie gesehen: die Achtjährigen, die Zwölfjährigen, die die Kaffeesäcke den Berg hochschleppen. Mal 30, mal 50 Kilo, je nach Alter, tagein, tagaus.

Und jetzt dieser Kaffee auf meinem Schreibtisch? Nun, auch ohne Siegel steht längst nicht fest, dass Kinder für diesen Kaffee geschuftet haben. Vielleicht war es so, vielleicht aber auch nicht, hoffen wir das Beste.

Foto: privat

Detlef Flintz

Der Mensch ist ein Meister im Verdrängen. So gesehen ist verständlich, dass Menschen, die Kinderarbeit nicht mit eigenen Augen erfahren, sondern nur davon gehört oder gelesen haben, ihre Marke weiterhin bedenkenlos trinken. Und so gesehen ist verständlich, dass fair produzierter Kaffee auf dem deutschen Markt keine wirkliche Rolle spielt.

Dabei ist es nicht nur der Kaffee, der uns Verbraucher nachdenklich stimmen müsste. Morgens beim Anziehen – das T-Shirt: Können wir bei einem Zehn-Euro-Shirt (es geht noch viel billiger!) „Made in China“ sicher sein, dass es „sauber“ produziert wurde? Damit meine ich nicht nur die mögliche Wasserverschmutzung durch giftige Färbstoffe, sondern auch die Arbeitsbedingungen. Das aber ist nur der Start in einen Tag voller Nachdenklichkeit. Das Frühstück am Küchentisch: Welches Holz wurde wo für den Tisch abgeholzt? Die Schuhe aus Leder: Das Gerben kann Mensch und Umwelt krank machen, vor allem in Entwicklungsländern. Das Aluminium im Auto: Für Alu-Minen wird jede Menge Regenwald gerodet (für Grillkohle übrigens auch). Die Banane für zwischendurch: Kinderarbeit gibt es nicht nur auf Kaffeeplantagen. Die Schokolade, das Handy, das Schmuckstück, der Teppich …

Vielleicht doch besser, man denkt nicht drüber nach. Überhaupt: Sollte man die Nachdenklichkeit nicht eher bei denen einfordern, die an den Problemen viel näher dran sind, sich vor Ort auskennen? Aber: Meister im Verdrängen – das müssen wohl auch die meisten Kaffee-Einkäufer sein. Niemandem, der sich in Ländern wie Guatemala unangemeldet auf Kaffeeplantagen (s. Seite 6 ff.) umschaut, dürfte die miserabel bezahlte Plackerei entgehen, das Leben in erbärmlichsten Behausungen, an der Grenze zum Überleben – obwohl bzw. gerade weil die Kinder mitverdienen. Dennoch ist die Achtung dieser Menschen für viele große Röster vor allem ein Zukunftsprojekt. Gewiss, hier geben sie schon heute Geld für den Bau einer kleinen Schule, dort haben sie einen fair produzierten Kaffee in ihrem Sortiment. Doch bei der großen Masse garantieren die Röster für nichts.

Wir kaufen diesen Kaffee trotzdem.

Wer muss sich dafür jetzt schämen? Wir Konsumenten – mal auf der Jagd nach dem nächsten Sonderangebot, mal vor der schwierigen Frage, ob es heute die Vulkanbohnen oder doch eher die mit der Fruchtnote sein sollen? Oder die Röster – weil sie uns mit ihren Appellen an Geiz einerseits und Genuss andererseits erst dahin gebracht haben?

Kurzum – könnten wir Kaffeetrinker auch anders? Es käme auf einen Versuch an. Einer, der Verdrängen nicht zulässt. Der die Röster zwingt, Kinderarbeit offen einzugestehen. Und uns Konsumenten zwingt, dieses Eingeständnis wahrzunehmen. Also: Angelehnt an die Warnhinweise bei Zigaretten sollte auf jeder Kaffeepackung, die keine fairen Arbeitsbedingungen garantiert, ein Bild zu sehen sein. Kein Dampf, der aus der Tasse steigt, auch kein Naturidyll. Sondern das Foto eines kleinen Jungen, der einen Kaffeesack den Berg hoch schleppt. Und wenn es noch einer Erklärung bedarf, der Text: „Er könnte auch für diesen Kaffee geschuftet haben.“

An den Verkaufszahlen für fair produzierten Kaffee ließe sich ablesen, ob wir Konsumenten es sind, die sich schämen müssen.

Detlef Flintz, Redakteur in der Wirtschaftsredaktion, Fernsehen, des WDR

Prämie des Monats
Seite 5

Edles Design für schönen Stil. Sie werben im April ein Mitglied und erhalten ein Schreibset von Senator. Mit Kugelschreiber und Rollerballstift im Etui.

Impressum

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 63. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund.
Vorsitzender: Ulrich Thöne.
Redaktionsleitung: Ulf Rödde.
Redaktion: Helga Haas-Rietschel.
Redaktionsassistenz: Renate Körner.
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.,
Telefon (0 69) 7 89 73-0, Telefax (0 69) 7 89 73-2 02.
Internet: www.gew.de

Redaktionsschluss ist der 10. eines jeden Monats. Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich, jeweils am 5. des Monats mit Ausnahme der Sommerferien.

Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann, Heddernheimer Landstraße 144, 60439 Frankfurt
Druck: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt.

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saar, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen,
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller,
Tel. (02 01) 8 43 00-0, Telefax (02 01) 47 25 90,
anzeigen@stamm.de; **www.erziehungundwissenschaft.de,**
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 1. 1. 2009,
Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Altpapier gedruckt.

ISSN 0342-0671

Foto: imago

*Frauen haben **„ein Anrecht auf Macht“**. „Deshalb muss die Quote plus her!“, fordert GEW-Frauenexpertin Anne Jenter. In vielen Ländern ist sie ein wichtiges Instrument, um qualifizierte Frauen in die Chefsessel zu bringen. Hierzulande „kleben“ die Männer an den Chefstühlen. Doch mit Quotierung allein kommt Gleichstellungspolitik nicht in Schwung. Zusätzlich ist ein Bündel von Begleitmaßnahmen nötig – wie die gleiche Bezahlung gleichwertiger Arbeit. Denn: Warum sollte beispielsweise eine Grundschullehrerin weniger verdienen als ein Gymnasiallehrer?* ***Seite 30***

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sie arbeiten in Steinbrüchen, Minen, auf Baumwollplantagen, ernten Kaffee- und Kakaobohnen: Kinder, die noch nie eine Bildungseinrichtung von innen gesehen haben. Kinder, die ausgebeutet werden, deren Gesundheit ruiniert und deren körperliche Unversehrtheit skrupellosen Unternehmern egal ist. Kinder, die tagtäglich ihr Leben aufs Spiel setzen. Kinder, die keine Chance haben, aus dem Teufelskreis von Armut und Bildungsarmut auszubrechen, wenn sie keine Hilfe und Unterstützung bekommen.

„Bildung statt Kinderarbeit“ lautet das Motto der Initiative, die die GEW jetzt startet. Die Aktion hat zwei Standbeine: In Entwicklungsländern will die Bildungsgewerkschaft mit Kooperationspartnern dazu beitragen, Jungen und Mädchen aus Kinderarbeit zu befreien und dabei helfen, dass sie Bildungseinrichtungen besuchen können. In Deutschland will die GEW Menschen für das Thema sensibilisieren, Diskussionen initiieren und damit ein größeres Problembewusstsein schaffen – und Veränderungen des Konsumverhaltens anstoßen.

Im Schwerpunkt und dem Beihefter in der Mitte der „Erziehung und Wissenschaft“ finden Sie viele Informationen zum Thema Kinderarbeit und über die GEW-Stiftung „Fair Childhood“. „Fair Childhood“ hat die GEW gegründet, um ihr Engagement gegen Kinderarbeit auf ein solides Fundament zu stellen. Die Stiftung finanziert sich durch Spenden. Bitte spenden auch Sie, damit wir das erste „Fair Childhood“-Projekt, Mädchen aus Baumwollplantagen in Indien herauszuholen und in Brückenschulen zu bringen (s. S. 2f. des Beihefters), unterstützen können. Vielen Dank!

Ulf Rödde, Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

Gastkommentar
Wer muss sich schämen? — *Seite 2*

Impressum — *Seite 2*

Auf einen Blick — *Seite 4*

Titel: Bildung statt Kinderarbeit
1. *Guatemala: Rackern für die Kaffeebohne* — *Seite 6*
2. *Türkei: Arbeit vor Schule* — *Seite 10*
3. *GEW-Kommentar: „Wer, wenn nicht wir?!“* — *Seite 12*
4. *Service: Kinder- und Jugendbücher* — *Seite 13*
5. *GEW gründet Stiftung „Fair Childhood“* — *Seite 14*
6. *Konsum: Garantiert „kinderarbeitsfrei“?* — *Seite 16*
7. *Harte Fakten: 220 Mio. Jungen und Mädchen arbeiten* — *Seite 18*
8. *Dakar: „Langer Atem, viel Geld, gute Argumente“* — *Seite 20*

Internationales
Globale Bildungskampagne: Mädchen und Frauen — *Seite 21*

Tarifpolitik
1. *Ländertarifrunde: Mehr Geld – aber keine Entgeltordnung für Lehrkräfte* — *Seite 22*
2. *Nichts zu beschönigen: Etappenziel nicht erreicht* — *Seite 23*
3. *Einwurf: So viel Demokratie muss sein!* — *Seite 24*
4. *Altersteilzeit: Alte Probleme – neue Perspektiven* — *Seite 32*

Schule und Wirtschaft
1. *Schulkongress: „Deutschland hat eine Technikfeindlichkeit“* — *Seite 26*
2. *Interview mit Gerd-E. Famulla: „Nicht nur ein homo oeconomicus“* — *Seite 27*

Gesellschaftspolitik
1. *Schuldenbremse: Ausgebremst* — *Seite 28*
2. *Frauenquote: Ein Anrecht auf Macht* — *Seite 30*
3. *Sozialwahl: Hart umkämpft* — *Seite 31*
4. *Atomkatastrophe in Japan* — *Seite 33*
5. *Neonazi-Aufmarsch: Rot siegt über Braun* — *Seite 38*

Berufliche Bildung
Übergang in den Beruf: Kommunen am Drücker — *Seite 34*

Hochschule
1. *Wissenschaftszeitvertragsgesetz: Lizenz zum Befristen* — *Seite 35*
2. *Arbeitsplatz Hochschule: Nicht im Gleichgewicht* — *Seite 36*

Jugendhilfe
Sprachförderung: „Sprechen statt testen“ — *Seite 37*

Marktplatz — *Seite 38*

Recht und Rechtsschutz — *Seite 39*

Leserforum — *Seite 40*

Service: *BFW Sterbegeldversicherung* — *Seite 42*

Diesmal — *Seite 48*

Beihefter: *GEW-Stiftung „Fair Childhood“*

Titel: Werbeagentur Zimmermann

„Auf geht's zum 1. Mai!"

GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne spricht auf der Kundgebung in Trier, Stellvertreterin Marianne Demmer in Erfurt.

Kommunen kassieren mit Hartz IV ab

Das Bildungspaket, Herzstück der Hartz-IV-Reform, sollte u. a. mehr kostenlose Mittagessen an Schulen für arme Kinder ermöglichen. Nun droht, dass das Geld des Bundes bei den Kommunen versickert. Viele Kommunen und einige Länder hatten bereits eine warme Mahlzeit pro Tag für bedürftige Schulkinder ganz oder teilweise bezahlt. Diese freuen sich jetzt über den neuen Geldsegen aus Berlin und wollen ihre Zahlungen einstellen. „Das Bildungspaket wird dazu führen, dass viele freiwillige Leistungen vor Ort zurückgefahren werden, weil der Bund ab sofort dafür geradesteht. In solchen Fällen ist das Ganze nichts anderes als ein finanzieller Verschiebebahnhof, ohne dass es für arme Kinder mehr oder bessere Leistungen geben muss", so *Werner Hesse*, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes gegenüber der Süddeutschen Zeitung (SZ).
Insgesamt hat der Bund für das Bildungspaket 1,6 Milliarden Euro veranschlagt. Ein Großteil davon ist für kostenfreies Essen in Schulen und Horten sowie für Schulsozialarbeiter vorgesehen (s. *E&W* 3/2011). „Die Kommunen werden mit Blick auf ihre Finanzen versucht sein, ihre eigenen Programme zu ersetzen und die Nettoentlastung in erster Linie zur Konsolidierung ihres Haushaltes zu nutzen", meint Hesse.

„PISA"-Test für Erwachsene: desaströs

Jeder vierte Bundesbürger hat massive Probleme mit Lesen, jeder fünfte beim Rechnen. Die Lese- und Rechenschwäche der Betroffenen sei so groß, dass sie im Alltag oft vor unüberwindbaren Problemen stünden. Damit fehle ihnen auch die Voraussetzung, um langfristig auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das geht aus einer Anfang März veröffentlichten Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) hervor. Die 2007 begonnene Untersuchung „Arbeit und Leben im Wandel" (ALWa) soll Erkenntnislücken über den Bildungsstand bei Erwachsenen schließen. Das IAB hat bei knapp 4000 Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 52 Jahren die Lese- und Rechenfähigkeiten getestet. Demnach verfügten fünf Prozent der Getesteten nicht einmal über die grundlegendsten Rechenfähigkeiten des untersten Testniveaus 1, 19 Prozent lösten gerade noch Aufgaben des immer noch unzureichenden Kompetenzniveaus 2. Noch größere Schwächen zeigten sich beim Lesen. So erreichten 26 Prozent nur die Kompetenzstufen 1 und 2.

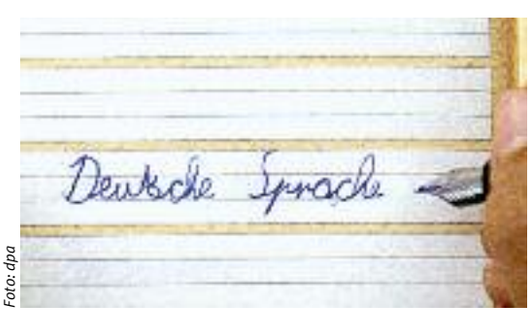


Foto: dpa

Wer kaum schreiben, lesen und rechnen kann, dem fällt es schwer, den Alltag zu meistern.

Erst vor kurzem hatte eine Studie der Hamburger Universität* Aufsehen erregt, nach der 7,5 Millionen Menschen (14 Prozent) in Deutschland so genannte funktionale Analphabeten sind. Die Volkshochschulen fordern eine nationale Bildungsoffensive im Kampf gegen Analphabetismus. Dafür müsse der Bund weit mehr als die zugesagten 20 Millionen Euro investieren, so die Präsidentin des Deutschen Volkshochschulverbandes (DVV), Rita Süßmuth, in Wiesbaden.
Weitere Infos: s. auch IAB-Kurzbericht im Internet: *http://dpaq.de/ToTa7.*
* *www.uni-hamburg.de/newsletter/Studie-14-Prozent-von-funktionalem-Analphabetismus-betroffen.html*

DaZ-Lehrkräfte: 30 statt acht Euro

Lehrkräfte in Integrationskursen sollten pro Unterrichtseinheit mindestens 30 Euro verdienen und fest beschäftigt werden. Das fordern GEW und das Netzwerk der Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (DaZ-Netzwerk). Sie appellieren an die Bundesregierung, die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte zu verbessern und die Bezahlung im Krankheitsfall und Urlaub sicherzustellen. „Niedrigsthonorare ab acht Euro, die in Deutschland gezahlt werden, sind ein Skandal", kritisiert GEW-Vorsitzender *Ulrich Thöne*.
Etwa 12 000 Lehrkräfte arbeiten in Integrationskursen, die ein wesentlicher Bestandteil aktiver Integrationspolitik sind. Die Situation ist seit Einführung der Integrationskurse 2005 von mangelnder Planungssicherheit für die Kursträger und notorischer Unterbezahlung der gut qualifizierten Lehrkräfte gekennzeichnet.

Probleme mit neuem Zulassungssystem

So viele junge Menschen wie noch nie wollen in diesem Sommer auf Studienplatzsuche gehen. Fraglich ist allerdings, ob sie einen ergattern können.
Dabei werden sie zunächst durch aktuelle technische Probleme des neuen Hochschulzulassungssystems behindert. Das weit größere Problem aber: Es gibt noch keinen Entwurf für ein bundesweites Hochschulzulassungsgesetz, das alle Hochschulen verpflichtet, am neuen Zulassungsverfahren verbindlich teilzunehmen.
„Denn solange die Auswahl der Studierenden den Hochschulen überlassen bleibt und das neue Hochschulzulassungssystem zudem durch eine veraltete Software an den Unis nicht praktikabel ist, schrecken viele davor zurück, sich für das neue Verfahren zu entscheiden", erklärte GEW-Hochschulexperte *Andreas Keller*. Das neue System ermöglicht eine Zulassung per Internet und soll die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) entlasten.
Keller bemängelte auch die Absicht der Länder und Hochschulen, die Lehrerstudiengänge vom neuen Zulassungsverfahren auszunehmen. Blieben Studienplätze in Lehramtsstudiengängen unbesetzt, verschärfe sich der Lehrermangel in Deutschland weiter.

BA droht der Rotstift

Der Bundesagentur für Arbeit (BA) droht als Folge der jüngsten Hartz-IV-Reform eine Rotstiftaktion. Gewerkschafter, Arbeitergeber, jetzt auch die SPD, warnen davor, Leistungen der BA zu kürzen.
SPD-Fraktionsvize *Hubertus Heil* forderte von Bundesarbeitsministerin *Ursula von der Leyen* (CDU) eine klare Aussage über die künftige Finanzausstattung der BA, berichtet die Financial Times Deutschland (FTD). Vor allem verlangte der SPD-Politiker Auskunft über die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie Lehrgängen und Fortbildungen.
Der Nürnberger Bundesbehörde drohe bis zum Jahr 2015 ein Schuldenberg von 9,6 Milliarden Euro. Bei dem derzeitigen Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung in Höhe von drei Prozent sei völlig unklar, so die FTD, wie dieser abgebaut werden solle. In BA-Kreisen hieß es, entweder müssten der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wieder erhöht oder die Leistungen gekürzt werden.

Mitmachen lohnt sich...

...für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Schreibset.

Prämie des Monats April

Senator-Schreibset mit Rollerball und Kugelschreiber

Antrag auf Mitgliedschaft

Ihr Mitgliedsbeitrag:
- BeamtInnen zahlen 0,75 Prozent der Besoldungsgruppe und -stufe, nach der sie besoldet werden.
- Angestellte zahlen 0,7 Prozent der Entgeltgruppe und Stufe, nach der vergütet wird.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe 1 des TVöD.
- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrages.
- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
- Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
- Mitglieder im Ruhestand zahlen 0,66 Prozent ihrer Ruhestandsbezüge.
Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen.

E+W-Prämie des Monats April 2011/ Schreibset

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

Land/PLZ/Ort

Geburtsdatum/Nationalität

Bisher gewerkschaftlich organisiert bei *von* *bis* *(Monat/Jahr)*

Telefon *Fax*

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an und ermächtige die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen. ***Prämienberechtigt sind GEW-Mitglieder, die ein beitragzahlendes Mitglied werben. Der Landesverband Niedersachsen nimmt nicht an diesem Programm teil.***

Ort/Datum *Unterschrift*

E-Mail

Berufsbezeichnung/-ziel *beschäftigt seit* *Fachgruppe*

Name/Ort der Bank

Kontonummer *BLZ*

Tarif-/Besoldungsgebiet

Tarif-/Besoldungsgruppe *Stufe* *seit*

Bruttoeinkommen € monatlich (falls nicht öffentlicher Dienst)

Betrieb/Dienststelle/Schule *Träger des Betriebes/der Dienststelle/der Schule*

Straße/Nr. des Betriebes/der Dienststelle/der Schule *PLZ/Ort*

Beschäftigungsverhältnis

- *Honorarkraft*
- *angestellt*
- *beamtet*
- *teilzeitbeschäftigt mit ___ Prozent*
- *teilzeitbeschäftigt mit ___ Std./Woche*
- *in Rente/pensioniert*
- *Altersteilzeit*
- *befristet bis _____*
- *arbeitslos*
- *beurlaubt ohne Bezüge*
- *im Studium*
- *in Elternzeit*
- *Referendariat/ Berufspraktikum*
- *Sonstiges _____*

Daten des Werbers

Ich habe die oben genannte Person als neues GEW-Mitglied geworben.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon *Fax*

E-Mail

Ihre Daten sind entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Bitte den Antrag vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt a. M.
Fax: 069/78973-102

Vielen Dank!
Ihre GEW

Bis zu 50 Kilo schwere Säcke schleppen Kinder in der Erntezeit auf den Kaffeeplantagen in Guatemala.

Fotos: WDR 2011

Rackern für die Kaffeebohne

Arbeitseinsatz von Kindern auf Plantagen Guatemalas

Kaffee ist unser Lieblingsgetränk. Der Durchschnittsdeutsche trinkt mit 148 Litern pro Jahr mehr Kaffee als Wasser oder Bier. Und es ist ein Genuss, den sich jeder leisten kann. Oft kostet eine Tasse Kaffee zuhause aufgebrüht gerade mal fünf Cent. Doch auf den Plantagen können die Kaffeepflücker – darunter viele Kinder – von ihrer Arbeit kaum menschenwürdig leben. Guatemala zum Beispiel ist eine der ärmsten Kaffeeregionen, obwohl dort besonders hochwertiger Kaffee angebaut wird.

Eine Kaffeeplantage in der Region Huehuetenango in Guatemala. Es ist das Rascheln zwischen den Ästen, das zu den Pflückern führt. Im tiefgrünen Dickicht fällt der Blick immer wieder auf die roten Kaffeekirschen. Nur wenn man ganz genau lauscht und dem Rascheln und Gemurmel folgt, entdeckt man sie: Frauen, Männer und Kinder, die die wertvolle Ernte pflücken. Wie *Ceila*. Sie ist erst elf. Nur mit einfachen Sandalen an den Füßen arbeitet sie sich auf dem rutschigen steilen Boden von einer Kaffeepflanze zur nächsten vor. Auf den ersten Blick sieht es fast spielerisch aus, wie sie in Sekundenschnelle die einzelnen Kaffeekirschen von den Ästen pflückt und sie in den um die Hüfte geschnallten Plastikkorb wirft. Doch ein Blick auf ihre rissigen Hände enthüllt die Wahrheit: Ceila arbeitet den ganzen Tag. Dabei hat die Schule längst wieder angefangen.

Vier Euro am Tag

„Ich gehe nicht zum Unterricht“, antwortet sie schüchtern. Dann pflückt sie weiter, den Kopf gesenkt. Während der Erntezeit lebt und arbeitet sie mit ihrer Familie für einige Monate auf der Kaffeeplantage. Der Großgrundbesitzer zahlt 40 Quetzales für etwa 46 Kilogramm Kaffeekirschen. Das sind umgerechnet vier Euro am Tag. Oft ist dieser Lohn nur zu schaffen, wenn alle in der Familie mithelfen. Der Mindestlohn in Guatemala liegt bei umgerechnet etwa fünf Euro pro Tag. Und auch der reicht kaum aus, um die Kosten der Grundnahrungsmittel und -bedürfnisse zu decken. Nach wie vor gehört Guatemala zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas. Besonders betroffen ist die indigene Bevölkerung, die Nachkommen der Mayas. Bis zu 60 Prozent der Jugendlichen einzelner Mayavölker können weder lesen noch schreiben. Und die, die zur Schule gehen, verlassen diese oft schon nach drei Jahren. Nach Angaben der katholischen Kirche gibt es in Guatemala 900 000 Kinder, die arbeiten müssen.

Halb volle Klassen

Adolfo Jaraz, Lehrer an der Schule Xemal in der Kaffeeregion Huehuetenango, kennt die Situation. Seit 20 Jahren unterrichtet er an der Schule. Während der Kaffeeernte sind viele Klassen nur halb voll. Von 350 Schülern fehlen noch 125. „Wir kennen das hier nicht anders“, erklärt er. „Wir fangen einfach mit den Schülern an, die schon da sind.“ Jaraz fühlt sich machtlos. Auf der einen Seite versteht er die Eltern, die ihre Kinder aus der Schule nehmen, damit diese sie bei der Kaffeeernte unterstützen. Sonst könnten die Familien oft nicht überleben. Auf der anderen Seite weiß er auch, dass die Kinder ohne Schulbildung später keine anderen Tätigkeiten ausüben können.

In der Region liegt das Dorf Santa Barbara. Es ist eines der ärmsten Dörfer in der Gegend. Während der Kaffeeernte wirkt es wie ausgestorben. Die Fenster der Hütten sind mit Brettern zugeschlagen, die Türen verriegelt. Die kleinen Felder rundherum sind karg. Die indigenen Kleinbauern haben nur ein bis zehn cuerdas (ein cuerda = 0,04 Hektar) Land, und es ist nicht sehr fruchtbar. Viele können von den Erträgen ihrer eigenen Felder nicht leben und arbeiten zusätzlich als Tagelöhner auf Kaffeeplantagen, erzählt ein kleiner Ladenbesitzer, der noch

Vom täglichen Pflücken der roten Kaffeekirschen sehen die Hände der elfjährigen Ceila wie die Hände einer Erwachsenen aus.

im Dorf zurückgeblieben ist. Er bietet Zigaretten, Früchte und Getränke feil und hofft auf die Kaufbereitschaft der Vorbeifahrenden. „Hier werden Sie zu dieser Zeit kaum einen Einheimischen finden“, sagt er. „Da müssen Sie schon auf die Plantagen gehen.“

Tortur am Nachmittag

Im abgelegenen Hochland findet man sie: Familien aus Santa Barbara. Auch auf Plantagen, deren Kaffeebohnen angeblich nach Deutschland gehen. Zum Beispiel auf der Finca „Nueva Palmira“. Ein Name, den ein Mitarbeiter einer Exportfirma genannt hat, die an den deutschen Kaffeeröster Tchibo liefert. Früh am Morgen verlassen Mütter und Väter mit ihren Kindern die Baracken, um die Kaffeekirschen zu pflücken. Stundenlang schuften sie an den steilen Hängen. Die Kleinsten sitzen auf dem feuchten Boden, folgen ihren Eltern von einem Strauch zum nächsten. Wer acht ist und schon pflücken kann, hat wie die Erwachsenen einen Korb um die Hüften geschnallt. Am späten Nachmittag werden die gesammelten Kirschen in Säcke abgefüllt. Dann beginnt die eigentliche Tortur. Die Säcke müssen mehrere 100 Meter bergauf zur Sammelstelle gebracht werden, wo die Kirschen abgewogen werden und der Verdienst jeder einzelnen Familie vermerkt wird. Einen Großteil schleppt der Familienvater. Aber auch die Kinder müssen die schweren Säcke auf ihrem Rücken tragen. Ein Riemen, der um den Kopf gebunden ist, soll die Wirbelsäule entlasten. Wenn aus allen Winkeln der Plantage die Pflücker mit ihren Säcken kommen, um den langen Weg nach oben anzutreten, ist es ganz still. Jeder konzentriert sich auf den steilen, rutschigen Weg vor sich. Es ist nur ein leises Stöhnen, das den Marsch begleitet. In Deutschland sollen Schulkinder im Idealfall nicht mehr als fünf Kilo in ihrem Schulranzen schleppen. In Guatemala transportieren neunjährige Kinder bis zu 50 Kilo. Täglich. Über Monate. Auf Kosten ihrer Gesundheit. „Das ist eine extreme Belastung für Füße, Knie und Hüften“, erklärt *Hans-Philipp Springorum*, Oberarzt für Orthopädie an der Uniklinik Köln. „Es kann zu Bandscheibenverschleiß und Arthrose der Wirbelsäule führen. Mit 30 Jahren werden diese Kinder schon die Wirbelsäule eines 50- oder 60-Jährigen haben.“

Auch die Lebensumstände auf der Plantage wirken sich auf die Gesundheit der Erntearbeiter und ihrer Kinder aus. Viele Wanderarbeiter sind in großen Baracken untergebracht, so genannten „galeras“, in denen 50 und mehr Personen während der Erntezeit monatelang zusammenleben. Meist besteht die Baracke aus einem großen Raum, der gleichzeitig als Schlaf-, Wohn- und Kochplatz dient. Viele schlafen auf dem nackten Boden. Sanitäre Anlagen fehlen, es gibt kein elektrisches Licht. Kaum besser sieht es in den Baracken der Arbeiter aus, die das ganze Jahr über für einen Großgrundbesitzer ackern. Wenn keine Erntezeit ist, säubern sie die

Statt zur Schule zu gehen, arbeitet Ceila den ganzen Tag auf der Kaffeeplantage.

Felder, kümmern sich um den Wuchs der Pflanzen. Wie Juan und seine Familie. Auch sie stammen aus Santa Barbara, besuchen das Dorf aber nur noch wenige Male im Jahr. Ansonsten leben sie auf der Finca „Nueva Palmira". „Zum Essen gibt es Bohnen, Reis und Mais", erzählt er. „Hühnchen vielleicht einmal im Monat. Wenn das Geld reicht." Doch meistens langt es nicht. Juan und seine Familie sind davon abhängig, was die Großgrundbesitzerin ihnen zahlt. Auch die Wohnstätte wird von ihr gestellt. „Hier habe ich keine Rechte", erzählt er uns, „mein Recht ist es, zu arbeiten." Kaum ein Plantagenarbeiter in Guatemala wagt es, sich gegen die widrigen Lebensumstände und die schlechte Bezahlung aufzulehnen. Zu groß ist die Angst, entlassen zu werden.

Die Organisation „Movimiento de trabajadores del campo" (MTC) in San Marcos, Guatemala, will den Arbeitern diese Angst nehmen und unterstützt sie im Kampf gegen die Großgrundbesitzer. Julio Archila, einer der Gründer der Organisation, hat selbst jahrelang auf einer Kaffeefinca gearbeitet. Heute setzt er sich als Koordinator von MTC für die Rechte von anderen Arbeitern ein. „Wir versuchen, die Familien zu überzeugen, sich zu organisieren", erklärt Julio, „und wir geben ihnen rechtliche Unterstützung, falls es Probleme mit den Plantagenbesitzern gibt. Diese Hilfe ist unentgeltlich."

Ein weiterer Eckpfeiler der Arbeiterorganisation ist die Weiterbildung von Jugendlichen. So gibt es in San Marcos die Förderschule „Centro de Formacion Profesional Maria Santos Lorz", wo junge Menschen wöchentliche Kurse belegen können. Zum Beispiel für Webkunst oder Schreinerei. Auch die 16-jährige Sonja lernt hier zu weben. Seit sie sieben Jahre alt war, musste sie auf einer Kaffeeplantage arbeiten. „Kaffee wiegt viel. Und es wird nur wenig dafür bezahlt", erzählt sie. „Jetzt möchte ich mein Leben verbessern, einen Beruf erlernen, damit ich nicht mehr auf dem Feld arbeiten muss." So selbstbewusst sei Sonja noch nicht gewesen, „als sie zu uns kam", erklärt *Ana Aguados*, die das Projekt bei MTC betreut. „Vielen Jugendlichen wird jahrelang eingeimpft: Du bist ein Kind eines Kaffeepflückers und du wirst selbst immer ein Kaffeepflücker bleiben", sagt sie. „Uns geht es nicht nur darum, den Heranwachsenden neue Perspektiven zu bieten, sondern auch ihr Selbstbewusstsein zu schulen und sie davon zu überzeugen, dass sie einen Wert in dieser Gesellschaft haben."

Seit Jahren fordern vor allem kirchliche Organisationen eine grundlegende Agrarreform in Guatemala, eine gerechtere Aufteilung von Land. Doch es ist ein Kampf gegen Windmühlen. Die Macht der Plantagenbesitzer im Land ist groß, der Staat schwach. Aber es gibt Projekte, die die Ernährungs- und Einkommenssituation der Kleinbauern im Hochland verbessern und auch Kinderarbeit beseitigen wollen. Dies ist auch das Ziel eines Projektes der Landpastorale Huehuetenango in Zusammenarbeit mit Misereor und der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe. Von einheimischen Ausbildern sollen die Kleinbauern lernen, wie sie ihre Felder gegen Erosion schützen, natürlichen Dünger aus Kompost herstellen, verschiedene Feldfrüchte anbauen können, um ihre Familien gesund zu ernähren. Ihre Kinder sollen sich nicht mehr auf den Plantagen abrackern müssen.

Vorbild Holland

Auch der deutsche Verbraucher hat die Möglichkeit, etwas gegen Kinderarbeit zu tun. Im Supermarkt, Discounter, Bioladen und Kaffeeshop erhält man Kaffee, der mit so genannten Siegeln wie Fairtrade, Rainforest Alliance oder Utz Certified ausgezeichnet ist (s. Seite 16 f.). Sie versprechen Umweltschutz, bessere Behandlung der Arbeiter und keine Ausbeutung von Kindern. Eine jährliche unabhängige Kontrolle soll dies garantieren. Doch bislang macht so genannter Siegelkaffee auf dem deutschen Markt nur etwa zwei Prozent aus. Der Deutsche Kaffeeverband schiebt dies auf die mangelnde Nachfrage beim Konsumenten. In Holland hingegen hat die Kaffeewirtschaft selbst die Initiative übernommen. 40 Prozent des Kaffees ist im Nachbarland bereits heute ein fair gehandeltes Produkt mit einem der Siegel. In vier Jahren sollen es 75 Prozent sein, danach sogar 100. Dafür haben unabhängige Organisationen lange Jahre hart gekämpft. In Holland hat es geklappt. Warum nicht in Deutschland? „All unsere Bemühungen, das niederländische Modell nach Deutschland zu exportieren, sind noch nicht erfolgreich", erklärt *Bärbel Weiligmann* von der Tropical Commodity Coalition mit Sitz in Den Haag. „Der Kaffeeverband in Deutschland ist nicht in der Lage, den Sektor zu bündeln, alle Beteiligten zusammenzubringen und eine Strategie zum Thema Nachhaltigkeit zu entwickeln."

Übrigens: Alle großen deutschen Röster, die angeschrieben wurden, konnten für ihren Kaffee Kinderarbeit nicht ausschließen. Und Tchibo? Auf Fincas, die der Mitarbeiter einer Exportfirma für Tchibo-Kaffee nannte, hat die Autorin Kinderarbeit entdeckt. Doch nachdem die Exportfirma von den Recherchen erfuhr, behauptete sie in einem Schreiben an den Tchibo-Geschäftsführer *Markus Conrad*, dass man falsche Namen angegeben hätte. Allerdings gibt Tchibo auf Nachfrage zu, dass es während der Erntezeit auf den Plantagen durchaus zu unzulässiger Kinderarbeit kommen könne.

Solange die großen Röster über ihre Zulieferer keinen Druck auf die Plantagenbesitzer ausüben und der Bezug von Siegelkaffee nicht massiv ausgeweitet wird, wird sich so schnell nichts an den miserablen Arbeitsbedingungen des Kaffeeanbaus in Guatemala ändern. Die elfjährige Ceila wird weiterhin während der Erntezeit Tag für Tag auf den Hängen stehen und ihre Säcke füllen. Der Preis für eine Tasse Kaffee?

Gönke Harms, freie Journalistin

Viele Wanderarbeiter wohnen während der Erntezeit in so genannten „Galeras". In den großen Baracken leben 50 Menschen und mehr auf engstem Raum zusammen.

Foto: Mehmet Ülger

Täglich erntet die neunjährige Zara zusammen mit ihren drei Geschwistern elf Stunden Haselnüsse an der türkischen Schwarzmeerküste.

Arbeit vor Schule

Türkei: tausende Kinder im Einsatz bei der Haselnussernte

Ein Fernsehbericht sorgte im vorigen Herbst für Aufsehen in den Niederlanden: In den Regalen europäischer Supermärkte liegen Produkte aus türkischen Haselnüssen, die von Kindern gepflückt werden. Die Behörden in der Türkei sehen darüber hinweg.

Krankenschwester. Das wäre ein schöner Beruf. Warum? „Darum“, sagt die neunjährige *Zara*. Glaubt sie, sie wird das schaffen, ohne regelmäßig in die Schule zu gehen? „Ich weiß es nicht. Vielleicht schon. Vielleicht geht es.“

Sie sitzt vor der Kamera unter einem Haselnussstrauch. Die Luft ist erfüllt vom Schnarren der Zikaden. Es ist August, Hochsommer an der türkischen Schwarzmeerküste, Erntezeit. Seit sieben Uhr morgens pflücken Zara, ihre Eltern und drei Geschwister Nüsse, bis 18 Uhr, elf Stunden, die Mittagspause nicht mitgerechnet, für einen Euro die Stunde.

Eine mühselige Arbeit. Die Erwachsenen biegen die dicken Äste herunter, um die etwas höher gewachsenen zu erreichen, müssen sie in die Sträucher hineinsteigen. Die Nüsse werden in Körbe und Eimer gepflückt, in Säcke gefüllt, den Hang hinunter zur Straße geschleppt. Zwischen den Sträuchern wuchert Gestrüpp, manchmal sind die Hände voller Dornen.

Abends geht es zurück ins Lager der Wanderarbeiter. Eine Ansammlung von Autos und offenen Zelten, zumeist eine einzelne Plane auf Stangen. Auf dem staubigen Platz laufen zerzauste Hühner herum. Einzige Waschgelegenheit ist der Fluss, in den die umliegenden Dörfer ihre Abwässer hineinleiten. Auch das Wasser aus dem Kran kommt wohl von daher, „es stinkt“, sagt Zaras jüngster Bruder.

Sollten Kinder unter solchen Bedingungen leben? „Wenn ich zu Hause bleibe, haben die Kinder nichts zu essen, ist das dann besser?“, fragt Zaras Vater *Nihat Kekliçi* zurück. „Ich finde es furchtbar, es tut mir weh, aber wir können nicht anders“, sagt Mutter *Nazli Yamuktu*. „Glaub mir, an manchen Tagen will ich mich umbringen“, meint Nihat.

Sechs Monate im Jahr, zwischen April und Oktober, führen sie dieses Leben, wie schätzungsweise 1,5 Millionen Wanderarbeiter in der Türkei. Sie ziehen von Provinz zu Provinz, wo immer gerade etwas zu ernten ist, Aprikosen in Malatya, Tomaten in Konya, Baumwolle, Pistazien, Trauben, Haselnüsse in der Schwarzmeerprovinz Ordu.

Jedes Händepaar nötig

Zu Hause ist die Familie Kekliçi-Yamuktu 1000 Kilometer von hier entfernt, in der 400 000-Einwohner-Stadt Sanliurfa nahe der Grenze zu Syrien. Zu neunt bewohnen sie ein Zimmer. Zwei Teppiche, ein Kühlschrank, ein Fernsehapparat und die Matratzen, die abends aus dem Wandschrank geholt werden, sind die wesentlichen Einrichtungsgegenstände. Ihre Hausaufgaben macht Zara auf dem Fußboden. Wasser gibt es draußen auf dem Hof aus dem Gartenschlauch.

Seit vier Jahren brechen sie von hier aus in jedem Frühling auf. Zuvor hatte Nihat in einer Wäscherei in Sanliurfa gearbeitet, für sechs Euro am Tag: „Davon kann man keine Familie ernähren.“ In der Haselnussernte verdienen sie zu sechst 60 bis 70 Euro täglich; das Geld muss freilich noch fürs Winterhalbjahr reichen. „Wir brauchen jedes Paar Hände“, meint Zaras Mutter. Die der drei schulpflichtigen Kinder auch.

Wenn Zara mit ihrer Familie im April auf Wanderschaft geht, verpasst sie die letzten beiden Monate des Schuljahres, das im Juni endet. Wenn sie im Oktober zurückkehrt, sind die ersten vier Wochen des neuen Schuljahres schon vorbei. Sie versäumt so mehr als drei Monate Unterricht im Jahr. In ihrer Heimatprovinz Urfa mit 1,5 Millionen Einwohnern sind, wie die regionale Lehrergewerkschaft ermittelt hat, 70 000 Kinder in der gleichen Lage. Es sind 18 Prozent der Sieben- bis 15-Jährigen, die im Durchschnitt 22 Unterrichtswochen versäumen, weil sie beim Ernteeinsatz ihrer Eltern mithelfen müssen.

Im vorigen Jahr hat der niederländisch-türkische Fernsehjournalist *Mehmet Ülger* die Familie Kekliçi-Yamuktu durch die Sommermonate begleitet. An drei Stationen war die Kamera dabei. Bei der Abreise im April, als die Familie zunächst einige Tage am Rand eines Getreidefeldes kampierte, um Unkraut zu jäten. Im August bei der Haselnussernte. Und schließlich im Oktober bei der Rückkehr.

Als Mitte Oktober Ülgers Reportage im holländischen Nachrichtenmagazin „Een Vandaag“ ausgestrahlt wurde, verursachte sie einigen politischen Wellenschlag. Die Geschichte handelt schließ-

lich auch von türkischen Wirtschaftsinteressen und europäischen Konsumgewohnheiten.
Der Haselnusssektor ernährt in der Türkei acht Millionen Menschen und liefert einen jährlichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) von zwei Milliarden Dollar. Haselnüsse machen ein Viertel des landwirtschaftlichen Exports aus. Hauptabnehmerland ist Deutschland, wo 27 Prozent der Ernte verbraucht werden. Auf dem Weltmarkt hat die türkische Haselnuss einen Anteil von 75 Prozent, wobei vier Fünftel der Produktion in der Süßwarenindustrie weiterverarbeitet werden. Mit anderen Worten: Jedes Glas Nutella, jeder Schokoriegel, jedes Ferrero-Küsschen kann türkische Haselnüsse enthalten, mit Kinderarbeit gewissermaßen kontaminiert sein.
Der Vorsitzende des Verbandes der niederländischen Supermärkte, *Marc Jansen*, zeigt sich beim Anblick von Ülgers Filmmaterial sehr betroffen, Politiker aller Parteien in Den Haag fordern Abhilfe. Auch türkische Gesprächspartner, *Hakan Karakas*, Direktor einer Fabrik in Ordu etwa, die jährlich 23 Millionen Tonnen Haselnüsse verarbeitet, oder *Ilker Kirçi*, Manager einer Raffinerie für Haselnussöl, reagieren vor der Kamera peinlich berührt.
Einzig der Arbeitsvermittler, der im Sommer die Zeltlager abklappert, um Erntehelfer zu rekrutieren, bequemt sich zu einem achselzuckenden Eingeständnis: „Wenn wir zwölf Leute beschäftigen, sind auch Kinder dabei, das ist normal“, sagt *Mehmet Cilik*. „Was sollen die Leute machen? Die brauchen das Geld.“

Kinderarbeit ist verboten

Kinderarbeit ist in der Türkei verboten und *Orhan Düzgün*, Gouverneur der Provinz Ordu, ist da ganz kategorisch: „Das Landwirtschaftsinstitut nimmt Kontrollen vor. Wenn wir feststellen, dass man Kinder beschäftigt, ergreifen wir juristische Maßnahmen.“
Die Schulpflicht ist in der Türkei ein Verfassungsgrundsatz. Erziehungsberechtigten, die dagegen verstoßen, drohen Geldbußen, Wiederholungstätern sogar Gefängnis. Von all dem hat Nihat Kekliçi freilich nie etwas gemerkt. In den vier Jahren, in denen er sich mit der Familie als Erntehelfer verdingt, hat er keine Kontrollen erlebt, geschweige denn ein Bußgeld bezahlt: „Dabei wissen es alle, auch die Lehrer. Aber weil wir arm sind, drücken sie ein Auge zu.“
Für ihre Mitwirkung an der Film-Reportage haben er und seine Familie ein Honorar erhalten, von dem die Autoren hoffen, dass diese damit zu Hause eine Existenz aufbauen kann. „Ob den Eltern das gelingt, wissen wir nicht“, sagt Co-Autorin *Astrid van Unen*. „Wir wollen schon, dass deren Kinder es besser haben. Aber eigentlich geht es hier um alle Zaras in der Türkei.“

Winfried Dolderer,
Berlin-Korrespondent der Westfalenpost

Der Fernsehbericht ist auch in englischer Sprache als DVD erhältlich – und zwar als Langfassung „Children of the Season“ über den Autor Mehmet Ülger: *www.U-producties.nl*

Während der Haselnussernte leben die Wanderarbeiter-Familien in einfachen Zelten – ohne Strom und unter unzumutbaren hygienischen Bedingungen.

Foto: Astrid van Unen

WOCHEN SCHAU VERLAG
... ein Begriff für politische Bildung

WOCHENSCHAU-Themenhefte stehen für guten Politikunterricht

Das aktuelle Basisheft: handliche Themeneinheiten, problemorientierte Zugänge, fundierte Informationen

Das politische System Deutschlands
Sek. II, Best.-Nr. 21210, 124 S., € 27,00
Klassensatzpreis: € 15,00 (ab 10 Heften)

Raus aus Afghanistan? Das Basisheft zum gesamten Instrumentarium der Außenpolitik

Internationale Politik I: Sicherheit und Frieden
Sek. I, Best.-Nr. 11210, 116 S., € 27,00
Klassensatzpreis: € 15,00 (ab 10 Heften)

Das problemorientierte Basisheft zum Thema „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“

Globalisierung
Sek. II, Best.-Nr. 2610, 80 S., € 21,60
Klassensatzpreis: € 12,00 (ab 10 Heften)

Der Unterrichtsklassiker in vollständig überarbeiteter und aktualisierter Fassung

Ökologie und Ökonomie
Sek. II, Best.-Nr. 2211, 80 S., € 21,60
Klassensatzpreis: € 12,00 (ab 10 Heften)

Adolf-Damaschke-Str. 10 | 65824 Schwalbach/Ts.
Tel.: 06196/86065 | Fax: 06196/86060
info@wochenschau-verlag.de
www.wochenschau-online.de

„Wer, wenn nicht wir?!“

GEW-Kommentar: Wir wollen nicht Teil des Problems bleiben

Foto: Kay Herschelmann

Ulrich Thöne

Kinderarbeit kommt in der Regel in den ärmsten und armen Regionen vor. Richtig! Aber es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass wir als Verbraucher in der Kette der Verursacher nicht betroffen seien. Die Wahrheit ist: Tagtäglich stoßen wir auf Produkte, die aus den Händen gequälter und ausgebeuteter Kinder stammen. Unser auf mangelnden Informationen beruhendes Konsumverhalten begründet und verlängert deren Leid.

Natürlich wusste ich, dass Kinderarbeit existiert. Aber offen gestanden, in meinem Alltagsverhalten spielte dies praktisch keine Rolle. Geändert hat sich das erst durch Berichte wie die ARD-Dokumentation über „Kindersklaven“ in Indien*, die ich vor etwa zwei Jahre zum ersten Mal gesehen habe. Was dieser Film an Kinderquälerei und Menschenverachtung an den Tag brachte, hatte ich nicht für möglich gehalten. Der Report macht auf Kinder aufmerksam, die in engen Kellerverliesen in Delhi arbeiten. Sechs-, Acht-, Neunjährige. An langen Tischen kleben sie Stunde um Stunde – mit den Oberkörpern hin und her wippend – Strasssteine, bunte Glitzersteine, auf Füllhalter, Schmuck und Pillendöschen. Später taucht dieser Kitsch zunächst in den Geschenkkatalogen deutscher Versandhäuser und dann auf unseren Gabentischen auf.

Die Kinder leben in Höhlen. Ihr Arbeitgeber erklärt dem deutschen Fernsehteam in die versteckte Kamera, er könne jeden Auftrag erfüllen, weil „seine Arbeiter“ auch in den Produktionsstätten schliefen. Auf diese Weise könnten sie Tag und Nacht tätig sein. Ähnliche Arbeitsbedingungen für Mädchen und Jungen gelten für eine Reihe anderer Waren, angefangen von Teppichen über Pflaster-, Grabsteine, ja, Pflastersteine (!), bis hin zu Haselnüssen – Grundlage einer allseits umworbenen Nougatcreme.

> **„Kinderarbeitsfreie Zonen können überall dort entstehen, wo es keine Produkte mehr gibt, die Kinder hergestellt haben.“**

Zu Recht hat sich die GEW deshalb vorgenommen, innerhalb ihrer Initiative „Bildung statt Kinderarbeit“ hierzulande eine Kampagne für Wege hin zu „Kinderarbeitsfreien Zonen“ ins Leben zu rufen. Kinderarbeitsfreie Zonen können überall dort entstehen, wo es keine Produkte mehr gibt, die Kinder hergestellt haben – egal, ob es sich um die eigene Wohnung, den Arbeitsplatz, den Kindergarten, die Schule oder den Blumenladen um die Ecke handelt. Das zu erreichen, verlangt viel Engagement, Aufklärung und Entschlossenheit, um das Gestrüpp von Vorschriften, Desinteresse und irreführenden Verbraucherinformationen zu überwinden.

Das kann ein mühsamer Prozess werden. Trotzdem wenden wir uns an alle Bildungseinrichtungen mit einem klaren Appell: Wir bitten die Beschäftigten, Kinderarbeit in Kitas, im Unterricht, in den Lehrveranstaltungen, in ihren Familien zu thematisieren. Ziel der Kampagne ist es, unsere Konsumentenmacht in die Waagschale zu werfen.

Das Thema Kinderarbeit hat alle Elemente einer umfassenden Projektarbeit: Es enthält historische, geografische, politische, ökonomische, gesellschaftliche, religiöse und weltanschauliche Aspekte und ist mit vielfältigen didaktischen Methoden und unterschiedlichen ästhetischen Mitteln in allen Altersklassen zu bearbeiten. Zudem stellt es emotionale Bezüge zu gleichaltrigen Kindern in der Welt her, für die der Schulbesuch immer noch ein Lebenstraum ist.

Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender

* Material gibt es in Hülle und Fülle (s. Serviceseite 13 und *www.fair-childhood.eu*).

Service: Kinder- und Jugendbücher

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW hat zum Thema „Kinderarbeit" eine Bücherliste erstellt. Eine Auswahl:*

In „Der Ball ist rund" thematisiert *Thomas Ahrens* Kinderarbeit bei der Produktion von Sportartikeln. Die Fußballmannschaft einer Berliner Gesamtschule soll einen Sponsorenvertrag mit einem Sportartikelhersteller bekommen. Mit ihren Recherchen über die Arbeitsbedingungen des Unternehmens bringt eine indische Mitschülerin den geplanten Vertrag zum Platzen. Ahrens, Thomas: Der Ball ist rund. Autorenagentur, Berlin 2003, vier Euro.

„Das Mädchen *Lu Si-Yan*" von *Sally Grindley* erzählt die Geschichte einer elfjährigen Chinesin, die nach dem Tod der Eltern als Zwangsarbeiterin verkauft wird. Grindley, Sally: Das Mädchen Lu Si-Yan. Bloomsbury/Berlin Verlag, Berlin 2006, 14,90 Euro.

Der namenlose Protagonist in *Tahar Ben Jellouns* Buch „Die Schule der Armen" kehrt als Lehrer in seine afrikanische Heimat zurück. In einem Dorf versucht er, die Kinderarbeiter für seinen Unterricht zu gewinnen. Ben Jelloun, Tahar: Die Schule der Armen. Rowohlt.BERLIN-Verlag, Berlin 2002, 14 Euro.

Francesco D'Adamo erzählt mit „Iqbals Geschichte" von Kinderarbeit in pakistanischen Teppichwebereien. Iqbal lehnt sich als einziger gegen den Patron der Fabrik auf. D'Adamo, Francesco: Iqbals Geschichte. *Peter-Hammer*, Wuppertal 2003, elf Euro.

„Made in Vietnam" von *Carolin Philipps* beschreibt das Leben und die unerträglichen Arbeitsbedingungen in den Fabriken Vietnams aus Sicht der dreizehnjährigen *Lan*. Philipps, Carolin: Made in Vietnam. Ueberreuter, Wien 2009, 9,95 Euro.

„Mach's gut, *Lucia*" von *Herbert Günther* schildert das Leben von Straßenkindern und beschreibt in einer weiteren Geschichte die Flucht einer Familie von Afrika nach Europa. Günther, Herbert: Mach's gut, Lucia. dtv, Reihe Hanser, München 2006, 7,50 Euro.

*Die komplette Bücherliste finden Sie unter: *www.gew.de/Arbeitsgemeinschaft_Jugendliteratur_und_Medien_AJuM.html.*

AHG Psychosomatische Klinik
Bad Pyrmont

Spezialklinik für Verhaltenstherapie
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Medizinischen Hochschule Hannover

Chefarzt:
Prof. Dr. med. Dipl.- Psych.
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln – nicht behandeln lassen" leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten" für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Als sog. „gemischte Krankenanstalt" führen wir für privat krankenversicherte Patienten der Akutbehandlung vergleichbare psychiatrisch-psychotherapeutische Stationärbehandlungen in einer Spezialklinik für Verhaltenstherapie durch. Gemäß Beihilfeverordnung ist die Klinik als beihilfefähig anerkannt.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen bei Ihrer privaten Krankenversicherung bzw. Beihilfestelle umfassend zu beraten.
Ihre kurzfristige stationäre Aufnahme ist jederzeit möglich.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666
oder per E-Mail unter: pfk@pyrmont@ahg.de
Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/Pyrmont
Anschrift: Bomberg allee 10, 31812 Bad Pyrmont

AHG

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin
Kassel - Bad Wilhelmshöhe

In ihrem Selbstverständnis als **Klinik für Ganzheitsmedizin** arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien.

Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt. Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung" die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

- Psychosomatik
- Burnout
- Tinnitus
- Onkologie
- Innere Medizin
- Ayurveda-Medizin

Kostenloses Service-Telefon:
0800 / 8 90 11 00
Telefon Aufnahmebüro:
0561 / 3108 - 186, - 622

fair childhood

GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit

Die GEW-Stiftung „Fair Childhood“ wird vom Bildungs- und Förderungswerk der GEW (BFW) gefördert.

Alle Infos unter:
www.fair-childhood.eu

GEW gründet Stiftung und sagt Kinderarbeit den Kampf an

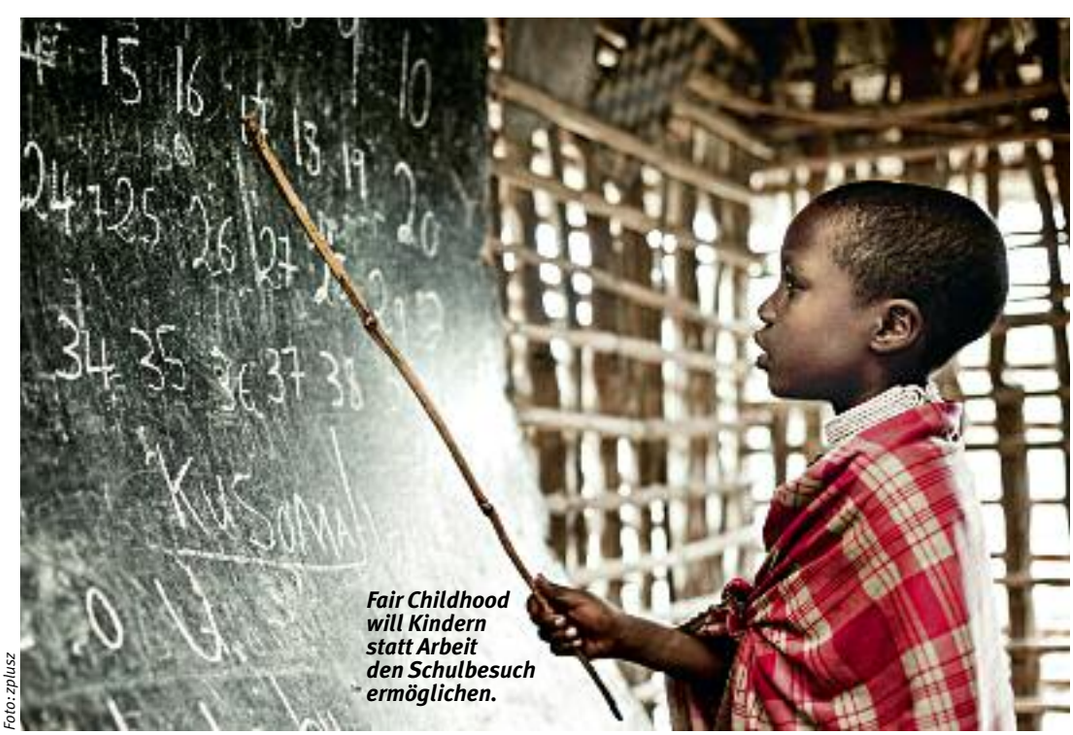
„Bildung statt Kinderarbeit“ ist die Botschaft einer GEW-Initiative, die im April 2011 startet. Damit will die GEW einen Beitrag leisten, das Millenniumsziel „Grundbildung für alle Kinder“ bis 2015 wenigstens annähernd zu erreichen.

Die Initiative geht mit Programm und Anspruch deutlich über die tarif-, beamten- und bildungspolitischen sowie professionsbezogenen Kernaufgaben der Bildungsgewerkschaft hinaus. Ihr Erfolg hängt davon ab, dass sie ideenreich und kontinuierlich, systematisch und nachhaltig arbeiten kann. Sie muss deshalb politisch unabhängig vom Alltagsgeschäft der GEW agieren und über eine eigene finanzielle Basis verfügen.

Deshalb hat die GEW im Januar eine Stiftung gegründet. Sie trägt den Namen *Fair Childhood – GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit.*

Mit deren Hilfe will die Initiative Projekte in der Praxis umsetzen, die Kindern statt Arbeit den Schulbesuch ermöglichen. Die Stiftung hat den Zweck, dem Verbot der Kinderarbeit Geltung zu verschaffen und das Recht auf Bildung zu verwirklichen (*www.fair-childhood.eu*).

Sie wurde mit Unterstützung des Bildungs- und Förderungswerkes (BFW) der GEW ins Leben gerufen und wird von der Stiftung „Kinderfonds“, einer rechtsfähigen öffentlichen Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in München, verwaltet. Der Treuhänder überwacht ihre Aktivitäten und gewährleistet die stiftungsrechtlich einwandfreie Verwendung der Spenden.



Fair Childhood will Kindern statt Arbeit den Schulbesuch ermöglichen.

Foto: zplusz

Aktiv werden am „Tatort“

Der Name der GEW-Stiftung ist Programm. An den „Tatorten“ der Kinderarbeit in den armen und ärmsten Regionen dieser Welt will die Stiftung aktiv werden. In Zusammenarbeit mit kompetenten Hilfsorganisationen und Gewerkschaften will sie konkrete Projekte fördern, die Kinder aus oft erzwungener Arbeit befreien und sie in Schulen bringen. Ein solches Projekt ist z. B. im Kurnool District in Andhra Pradesh im Süden Indiens geplant (s. Beihefter S. 2f.). Hier liegt ein Zentrum der indischen Baumwollproduktion. Dort sind über 160 000 Kinder zwischen sieben und 14 Jahren beschäftigt – überwiegend Mädchen. Sie sind gezwungen, unter erbärmlichsten Bedingungen neun Stunden täglich in sengender Hitze zu arbeiten.

Gemeinsam mit der indischen *M.V.-Foundation* will Fair Childhood diese Mädchen und Jungen aus ihrer Sklavenarbeit befreien und in Residential Camps – so genannten „Brückenschulen“ – auf den Besuch der Regelschule vorbereiten.

Bildung und soziale Reformen

Dafür sind in der Regel nachhaltige soziale Veränderungen erforderlich: Eltern sind zu überzeugen, dass die Bildung ihrer Kinder die bessere Lösung ist. Dorfgemeinschaften sind über ihre Rechte aufzuklären und zu ermutigen, den kriminellen Methoden der Arbeitgeber entgegenzutreten. Fair bezahlte Arbeitsplätze für Erwachsene sind durchzusetzen. Dazu brauchen die Menschen vor Ort juristischen Beistand und gewerkschaftliche Rückendeckung.

Fair Childhood will mithelfen, Kinderarbeitern wieder ein Stück ihrer Kindheit zurückzugeben. Für sie ist der Schulbesuch meist nur ein Traum. Sie träumen davon, Ärztin oder Ingenieur oder Polizist zu werden oder einfach nur davon, nicht mehr arm zu sein. Für diesen Traum will Fair Childhood arbeiten. Geeignete Projekte sollen aus den eingehenden Spenden finanziert werden.

Fair Childhood wird der GEW-Initiative ein Gesicht geben und sie handlungsfähig machen. Sie wird dafür sorgen, die Ebene der Resolutionen zu verlassen.

Fair Childhood wird es ermöglichen, Worten Taten folgen zu lassen.

„Think tanks“ gibt es viele. Es fehlt an „action tanks“. Mit Ihrer Hilfe und Fair Childhood könnte einer entstehen. *swl*

In diesem Brief stecken über 500 Jahre Erfahrung in Informationstechnologie.

Der E-POSTBRIEF.

Jetzt kostenlos registrieren unter:

www.epost.de

Der *E-POSTBRIEF* – Ihr Briefservice im Internet. Jetzt lässt sich vieles, wofür Sie bisher die Briefpost genutzt haben, auch auf schnellstem Weg online und papierlos erledigen.* Seit seiner Einführung im Juli 2010 verlassen sich bereits zahlreiche Nutzer auf den *E-POSTBRIEF*. Dank der persönlichen einmaligen Identifizierung der Nutzer per POSTIDENT-Verfahren sorgt er für sichere Kommunikation im Internet. Und nicht nur dort: Besitzt der Empfänger noch keine *E-POSTBRIEF* Adresse, drucken wir Ihre Mitteilung aus und stellen sie wie gewohnt auf dem Postweg zu.** **Jetzt registrieren unter www.epost.de**

* Innerhalb von Deutschland gegenüber für den *E-POSTBRIEF* registrierten Empfängern. Registrierung erst ab 18 Jahren. Der *E-POSTBRIEF* erfüllt keine gesetzl. oder vertragl. Regelungen zu besonderen Formerfordernissen (z. B. Schriftformerfordernisse). Nutzungsvoraussetzung: Handy mit Nummer eines dt. Mobilfunkbetreibers. Weitere Informationen zur Nutzung und zu Preisen des *E-POSTBRIEFES* unter www.epost.de

** Die Zustellung auf dem Postweg kann je nach Größe und Art des *E-POSTBRIEFES* aufpreispflichtig sein und ist auf eine Höchstanzahl von 96 Seiten beschränkt.

Deutsche Post

Die Post für Deutschland.

Garantiert „kinderarbeitsfrei“?

Teppiche, Rosen, Turnschuhe: So erkennt man fair gehandelte Waren

Zu Ostern der Schokoladenhase, zu Weihnachten das Handy und zum Geburtstag die coolen Turnschuhe oder die neueste Puppe – womit man dem Nachwuchs Freude macht, wissen die meisten Eltern. Dabei ignorieren sie gerne eines: Ein erheblicher Teil der Waren, die wir Tag für Tag konsumieren und nutzen, wird in armen Ländern von Kindern aus Minen geschaufelt, auf Plantagen geerntet oder in Fabriken zusammengebaut und -genäht.

Es geht auch anders: fair produzierte Rosen aus Kenia. Die Rosenfarm Panda Flowers, die 100 Kilometer nördlich von Nairobi liegt, gehört zu den 13 Blumenfarmen in Kenia, die Rosen mit einem Gütesiegel von Fairtrade verkaufen können.

Foto: dpa

Doch zunehmend wollen Verbraucher beim Einkauf sicher sein, dass das erworbene Produkt unter menschenwürdigen Bedingungen und ohne Kinderarbeit hergestellt worden ist. Inzwischen bieten seriöse Siegel Orientierung.

Richtschnur Fairtrade

Das bekannteste soziale Produktsiegel ist das Fairtrade-Siegel. Die dafür entwickelten Standards verbieten illegale Kinderarbeit. Dass ein Kind wenige Stunden am Tag auf dem Feld oder in der Werkstatt mithilft, ist hingegen erlaubt – und entspricht auch der Lebensrealität in den meisten armen Ländern. „Entscheidend ist, dass diese Mitarbeit nicht die Gesundheit des Kindes gefährdet oder seinen Schulbesuch verhindert“, sagt *Claudia Brück*, Sprecherin der deutschen Siegelorganisation TransFair. Dabei tragen fair gesiegelte Produkte generell dazu bei, den Teufelskreis aus Armut, Kinderarbeit und mangelnder Bildung zu durchbrechen: „Wenn Erwachsene besser verdienen, müssen sie ihre Kinder auch nicht aufs Feld schicken“, sagt Brück.

Und doch kann selbst das streng kontrollierte Fairtrade-System nicht immer garantieren, dass das Produkt kinderarbeitsfrei ist. Gerade in Westafrika sind Fairtrade-Kontrolleure schon bei einzelnen Familien, die einer Partner-Kooperative angehörten, auf Kinder gestoßen, die in den Kakaoplantagen schuften. „Es ist mitunter schwer, die Bauern zu überzeugen, dass sie etwas Unrechtes machen“, sagt Brück. „Probleme entstehen, wenn Theorie auf Wirklichkeit stößt.“

Seriöse Produktsiegel

Lebensmittel

Bei Lebensmitteln ist das blau-grüne Fairtrade-Siegel weit verbreitet. Entwickelt hat es die Fairtrade Labelling Organizations International (*www.fairtrade.net*), kurz FLO. In Deutschland vergibt TransFair (*www.transfair.org*) das Gütesiegel und zeichnet damit nicht nur Tee, Kaffee, Bananen (hier auch *www.banafair.de*), Schokolade, Kekse, Honig, Reis, Wein oder Orangensaft aus, sondern auch Bälle, Baumwolle und demnächst Holz. Der Verbraucher weiß damit, dass die Hersteller die UN-Kinderrechtskonvention sowie die International Labour Organization (ILO)-Konvention 182 gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit einhalten (s. auch Seite 18). Das Fairtrade-Siegel garantiert dem Kunden im Falle von Lebensmitteln zudem, dass die Produzenten über einen längeren Zeitraum einen garantierten Mindestpreis für ihre Produkte bekommen. Ein Extra ist die Fairtrade-Prämie: Kooperativen können diesen Aufschlag frei verwenden und damit etwa eine Schule oder die Umstellung auf Bio-Landbau finanzieren.

Nahrungsmittel, Spielzeug, Keramik, Möbel oder Schmuck, die ohne Kinderarbeit entstanden sind, bieten auch alle Weltläden (*www.weltladen.de*) und die Online-Shops anerkannter Importorganisationen an wie Gepa (*www.gepa.de*), dritte-welt-partner dwp (*www.dwp-rv.de*), El Puente (*www.el-puente.de*), Gebana (*www.gebana.com*) oder Contigo

Weitere Info:
* Einen hervorragenden Überblick über den Fairen Handel bietet das Forum Fairer Handel (*www.forum-fairer-handel.de*) in Berlin.

Literatur-Tipp:
* „Fair einkaufen – aber wie?“ von *Martina Hahn* und *Frank Herrmann*; Verlag *Brandes* & *Apsel*, Frankfurt a.M., 2. Auflage 2010. 248 Seiten, 19,90 Euro.

(*www.contigo.de*). Diese Anbieter verzichten teilweise auf das Fairtrade-Siegel – weil sie ihre Waren direkt von verlässlichen Produzentenvereinigungen beziehen.

Tipps:
* Anbieter von Fairtrade-Produkten sind im Internet unter *www.transfair.org/ produkte/fair-einkaufen* zu finden.
* Eine Liste sozialer Spielzeughersteller und Händler hat die Kampagne „fair spielt“ (*www.fair-spielt.de*) zusammengestellt.

Mode & Textilien

Allerdings gibt es noch kein Gütesiegel für ein fertiges Kleidungsstück, das keine Minderjährigen zusammengenäht haben. Die Siegelorganisation TransFair zertifiziert bislang lediglich den Rohstoff Baumwolle. Das Siegel „Fairtrade certified cotton“ garantiert dem Verbraucher aber, dass auf den Baumwollfeldern keine Kinder beschäftigt werden und die erwachsenen Pflücker einen fairen Lohn oder Preis für ihre Ernte bekommen. Laut TransFair halten sich auch die Akteure der nachfolgenden Produktionskette – also die Betriebe, die Näher in Bangladesh beschäftigen, oder die Konfektionsfirmen in der Türkei – an die ILO-Kernarbeitsnormen. Eine Liste der Anbieter von T-Shirts oder Jeans aus Fairtrade-Baumwolle ist unter *www.transfair.org/produkte/produktdatenbank* einzusehen.
Auch die *Fair Wear Foundation* (*www.fairwear.org*) nennt auf ihrer Webpage Textilunternehmen, die Kinderarbeit verbieten. Einen Leitfaden „Sozial-ökologische Mode auf dem Prüfstand“ hat zudem das *Südwind-Institut* (*www.suedwind-institut.de*) erstellt. Faire Mode ist außerdem in Weltläden erhältlich.

Tipps:
* Weder das Etikett „Made in Germany“ noch ein hoher Preis garantieren dem Verbraucher, dass bei der Produktion der Kleidung keine Kinderarbeit mit im Spiel war. Aber: Billig ist automatisch unfair. Man muss kein Rechenkünstler sein, um zu ahnen, wie wenig Geld bei einem Hemd unter vier Euro bei der Näherin bleibt.
* Weitere Infos über die Kampagne für saubere Kleidung unter *www.saubere-kleidung.de*.

Vorsicht: Billigangebote

Natursteine

An die Situation der oft minderjährigen Sklavenarbeiter in Steinbrüchen Indiens und Chinas denkt kaum ein Konsument, der hierzulande im Baumarkt oder Gartencenter nach dem billigsten Angebot für die neue Küchenplatte oder den Terrassenbelag sucht – zumal er im Laden nicht zwingend auf die Herkunft des Gesteins aufmerksam gemacht wird. Doch Verbraucher können bereits Natursteine kaufen, die nachweislich ohne Ausbeutung von Kindern aus dem Boden geschlagen worden sind. Dem Ziel, Kinder- und Sklavenarbeit in den Steinbrüchen der Billiglohnländer zu beseitigen, haben sich sowohl der Verein *Xertifix* (*www.xertifix.de*) als auch die Initiative *Fair Stone* des Unternehmens *win-win* (*http://fairstone.win-win.de*) verschrieben. Beide Websites nennen die Lizenznehmer, Händler und Steinmetze, zu deren Sortiment auch fair gesiegelte Natursteine gehören.

Tipp:
* Vorsicht gegenüber den Verhaltens-Kodizes vieler Natursteinhändler, Baumärkte oder Küchenhersteller: Nachvollziehbare Infos über Produzenten oder Lieferwege bekommt der Kunde fast nie. Viele verweisen auf „kinderfrei“-Garantien, die sie von den Zulieferern schriftlich erhalten haben – doch „in Indien kann man für ein paar Cent jedes Zertifikat kaufen“, warnt *Benjamin Pütter*, Kinderarbeitsexperte des Hilfswerks Misereor.

Krasse Bedingungen

Blumen

In Deutschland verkaufte Nelken, Rosen oder Lilien stammen größtenteils aus Kolumbien, Kenia, Ecuador, Simbabwe und Tansania, zunehmend auch aus China oder Indien. Die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen sind alles andere als fair. In der Regel verdient eine

UNTERRICHTSTHEMA
KONFLIKT & FRIEDEN

Materialien für Unterricht und politische Bildung

Arbeitsmaterialien für den Unterricht

Ziviler Friedensdienst als Unterrichtsthema – ein Anlass, den Umgang mit Konflikten zu thematisieren. Die Arbeitsmaterialien „Wir scheuen keine Konflikte“ eignen sich für fachbezogenen und fächerübergreifenden Unterricht **(Sek I, Sek II, Berufsschulen)**. Arbeitsblätter und Hintergrundinfos erleichtern die Unterrichtsvorbereitung.

104 Seiten, Bestnr. 377-0011, 7 € Versandkostenbeitrag (Versand gegen Rechnung).

Ausstellung zum ZFD – kostenlos

Die Posterausstellung stellt die Arbeit des Zivilen Friedensdienstes in Krisenregionen vor. Sie eignet sich als Ergänzung zu den Arbeitsmaterialien und für den davon unabhängigen Einsatz.

15 Plakate 70 x 100 cm, gerollt. Bestnr. 377-0001, kostenlos, Rücksendung nicht notwendig

Bestellen Sie jetzt – E-Mail genügt:
material@ziviler-friedensdienst.org
Weitere Materialien und Informationen finden Sie auf www.ziviler-friedensdienst.org

zfd Ziviler Friedensdienst
Wir scheuen keine Konflikte.

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) arbeitet weltweit in Krisenregionen. Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes unterstützen lokale Organisationen dabei, Gewalt ohne militärische Mittel einzudämmen und mit Konflikten friedlich umzugehen.

www.ziviler-friedensdienst.org

Blumenarbeiterin in Kenia am Tag weniger, als eine Rose bei uns im Laden kostet. Es kommt hinzu, dass die Arbeiter – darunter auch viele Minderjährige – auf den Blumenfeldern giftigen Pflanzenschutzmitteln ausgesetzt sind. Wer als Verbraucher sichergehen möchte, dass seine Blumen nicht von Kinderhänden geschnitten worden sind, kann sich an zwei Siegeln orientieren: Am Siegel des „*Flower Label Programm*“ (FLP, *www.fairflowers.de*) und des Projekts „*Fair Flowers Fair Plants*“ (*www.fairflowersfairplants.com*). Auch Rosen mit dem blau-grünen Fairtrade-Siegel kann man unbedenklich kaufen.

Tipp:
* Beide Siegelorganisationen nennen über eine Internet-Suchmaschine auf ihrer Website alle deutschen Floristen, die fair gehandelte Blumen anbieten – darunter der Lebensmitteldiscounter Rewe oder die Ladenkette Blume 2000.

Teppiche

Wer beim Kauf eines Teppichs darauf achtet, dass kein Kind in Indien, Pakistan, Nepal oder Afghanistan das edle Stück geknüpft hat, kann sich an zwei Gütesiegeln orientieren: Good Weave und STEP. *Good Weave* (*www.goodweave.de*) hat 2009 das Rugmark-Siegel ersetzt und wird von TransFair betreut. Der Verein vergibt das Produkt-Siegel an Hersteller und Exporteure, die sich verpflichten, keine Kinder unter 14 Jahren zu beschäftigen, den Erwachsenen gesetzliche Mindestlöhne zu zahlen und in den Knüpfwerkstätten unabhängige und unangekündigte Kontrollen zuzulassen. Unter dem Produktzeichen ist es durchaus erlaubt, dass Kinder zu Hause, in den kleinen Werkstätten der Familien, ein bis zwei Stunden am Tag am Webstuhl mithelfen – solange sichergestellt ist, dass sie die Schule besuchen. Das Gütesiegel *STEP* (*www.label-step.org*) hingegen ist ein Firmensiegel. Kriterien sind: keine Kinderarbeit, faire Einkaufspreise und faire Löhne. Partner beider Teppich-Initiativen finden sich auf der jeweiligen Website. Ein weiterer Anbieter ist *Rug Star* Berlin (*www.rugstar.com*).

Tipp:
* Als wenig transparent gilt das brancheneigene Etikett der Teppichimporteure „*Care & Fair* – Teppichhandel gegen Kinderarbeit e.V.“ (*www.care-fair.org*).

Martina Hahn, Redakteurin „Sächsische Zeitung“

220 Millionen Jungen und Mädchen arbeiten

Zahl arbeitender Kinder immer noch sehr hoch

Die Weltwirtschaftskrise wirkt sich auch auf Kinderarbeit aus. Wachsende Armut erhöht die Zahl zur Arbeit gezwungener Jungen und Mädchen. Vielen bleibt ein Schulbesuch und damit das Recht auf Bildung verwehrt. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) versucht, gegen Kinderarbeit vorzugehen.

Den Unterschied zwischen ausbeuterischer Kinderarbeit und einem Nebenjob, der das Taschengeld aufbessert, definieren die Konventionen der ILO aus dem Jahr 1973. Im „Übereinkommen 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung“ sind Alter und Tätigkeit der Kinder als die Kriterien beschrieben, nach denen die Arbeit von Mädchen und Jungen bewertet und eingestuft wird. Diese Regelung verbietet generell die Beschäftigung vor dem 13. Lebensjahr. Sie erlaubt „leichte“ Arbeit für 13- bis 15-Jährige unter bestimmten Voraussetzungen, z. B. in Entwicklungsländern. Dort ist laut ILO die Unterstützung der Kinder bei der Arbeit für die eigene Familie überlebensnotwendig. „Leicht“ ist die Beschäftigung, wenn sie einen geregelten Schulbesuch ermöglicht sowie der Entwicklung und Gesundheit des Kindes nicht schadet. Im Gegensatz dazu steht die „gefährliche“ Beschäftigung. Das heißt, wenn die Arbeit grundsätzlich der Gesundheit, sowohl physisch als auch psychisch, schadet oder stark körperlich belastet. Die Arbeit im Steinbruch, das Drehen von Zigaretten oder der Zwang zur Prostitution sind Beispiele für „gefährliche“ Arbeit.
Als Mindestalter für eine Vollzeitbeschäftigung nennt das Übereinkommen 15, in Entwicklungsländern 14 Jahre. Für diese Altersgruppe ist eine gesundheits- und entwicklungsschädliche Arbeit verboten.
Bestimmte Bereiche unterliegen ausnahmslos einem Verbot für Kinderarbeit: Beispielsweise ist der Umgang mit gefährlichen Stoffen geächtet. Das „Übereinkommen 182 über das Verbot und über unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ von 1999 ergänzt das 138er-Schriftwerk.
Es fordert ein sofortiges Ende
- von Sklaverei, Zwangsarbeit und Zwangsrekrutierung;
- von Kinderprostitution und Produktion von Kinderpornografie;
- des Einsatzes von Kindern in illegalen Bereichen, z. B. Drogenhandel.

Harte Fakten

Weltweit sind nach aktuellen Schätzungen der ILO 220 Millionen Jungen und Mädchen von Kinderarbeit betroffen. 70 Millionen sind noch nicht einmal zehn Jahre alt, 115 Millionen Kinder und Jugendliche arbeiten in einem „gefährlichen“ Beschäftigungsverhältnis. Jedes dritte Kind stammt aus Afrika, jedes fünfte aus Asien. Genaue Zahlen existieren nicht, da einige Länder ihre Daten unter Verschluss halten, zum Beispiel China.
Statistisch hält sich der Anteil von Jungen und Mädchen, die zur Arbeit gezwungen sind, die Waage. Ein erkennbarer Unterschied entsteht erst in der Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen. Hier verlagert sich das Verhältnis leicht in Richtung der Jungen (60 Prozent).
Nach Angaben der ILO ging die Kinderarbeit in den Jahren 2004 bis 2008 um drei Prozent zurück. Diese Entwicklung hält aber nicht an. Die Weltwirtschaftskrise lässt die Armut weiter steigen, damit nimmt auch die Zahl der arbeitenden Kinder zu.
Die Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Kinderarbeit betreffen auch die Millenniumsziele der UN. Das Ziel, dass weltweit alle Kinder bis 2015 zumindest eine Grundbildung erhalten (s. Seite 21) wird durch mehr Armut noch schwieriger zu erreichen sein. Fast die Hälfte der arbeitenden Jungen und Mädchen haben keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen.

Philip Jäger, Student

Welttag gegen Kinderarbeit

Seit 2002 findet jedes Jahr am 12. Juni der Welttag gegen Kinderarbeit statt. Von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingeführt, soll er an das Ziel der Konvention 182 erinnern, bis 2015 die schlimmsten Folgen der Kinderarbeit zu beseitigen. 60 Länder beteiligen sich mit unterschiedlichen Aktionen an diesem Welttag.
Mehr Informationen unter: *www.ilo.org*

FERNE WELTEN entdecken – mit dem Spezialisten

ikarus tours

Aus unserem umfassenden Studien- und Erlebnisreisenprogramm 2011:

Einzigartiges Armenien

9-Tage-Erlebnisreise zu den kulturgeschichtlichen Höhepunkten im Land am Ararat

Eriwan - Etschmiadsin - Vanazor - Hachpat - Alaverdi - Dilijan - Goschawank - Sewan-See - Norawank - Chor Virab - Amberd - Aschtarak - Garni - Geghard

Leistungen:
- Linienflüge mit CSA Czech Airlines
- Übernachtungen mit Halbpension
- Erlebnis- und Rundreisenprogramm inkl. Eintrittsgelder,
- Reiseleitung örtl. deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

103625-02	18.05.-26.05.11	€	1.320,–
103625-03	08.06.-16.06.11	€	1.320,–
103625-04	03.08.-11.08.11	€	1.320,–
103625-05	31.08.-08.09.11	€	1.320,–
Einzelzimmer-Zuschlag:		€	240,–
Visum: Armenien (bei Einreise)		ca. €	10,–
Mindestteilnehmerzahl:			10 Pers.

Große Portugal-Rundreise

14-Tage-Studienreise durch großartige Landschaftsszenerien und zu einmaligen Kulturhöhepunkten

Lissabon - Sintra - Tomar - Batalha - Fatima - Coimbra - Porto - Barcelos - Braga - Viseu - Evora - Beja - Lagos - Sagres - Silves - Faro

Leistungen:
- Linienflüge mit TAP Air Portugal
- Übernachtungen mit Halbpension
- Erlebnis- und Rundreisenprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reiseleitung örtl. deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

103429-02	04.06.-17.06.11	€	1.603,–
103429-03	27.08.-09.09.11	€	1.603,–
103429-04	14.10.-27.10.11	€	1.603,–
Einzelzimmer-Zuschlag:		€	360,–
Mindestteilnehmerzahl:			15 Pers.

Große Baltikum-Rundreise

15-Tage-Erlebnisreise von Kaliningrad durch Litauen, Lettland und Estland

Kaliningrad - Tilsit - Ragnit - Insterburg - Rositten - Kurische Nehrung - Nidden - Klaipeda - Kaunas - Vilnius - Trakai - Riga - Pärnu - Saaremaa - Tartu - Tallinn

Leistungen:
- Linienflüge mit LOT
- Übernachtungen mit Halbpension
- Erlebnis- und Rundreisenprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reiseleitung örtl. deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

103611-01	21.05.-04.06.11	€	2.198,–
103611-02	25.06.-09.07.11	€	2.198,–
103611-03	16.07.-30.07.11	€	2.198,–
103611-04	20.08.-03.09.11	€	2.198,–
Einzelzimmer-Zuschlag:		€	430,–
Visum: Russland (bei Einreise)		ca. €	50,–
Mindestteilnehmerzahl:			15 Pers.

USA: Der Goldene Westen

14-Tage Erlebnisreise im Reisebus zu den atemberaubenden Nationalparks und Naturwundern im Südwesten der USA

Los Angeles - Joshua Tree NP - Grand Canyon - Monument Valley - Bryce Canyon - Las Vegas - Death Valley - Yosemite NP - San Francisco - Carmel - Sta. Barbara

Leistungen:
- Linienflüge mit LUFTHANSA/UNITED AIRLINES
- Übernachtungen mit Frühstück
- Erlebnis- und Rundreisenprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reiseleitung/Fahrer örtl. deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

143210-03	07.06.-20.06.11	€	2.095,–
143210-04	21.06.-04.07.11	€	2.095,–
143210-05	12.07.-25.07.11	€	2.435,–
143210-06	26.07.-08.08.11	€	2.435,–
143210-07	09.08.-22.08.11	€	2.435,–
143210-08	13.09.-26.09.11	€	2.095,–
Einzelzimmer-Zuschlag:		€	490,–
Mindestteilnehmerzahl:			2 Pers.

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Veranstalters. Katalogbestellung sowie Beratung und Buchung zu diesen Reisen in Ihrem Reisebüro oder beim Veranstalter:

IKARUS TOURS GmbH · Tel. 0800 - 46 36 452 (kostenfrei) · Fax: 06174 - 2 29 52 · E-Mail: info@ikarus.com · www.ikarus.com

Langer Atem, viel Geld, gute Argumente

Weltsozialforum in Dakar: erste Ansätze im Kampf gegen Kinderarbeit

Als einzige deutsche Gewerkschaft nahm die GEW mit zwölf Delegierten an dem alle zwei Jahre stattfindenden Weltsozialforum – diesmal in Dakar/Senegal – teil. Fünf Tage debattierten zehntausende Gewerkschafter aus aller Welt mit Vertretern von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und globalisierungskritischen Netzwerken über das herrschende Weltwirtschaftssystem, seine Folgen und mögliche Alternativen. Am Ende zog die GEW-Delegation eine positive Bilanz – bemängelte allerdings einhellig den Rückzug des DGB aus dem Weltsozialforum.*

Der zwei Meter große Mann in dem strahlend weißen Kaftan macht keine Umschweife: „Arbeitende Kinder verdienen Geld. Lernende Kinder kosten Geld." Nun ist der senegalesische Lehrer nicht der Ansicht, Kinder sollten besser arbeiten anstatt zur Schule zu gehen. *Atton Diaw* macht nur darauf aufmerksam, wie sich die Lage für die in Armut lebenden afrikanischen Familien darstellt – und wie viel es braucht, Kinder in die Schule zu bekommen: „Einen langen Atem, viel Geld – und gute Argumente." Sehr überzeugend, fährt Diaw fort, sei eine gute Schule: „Und unsere Schulen sehen aus wie dieses Zelt!" Das Zelt, das er meint, war notdürftig aufgestellt worden, weil Räume fehlten. Es war zugig, zunächst ohne Stühle und äußerst hellhörig. Dennoch diente es der GEW in Dakar als Raum für eine höchst aufschlussreiche Debatte über Kinderarbeit und Bildungsqualität mit afrikanischen Lehrergewerkschaftern.

Nirgends so verbreitet

Der Ort war für den Dialog gut gewählt: Nirgends ist Kinderarbeit so verbreitet wie in den Ländern südlich der Sahara; jedes dritte Kind hier nimmt zwischen fünf und 16 Jahren die Arbeit auf, an ganz verschiedenen Orten: Afrikas Kinder schuften mit ihren Eltern auf dem Feld, malochen als billigste Arbeitskräfte in der Industrie oder verdingen sich gegen kargen Lohn als fliegende Händler. Sie rackern sich auch – häufig mit ihren Müttern – unter sklavenähnlichen Bedingungen in Haushalten der Mittel- und Oberschicht ab oder werden als Prostituierte oder Kindersoldaten missbraucht.

Zu den wesentlichen Erkenntnissen des Workshops mit Afrikanern aus mehr als zehn Ländern gehörte: Die massive und weit verbreitete Armut ist ein zentraler, aber längst nicht der einzige Grund für Kinderarbeit. In den Familien kommen kulturelle und „Gewohnheitsgründe" dazu – wer seit Jahrhunderten drei Monate des Jahres auf dem Feld verbringt, dem fällt ein anderer Rhythmus schwer.

Politischer Wille fehlt

Massiv bemängelt haben die afrikanischen Teilnehmer auch den fehlenden politischen Willen, Kinderarbeit abzuschaffen. „Die internationalen Konventionen haben unsere Regierungen Afrikas eine nach der anderen unterschrieben", ereiferte sich *Alioa Samna* aus Niger, „allein: Es tut sich nichts!" Nicht auf der zivil- oder strafrechtlichen Ebene oder indem die Polizei einmal hinsieht – und auch nicht auf der schulischen Ebene. Reihenweise berichteten Lehrkräfte von fehlenden Schulen, vor allem aber einem Mangel an Pädagogen: Von Kenia bis Senegal säßen überall dort, wo man eine kostenlose Grundschulbildung eingeführt hat, mehr als 100 Kinder in der Klasse. Der simple Hintergrund: Das Recht auf Schule kostet nichts – das Einstellen von Lehrkräften schon. Ebenso üblich sei, dass Freiwillige den Unterricht übernehmen. Wozu das führt, fasste der Vorsitzende der Lehrergewerkschaft SYNTER in Burkina Faso, *Mamadou Barro*, sehr deutlich zusammen: „Wer in der Schule nichts lernt oder dort geschlagen wird, will dort nicht hin – und sucht sich Arbeit."

Wer aber ist nun schuld an der dramatischen Unterfinanzierung der afrikanischen Bildungssysteme? Die westlichen Staaten, von denen so gut wie keiner – auch Deutschland nicht – die für 2015 angepeilten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Entwicklungshilfe aufbringt oder die Fesseln, die der Internationale Währungsfonds (IWF) verschuldeten Staaten anlegt? Beide Argumente fielen in Dakar – aber sehr vereinzelt. Die meisten Afrikaner machten ihre eigenen Regierungen verantwortlich. „Das größte Problem sind unsere Staatschefs", konstatierte *Samuel Ngouanken* von der internationalen Bildungsgewerkschaft Education International in Ghana, „statt in Bildung für alle investieren sie lieber in Flugzeuge für sich selber." Die Forderung nach mehr Demokratie fiel, befeuert durch den zeitgleichen Sturz des *Mubarak*-Regimes in Ägypten, wieder und wieder.

Gelernt hat die GEW-Delegation an dem Tag aber auch: Kinderarbeit und Chancengleichheit in der Bildung sind für afrikanische Gewerkschafter ebenso ein Thema wie für deutsche. Auch erste Ansätze im Kampf gegen Kinderarbeit gibt es – den Dialog mit Eltern oder Sensibilisierungs-Trainings für Lehrkräfte zum Beispiel. *Manfred Brinkmann*, Referent für Internationales beim GEW-Hauptvorstand, sah im Anschluss den Anfang für eine dauerhafte Zusammenarbeit gemacht: „Es gibt zahllose gemeinsame Ziele – und viel Anlass für Vernetzung."

Jeannette Goddar, freie Journalistin

Eine gute Schule sei das beste Argument gegen Kinderarbeit, erklärt der senegalesische Lehrer Atton Diaw (rechts stehend).

Foto: Manfred Brinkmann

* Ausführliche Berichte stehen unter: *www.gew.de/Weltsozialforum_in_Dakar.html*

Termin:
Unter dem Thema „Gute Arbeit weltweit? Analysen – Perspektiven –- Strategien zu globalen Arbeitsrechten und Sozialstandards" findet vom *19. April* bis *12. Juni* an der Goethe-Uni in Frankfurt am Main eine Ringvorlesung statt. Zum Thema Kinderarbeit gibt es in dieser Reihe am *17. Mai* eine Veranstaltung unter dem Titel „Ausbeutung von Kindern und das Recht auf Arbeit: Zwischen Humanismus und Realität". Es referieren Prof. *Manfred Liebel*, *Barbara Küppers* und Prof. *Uta Ruppert*.

Foto: Manfred Brinkmann

Druck auf die Bundesregierung: Auf einem Mega-Fußball, den Vertreter der Globalen Bildungskampagne gemeinsam mit Schirmherrin Gesine Schwan am 1. März an Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) überreichten, fordern Jugendliche mit ihren Unterschriften das Recht auf „Bildung für alle" ein.

Im Blickpunkt: Mädchen und Frauen

Globale Bildungskampagne startet Aktionswochen

Die Globale Bildungskampagne, an der neben Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Verbänden auch die GEW beteiligt ist, engagiert sich dafür, das Recht auf Bildung für alle Menschen umzusetzen. Eine kostenfreie und gute Grundbildung für jedes Kind auf der Welt bis zum Jahr 2015 ist das ambitionierte Vorhaben, das den „Bildung für alle"-Zielen von Dakar (Weltbildungsforum 2000) verpflichtet ist. Die weltweiten Aktionswochen, die im Mai stattfinden, machen auf von Bildung ausgegrenzte Mädchen und Frauen aufmerksam.*

Fast 70 Millionen Kindern wird auch heute noch das Recht, Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen, verwehrt. Über 700 Millionen Erwachsene gelten als Analphabeten. In vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara, Asiens und Lateinamerikas sind vor allem Mädchen und Frauen von Bildung ausgeschlossen. So werden in Pakistan etwa 73 Prozent der Jungen, aber nur 57 Prozent der Mädchen eines Jahrgangs eingeschult. Im bevölkerungsreichsten Staat Afrikas, Nigeria, besuchen 32 Prozent der Jungen und lediglich 18 Prozent der Mädchen eine Schule. In Malawi haben 22,3 Prozent der Jungen und 13,8 Prozent der Mädchen maximal sechs Jahre Unterricht. In Burundi erhalten etwas weniger als die Hälfte der Jungen und knapp ein Drittel der Mädchen eine Schulbildung. Die Benachteiligung junger Frauen im Bildungssystem armer Länder zeigt sich noch deutlicher beim Übergang in weiterführende Schulen. Nur 15 Prozent der Mädchen gelingt dieser zum Beispiel in Afghanistan, im Tschad schaffen ihn gerade mal sieben Prozent. Frühe Heirat und Kinderarbeit (s. Schwerpunkt) in ländlichen Regionen sind die Hauptursachen für diese Diskriminierung. So werden in Afghanistan, Pakistan und Bangladesch etwas weniger als die Hälfte, im Tschad mehr als zwei Drittel der Mädchen auf dem Lande vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet.

Barrieren in Schulen abbauen

Um das dritte UN-Millenniumsziel**, den gleichen Zugang zur Schulbildung für Jungen und Mädchen zu realisieren, sind noch große politische Anstrengungen erforderlich. Aber es ist auch noch vieles in der Praxis zu verändern, beispielsweise sind Barrieren für den Schulbesuch von Mädchen abzubauen. Das heißt: Schulen müssen zu sicheren Orten werden, in denen weibliche Heranwachsende keiner sexuellen Bedrohung und/oder Gewalt ausgesetzt sind. Die Ausbildung von Lehrerinnen ist zu fördern. Das Beispiel Liberia zeigt, dass mit mehr weiblichen Lehrkräften auch die Zahl der Mädchen, die den Unterricht besuchen, steigt. Schulgebäude müssen mit getrennten Toiletten für Mädchen und Jungen ausgestattet sein. Junge Frauen sollten nach der Geburt eines Kindes die Chance erhalten, weiter zur Schule zu gehen und Mütter ohne Schulbildung die Möglichkeit, sich weiterbilden zu können. Nur so finden sie aus der Armut heraus.

Lernrahmen verbessern

Eine erfolgreiche Bildung macht sich jedoch nicht nur an wachsenden Schülerzahlen fest, sondern ebenso an verbesserten Lern-Rahmenbedingungen. Als Minimalforderung brauchen Schülerinnen und Schüler in Malawi genauso wie in Ruanda oder in Indien gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, kleinere Klassen, kostenloses Schulmaterial und eine Schulmahlzeit pro Tag, die umsonst ist.

Die Globale Bildungskampagne rückt die geringen Bildungschancen von Mädchen und Frauen ins Zentrum ihrer Aktionswochen. Mit der Aktion „Erzähl' uns eine Geschichte – Bildung für Frauen und Mädchen weltweit!" fordert sie Kinder, Jugendliche und Erwachsene auch in Deutschland auf, Geschichten über die Erfahrungen von Mädchen und Frauen zu schreiben.

Da in Deutschland im Sommer die Frauenfußball-Weltmeisterschaft stattfindet, ist dies ein Anlass, z. B. Fußballturniere für Mädchen zu organisieren***. Denn der Erfolg der Fußballerinnen in einer lange Zeit von Männern dominierten Sportart ist auch die Erfolgsgeschichte vieler einzelner junger Frauen, ob in Soweto, auf der Eastbank, an der Copacabana oder in Gladbach.

Barbara Geier,
Lehrerin und GEW-Mitglied

Nähere Informationen über Aktionen und Aktivitäten sowie Infos zu Materialien der Globalen Bildungskampagne sind auf der GEW-Homepage unter www.gew.de/Erzaehle_uns_eine_Geschichte_html sowie unter www.bildungskampagne.org abzurufen.

* Näheres zu den „Bildung-für-alle"-Zielen von Dakar: *www.unesco.de/efa.html*

** Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der UN, der Weltbank, der OECD und mehreren Nichtregierungsorganisationen erarbeitete 2001 eine Liste mit acht Zielen, um die Vorgaben der UN-Millenniumserklärung bis zum Jahr 2015 umzusetzen. Das erste Ziel ist die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, das zweite die Grundbildung für alle Kinder und das dritte die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Stärkung der Frauen in der Bildung. Siehe auch: *www.unicef.de/projekte/millennium/*

*** Das Mädchenfußballturnier der GEW Nordrhein-Westfalen findet am 1. Juni in Essen statt. Näheres unter: *www.gew-nrw.de/index.php?id=2257*

Mehr Geld – aber keine tarifliche Entgeltordnung für Lehrkräfte

Ländertarifrunde: Jetzt haben die Mitglieder das Wort

Am 10. März haben sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf einen Tarifabschluss geeinigt. Neben Gehaltserhöhungen für die Jahre 2011 und 2012 umfasst der Kompromiss auch die Einführung einer Entgeltordnung zum Tarifvertrag der Länder (TV-L). Diese gilt jedoch nicht für Lehrkräfte. Trotzdem haben die Gremien der GEW die Annahme der Einigung empfohlen. Jetzt haben die GEW-Mitglieder das Wort (das Ergebnis der Mitgliederbefragung lag bei Drucklegung der E&W noch nicht vor). Um den Tarifabschluss bewerten zu können, ist es nötig, sich die Vereinbarung insgesamt genau anzusehen.

Gehaltserhöhungen 2011 und 2012

In einer Tarifrunde geht es immer an erster Stelle um das Gehalt. Die TdL hatte schon lange vor den Verhandlungen angekündigt, dass die Kassen der Bundesländer trotz des anhaltenden Aufschwungs leer seien und sie wegen der Schuldenbremse keinen Spielraum für Gehaltserhöhungen sähe. Vereinbart wurden für 2011 jetzt eine Einmalzahlung von 360 Euro und eine Erhöhung der Monatsentgelte ab 1. April um 1,5 Prozent. Zum 1. Januar 2012 sollen die Tabellenwerte um weitere 1,9 Prozent und anschließend 17 Euro steigen. Damit wird zumindest die aktuelle Teuerungsrate ausgeglichen. Natürlich weiß jetzt noch niemand, wie sich die Inflation bis Ende 2011 und im nächsten Jahr entwickelt.

Am Tag vor der dritten Verhandlungsrunde demonstrierten gut 12 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Potsdam. Darunter sehr viele GEW-Mitglieder.

Foto: Philip Jäger

Keine Lehrkräfte-Entgeltordnung

In der Tarifrunde ist es zwar gelungen, das Thema tarifliche Eingruppierung von Lehrkräften (L-ego) in den Mittelpunkt der Verhandlungen zu rücken. Dennoch blieben die Arbeitgeber bei ihrer harten Linie und wollten sich ihr einseitiges Bestimmungsrecht bei der Bezahlung der Lehrkräfte nicht nehmen lassen. Am letzten Verhandlungstag legten sie ein „Angebot" vor, das nichts anderes bedeutet hätte als die Unterschrift der GEW unter ein Papier, mit der sie die fortgesetzte Arbeitgeberwillkür auch noch legitimiert. Dem konnte die GEW nicht zustimmen. Der Tarifabschluss ohne L-ego hat verständlicherweise für viel Enttäuschung in der GEW gesorgt. Gut 200 000 angestellte Lehrerinnen und Lehrer werden weiterhin durch einseitige Arbeitgeber-Richtlinien und -Erlasse statt nach Tarifvertrag eingruppiert. Das heißt konkret: Viele erhalten Monat für Monat weniger Geld als andere Akademiker im öffentlichen Dienst. Zudem ist das Nettogehalt niedriger als bei Beamtinnen und Beamten, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Allgemeine Entgeltordnung zum TV-L

Als der TV-L im November 2006 in Kraft trat, fielen die Bewährungsaufstiege und Vergütungsgruppenzulagen des alten Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) weg, ohne dass sie durch ein neues Eingruppierungsrecht ersetzt wurden. Die Entgeltordnung zum TV-L wollte man damals zügig fertigstellen, damit die Beschäftigten keine materiellen Verluste aus dem Übergang erleiden. Da sich der Abschluss einer Entgeltordnung aber immer weiter verzögerte, blieben viele neu Eingestellte in der niedrigen Einstiegsgruppe „gefangen" und verdienten deutlich weniger als nach altem Recht.

Die nun vereinbarte Entgeltordnung bildet viele Aufstiege und Zulagen in den Entgeltgruppen (EG) 2 bis 8/9 ab, indem die Beschäftigten von Anfang an in die Aufstiegsgruppe eingeordnet werden, in die sie zu BAT-Zeiten nach bis zu sechs Jahren gekommen wären. Aufstiege mit einer längeren Bewährungsdauer sind nicht berücksichtigt worden. Die neue Entgeltordnung bringt für viele Beschäftigte eine deutliche Verbesserung. So werden zum Beispiel Erzieherinnen im Landesdienst künftig mindestens in die EG 8 statt in die EG 6 eingruppiert. Die Entgeltordnung tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. Die Länder haben zugesagt, diese Höhergruppierungen auch für die Lehrkräfte in den entsprechenden Entgeltgruppen in ihren Lehrerrichtlinien nachzuvollziehen.

„Öffnungsklausel" zur Altersteilzeit

Da beim Thema Altersteilzeit keine Fortschritte zu erzielen gewesen wären, solange sich alle 14 TdL-Länder auf eine gemeinsame Regelung hätten einigen müssen, ist nun vereinbart worden, dass auf Landesebene Verhandlungen zur Altersteilzeit aufgenommen werden können. Damit besteht zumindest in den Ländern, die gesprächsbereit sind, weil sie z. B. für ihre Beamten Regelungen zur Altersteilzeit haben, die Möglichkeit, auch für die Angestellten einen besseren Übergang in den Ruhestand zu gestalten.

Weitere Vereinbarungen zu Lehrkräften

Bei der Stufenzuordnung in einer EG ist für Lehrkräfte geklärt worden, dass alle Beschäftigungszeiten unter Anrechnung von sechs Monaten für das Referendariat bzw. den Vorbereitungsdienst zusammengerechnet werden, wenn derselbe Arbeitgeber sie mehrmals nacheinander unbefristet beschäftigt hat. So wird verhindert, dass die Betroffenen immer wieder in der Stufe 1 anfangen.

Die von der GEW geforderte Aufnahme der künstlerischen Lehrkräfte an Kunst- und Musikhochschulen in den Geltungsbereich des TV-L soll im Rahmen der Redaktionsverhandlungen geklärt werden.

Oliver Brüchert, Tarifkoordinator im GEW-Arbeitsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik

Das Einigungspapier mit Erläuterungen finden Sie auf den Internetseiten der GEW unter: www.gew-tarifrunde.de/

Nichts zu beschönigen ...

GEW-Kommentar: Etappenziel nicht erreicht – Engagement für L-ego geht weiter

Foto: Kay Herschelmann

Ilse Schaad

In zwei Tarifrunden – 2006 und 2009 – hatten die Arbeitgeber zugesagt, die Länder-Entgeltordnung (L-ego) für Lehrkräfte gemeinsam mit der für alle anderen Beschäftigten abzuschließen. In der Ländertarifrunde 2011 haben sie diese Vereinbarungen gebrochen. Die Wut vieler Mitglieder richtete sich aber nicht gegen die Arbeitgeber, sondern gegen die GEW. Auch persönliche Vorwürfe blieben nicht aus. Einige Kollegen starteten sogar eine Kampagne, massenhaft aus der GEW auszutreten und anderen (eigenen) Organisationen beizutreten. Dabei sparten sie nicht mit schweren Vorwürfen, die teils Straftatbestände darstellten und Grundrechtsverletzungen beinhalteten. Sehr ausführlich hat die GEW alle Mails beantwortet und dabei Verhandlungsabläufe und die Entscheidung der Bundestarifkommission (BTK) erläutert. Die Diskussionen haben deutlich gemacht, dass die Forderung nach dem erstmaligem Abschluss eines Eingruppierungstarifvertrages für Lehrkräfte für die Mitglieder bei dieser Tarifrunde im Mittelpunkt gestanden hat – und weiter steht!

Dieses Ziel haben wir im März 2011 leider nicht erreicht. Da gibt es nichts zu beschönigen. Aber deshalb geben wir die Forderung nicht auf. Auch ver.di – die die GEW als einzige Gewerkschaft bis zum Schluss unterstützt hat – hat in ihrem Tarifinfo klargestellt, dass der Abschluss der L-ego weiterhin gemeinsames Ziel bleibt.

Am Ende der Verhandlungen haben wir – wieder gegen den erbitterten Widerstand der Arbeitgeber – ein vorgezogenes Kündigungsrecht für den in den östlichen Bundesländern geltenden Tarifvertrag zur Entgeltregelung angestellter Lehrkräfte durchgesetzt. Damit besteht ab 1. Januar 2012 in Ost und West für diese Tarifforderung keine Friedenspflicht mehr. Auch in Berlin endet zu diesem Zeitpunkt die durch den Anwendungstarifvertrag begründete Friedenspflicht.

Nach Abschluss der Mitgliederabstimmung (das Ergebnis lag bei Drucklegung der *E&W* noch nicht vor) und der Redaktionsverhandlungen werden wir in der GEW die Diskussion, wie wir nun weiter vorgehen, intensiv führen. Dazu findet im September eine tarifpolitische Konferenz statt, in der BTK und Koordinierungsvorstand – in dem Geschäftsführender GEW-Vorstand und Landesvorsitzende vertreten sind – auch über die bestehende Kündigungsoption entscheiden.

In den Landesverbänden muss die Frage gestellt werden, ob die Mobilisierung erfolgreich war und weshalb es uns insbesondere in einigen westlichen Ländern nicht gelungen ist, unsere Mitglieder in den Streik zu führen. Das ist für all diejenigen, die sich an den Streiks beteiligt haben, keine einfache Debatte. Es ist schwierig, die Gesamtlage objektiv einzuschätzen, wenn man selbst gestreikt hat. Der Tarifkompromiss ist vor allem für die 20 000 streikenden Lehrkräfte in Sachsen bitter, die ihre Durchsetzungskraft an zwei Streiktagen gezeigt haben.

Vor der Tarifrunde waren sich alle einig, dass eine harte Auseinandersetzung bevorstünde, die einen langen Atem erfordert. Jetzt dürfen wir nicht kurzatmig werden!

Die Arbeitgeber haben am Morgen des letzten Verhandlungstages über die Presse verlauten lassen, dass sie der GEW ein Angebot unterbreiten würden. Dies ist auch erfolgt. Es bestand im Kern aus zwei Regelungen:

- Für voll ausgebildete angestellte Lehrkräfte sollten die beamtenrechtlichen Regelungen gelten – wohlgemerkt nicht die gleichen Bruttobeträge, die bei Beamten gelten.
- Für alle anderen sollte sich die Eingruppierung nach den Regelungen der Arbeitgeber richten.

Dass die GEW auf ein solches „Angebot“ nicht eingehen konnte, ist klar. Es hätte bedeutet, dass es beim Alleinbestimmungsrecht der Arbeitgeber geblieben wäre – mit dem Segen der GEW und der Folge einer langfristigen Friedenspflicht.

Die Bundestarifkommission war sich in der Bewertung einig: Das war ein Scheinangebot – nur für die Medien präsentiert.

Wir geben unser Ziel, einen Eingruppierungstarifvertrag für angestellte Lehrkräfte abzuschließen, nicht auf. Dazu müssen wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass angestellte Lehrkräfte in allen Bundesländern erkennen, dass sie nur in der GEW eine Durchsetzungschance haben – nicht außerhalb, nicht in anderen Organisationen und auch nicht jede/r für sich alleine.

Ilse Schaad, Leiterin des GEW-Arbeitsbereichs Angestellten- und Beamtenpolitik

Mitgliederdiskussion

Während der Tarifrunde 2011 hat die GEW ihre Mitglieder schnell über das seit Jahren etablierte „Tariftelegramm“ informiert. Inzwischen erhalten mehr als 15 000 Mitglieder direkt aus den Verhandlungen Informationen. Die Reaktionen auf die Tariftelegramme zeigen, wie groß die Enttäuschung über die Weigerung der Arbeitgeber, eine Länder-Entgeltordnung (L-ego) für Lehrkräfte abzuschließen, bei den Mitgliedern ist.

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Ergebnisses am 10. März (u. a. allgemeine Entgelterhöhung, Abschluss einer allgemeinen Entgeltordnung für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit Ausnahme der Lehrkräfte, landesbezirkliche Öffnungsklausel für Alterszeitzeitregelungen, s. S. 22) hat eine intensive Mitgliederdiskussion begonnen.

Im GEW-Mitgliederblog finden Sie eine ebenso spannende wie kontroverse Diskussion über das Verhandlungsergebnis der Ländertarifrunde 2011: http://*GEW.blogsport.de*

So viel Demokratie muss sein!

Einwurf

Der Weg der GEW wird nicht bestimmt von einsamen Entscheidungen „großer Frauen und Männer", die diese in lichten Höhen treffen. Das gilt für die Bildungs- und Gesellschaftspolitik ebenso wie für die Tarif- und Beamtenpolitik. Die GEW entwickelt ihre Positionen im kollegialen, demokratischen Diskurs. Das ist häufig ein kräftezehrendes Unterfangen, bietet dafür die Chance der Partizipation vieler, verteilt die Verantwortung für Entscheidungen auf mehrere Schultern und erhöht so deren Akzeptanz.

Alle Infos zur Ländertarifrunde 2011 finden Sie auf der GEW-Website unter *www.gew-tarifrunde.de*.

Tarifrunden sind Musterbeispiele für komplexe Aushandlungsprozesse. Ein Arbeitgeber, der 14 Bundesländer unter einen Hut bekommen muss, vier Gewerkschaften, die eine schier unendliche Zahl unterschiedlicher Berufsgruppen und Interessen bündeln müssen. Und das alles unter den wachsamen Blicken der Medien, die durch ihre Berichterstattung und Interpretation auch zu handelnden Akteuren werden (können).

Wie ist die GEW aufgestellt? Sie ist in den Spitzenrunden vertreten, parallel in den Arbeitsgruppen, die Sachfragen klären. Ein kleines Expertenteam berät und stellt die permanente Rückkopplung in die Verhandlungsgruppe, die Bundestarifkommission (BTK) mit fast 100 Mitgliedern sowie den Koordinierungsvorstand (KoVo), er besteht aus dem Geschäftsführenden GEW-Vorstand und den Landesvorsitzenden, sicher. Liegt ein Verhandlungsergebnis vor, diskutiert und bewertet die BTK, in der die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen aus den Landesverbänden die Mehrheit stellen, dieses und empfiehlt dem KoVo Annahme oder Ablehnung. Es ist bei der GEW mittlerweile guter Brauch, dass sie nach der Debatte und Entscheidung des KoVo die Meinung der Mitglieder in einer Befragung einholt. So auch in diesem Jahr. Dies ist keine belanglose Umfrage mit Beliebigkeitsfaktor: Die Gremien der GEW verstehen das Ergebnis der Mitgliederbefragung als bindend. Erst nach deren Votum stimmt die GEW einem Verhandlungsergebnis endgültig zu – oder lehnt es ab. So versichern sich die Gremien, ihre Entscheidung gemäß dem Willen der Mehrheit der Mitglieder treffen zu können. So viel Demokratie muss sein, sie steht für eine lebendige Organisation mit hoher Diskussionskultur.

Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender

Küstenstreik bei strahlendem Sonnenschein: 5000 Landesbedienstete, zumeist aus dem Schuldienst, zogen mit einer Demo vor das Finanzministerium in Schwerin. In ganz Mecklenburg-Vorpommern wurden 230 Schulen bestreikt.

Foto: BelugaPost

Die letzte Bastion

Arbeitgeber verteidigen Ost-West-Unterschied auf ihrem letzten Feld: Bildung

Seit dem 1. Januar 2010 sind die prozentualen Einkommensunterschiede zwischen Ost und West im öffentlichen Dienst nach vielen Anpassungsstufen endlich abgebaut. Damit gilt, dass für die gleiche Beschäftigung in Ost und West auch das Gleiche gezahlt wird – mit einer Ausnahme: Die Beschäftigten im Bildungsbereich erhalten zwar 100 Prozent Gehalt, sind jedoch bei gleicher Tätigkeit nicht in der gleichen Entgeltgruppe einsortiert. Da die Länder nicht bereit waren, die Eingruppierung per Tarifvertrag zu regeln, gilt weiter ihr einseitiges Bestimmungsrecht. Damit bleibt die Bildung – nach einmütiger Auffassung von Politik und Wissenschaft der einzige Rohstoff, über den Deutschland verfügt – der einzige Bereich, in dem gleiche Arbeit nicht gleich bezahlt wird.

Ein Sozialarbeiter mit staatlicher Anerkennung und besonderer Tätigkeit erhält in Ost und West das Gleiche: Er wird in die Entgeltgruppe (EG) 10 eingruppiert und verdient brutto 3.094,63 Euro* (Stufe 3).

Eine Lehrkraft mit wissenschaftlichem Hochschulabschluss in Theologie erhält (jeweils Stufe 3 zugrundegelegt):

Wenn er/sie Unterricht erteilt in einem

... Gymnasium in Westdeutschland: E 13 = 3.596,31 Euro*,

... in einem Gymnasium in Ostdeutschland: E 11 = 3.157,24 Euro*,

... in einer Grund- oder Hauptschule im Westen: E 11 = 3.157,24 Euro*,

... in einer Grund- oder Hauptschule im Osten: E 9 = 2.622,95 Euro*.

Eine Begründung in der Sache gibt es für die unterschiedliche Bezahlung nicht. Die Ursache liegt allerdings auf der Hand: Es gibt keinen Eingruppierungstarifvertrag. Nur deshalb können die Arbeitgeber ihre letzte Bastion noch halten.

is/ur

*Bei den Beträgen handelt es sich um das ab 1. April 2011 im Länderbereich zu zahlende Tabellenentgelt.

Foto: Nils Johannsen

3. März – Bremen/Niedersachsen
Der Bremer Marktplatz war voll: 12 000 Kolleginnen und Kollegen aus Bremen und Niedersachsen nahmen an der zentralen Warnstreikaktion in der Hansestadt teil.

Foto: Michael Schulte

1. März – NRW
Mehr als 10 000 Menschen protestierten vor dem Landtag in Düsseldorf. Unter ihnen Beamte und Angestellte der Gewerkschaften GEW, ver.di und GdP.

Foto: Andreas Hamm

2. März – Hamburg
Toller Erfolg: 5500 Landesbeschäftigte kamen zur Kundgebung in die Hamburger Innenstadt.

8. März – Sachsen
Sie versammelten sich vor dem sächsischen Finanzministerium in Dresden: 17 000 Pädagoginnen und Pädagogen, die ihrem Unmut über die stockenden Tarifverhandlungen Luft machten. Landesweit waren mehr als 20 000 Lehrkräfte im Warnstreik.

Foto: dpa

90 000 Landesbeschäftigte auf der Straße

Beschäftigte im Bildungsbereich waren das Rückgrat der Aktionen

Gut 90 000 Landesbeschäftigte haben sich während der Tarifrunde an den Aktionen der Gewerkschaften ver.di, GEW, Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der dbb Tarifunion beteiligt. Die meisten davon aus dem Bildungsbereich. Am kampfstärksten zeigte sich der GEW-Landesverband Sachsen: Allein 17 000 Kolleginnen und Kollegen, im Wesentlichen Lehrkräfte, kamen am 8. März zur zentralen Kundgebung nach Dresden. In Sachsen sind alle Lehrkräfte im Angestelltenstatus eingestellt. E&W veröffentlicht einen kleinen Bilderbogen der Warnstreikaktionen im März (Februar-Aktionen s. E&W 3/2011, S. 30/31).

Berichte zu allen Aktionen unter: *www.gew-tarifrunde.de > Aktionen*

Videoclips von den Protesten finden Sie auf unserem Youtube-Kanal: *www.youtube.com/user/GEWHauptvorstand*

Foto: Matthias Holland-Letz

„Deutschland hat eine Technikfeindlichkeit“

4. Schulkongress des „Handelsblatt“-Verlags in Berlin

Die Schülerzahlen sinken, der Anteil der Migrantenkinder steigt. Was bedeutet die demografische Entwicklung für Schulen und Arbeitgeber? Unternehmensnahe Referenten auf dem zweitägigen Kongress „Wirtschaft und Schule“ fordern: mehr Autorität für Lehrkräfte. Mehr Unterricht in Naturwissenschaften und Informatik. Außerdem Sponsoring durch Unternehmen und Stiftungen. Was Gewerkschaften dazu sagen, interessierte den Kongressveranstalter offenbar wenig. Die „Handelsblatt“-Gruppe hatte weder GEW noch IG Metall oder DGB eingeladen.

Hotel Berlin, großer Konferenzsaal. Ans Rednerpult tritt *Martin Herrenknecht*, ein badisch-knarziger Unternehmerpatriarch. „Warum werden Bildungsprojekte durch Wirtschaftsunternehmen gefördert?“, lautet sein Thema. Doch Herrenknecht verbreitet lieber seine Weltsicht. „Deutschland hat eine Technikfeindlichkeit“, schimpft er. Schuld habe „die 68er Generation“. Dazu wirft der Beamer das Foto von Castor-Gegnern an die Leinwand. Er wirbt für Stuttgart 21 („ein grünes Projekt“) und gibt pädagogische Tipps („Lehrer müssen wieder mehr Autorität bekommen“).

Der 68-jährige Ingenieur ist Chef der Herrenknecht AG, die mit über 3000 Beschäftigten Maschinen für den Tunnelbau produziert. Ein High-Tech-Unternehmen, das auch Bildungsprojekte finanziert, wie die rund 350 Kongressbesucher erfahren, darunter 80 Lehrkräfte aus allen Bundesländern. So zahlt Herrenknecht zum Beispiel 35 000 Euro jährlich an eine Schule – für „Ausstattung im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich“. Der glückliche Empfänger ist das Gymnasium im badischen Lahr, das der Firmenchef selbst besucht hat.

Arbeitgeberlager dominiert

Das Arbeitgeberlager dominiert in Berlin.* Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Zentralverband des Deutschen Handwerks, der Oldenburger Energiekonzern EWE AG – sie alle schickten Referenten. Präsent auch unternehmensnahe Bildungsinitiativen wie SchuleWirtschaft, JUNIOR oder „Wissensfabrik – Unternehmen für Deutschland e.V.“

Entsprechend häufig geht es um ein Lieblingsthema der Unternehmen: Wie lässt sich die schulische Ausbildung in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) verbessern? Dazu stellen Firmen, aber auch Wissenschaftler der Fraunhofer-Gesellschaft Projekte vor. Vier Schulen, drei davon privat, präsentieren pädagogische Konzepte zum Wirtschaftsunterricht und zur Integration von Migrantenkindern. Und im „Networking-Center“ wirbt die Initiative „Handelsblatt macht Schule“ für ihre kostenlosen, arbeitgeberlastigen Unterrichtsmaterialien.** Im Wirtschaftsunterricht seien die Materialien „häufig veraltet“, behauptet *Sabine Pfeiffer*, Projektleiterin von „Handelsblatt macht Schule“.

Die Industrievertreter auf dem Kongress äußern auch fortschrittliche Gedanken. Etwa *Klaus-Peter Hennig*, Personalvorstand bei ThyssenKrupp Nirosta in Krefeld. Hennig spricht vom „eigentlich enorm reichen Deutschland“, das lediglich 4,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in die Bildung stecke. Der Durchschnitt der OECD-Industrieländer investiere 5,7 Prozent, rechnet Hennig vor. Um diesen Rückstand aufzuholen, seien pro Jahr „20 Milliarden Euro Mehrausgaben für die Bildung“ nötig. Damit ließen sich auch „integrative Maßnahmen“ für Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien finanzieren – „im Bereich Vorschule, Schule und berufliche Bildung“. Wie der Staat durch eine andere Steuerpolitik die 20 Milliarden Euro zusätzlich aufbringen könnte, dazu allerdings verliert Hennig kein Wort.

Monika Romain, Schulleiterin eines Gymnasiums in Leverkusen, entdeckte viel Spannendes im Kongressangebot. „Großartig“ sei, was sie an Fördermöglichkeiten für MINT-Fächer kennengelernt habe, sagt das GEW-Mitglied. Doch will sie Schulbildung keinesfalls auf naturwissenschaftliche oder technische Fächer reduziert sehen: „Arbeiten im Team, Pünktlichkeit, Verlässlichkeit – das lernen die Schüler im Theaterensemble.“ Der musische Bereich sei beim „Handelsblatt“-Kongress viel zu kurz gekommen, urteilt die Pädagogin.

Warum keine Gewerkschaftsvertreter als Referenten eingeladen wurden, wird der Veranstalter gefragt. „Das war bisher nicht auf der Agenda“, antwortet treuherzig Projektleiterin Pfeiffer. Sie gelobt Besserung. „Das können wir ja auf die Vorschlagsliste für den kommenden Schulkongress aufnehmen.“

Matthias Holland-Letz, freier Journalist

* s. auch: Bericht über den 3. Handelsblatt-Schulkongress 2009 im Privatisierungsreport Nr. 10, Seite 44 ff.

** s. Privatisierungsreport Nr. 8, Seite 28 ff.

„Nicht nur ein homo oeconomicus“

E&W-Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Gerd-E. Famulla

Foto: privat

Prof. em. Gerd-E. Famulla

„Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen“ heißt eine Studie, jüngst im Auftrag von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden erstellt. Sie fordert, ein eigenständiges Fach Ökonomie an allgemeinbildenden Schulen einzuführen. Zu den Autoren zählen Wirtschaftsdidaktiker und Wirtschaftspädagogen. Kritik äußert Professor Gerd-E. Famulla, pensionierter Wirtschaftsdidaktiker an der Universität Flensburg.***

***E&W**: Herr Famulla, seit Jahren fordern Unternehmensvertreter, dass die Schulen ein eigenständiges Fach Wirtschaft einführen. Was ist falsch daran?*

Gerd-E. Famulla: Es birgt das Risiko, dass der Ökonomieunterricht allein auf wirtschaftswissenschaftliches und unternehmerisches Denken verengt wird. Der Mensch ist aber nicht nur ein homo oeconomicus, der nur seinen Nutzen maximieren will. Das ist ein falsches Denken. Wir müssen wieder lernen, wie man Wirtschaft sinnvoll in Gesellschaft, Natur und Politik einbettet. Dafür brauchen wir eine Neuorientierung, auch in der ökonomischen Bildung. Dieser Stoff gehört deshalb in ein sozialwissenschaftliches interdisziplinäres Fach als Teil der Sozialkunde, Wirtschaftskunde oder Arbeitslehre. Ein Schulfach Ökonomie gefährdet die ökonomische Bildung, die wir benötigen.

***E&W**: Welche Interessen verfolgen Unternehmen, wenn sie ein eigenes Fach Wirtschaft fordern?*

Famulla: Die Unternehmen haben Interesse, ein bestimmtes Denken in den Köpfen junger Menschen zu verankern. Sie sollen akzeptieren lernen, dass die Ökonomisierung der Gesellschaften voranschreitet. Und: dass der Markt die Ressourcen am Besten verteilt. Doch viele Menschen stehen einer Ökonomisierung kritisch gegenüber. Man darf den Widerstand nicht ignorieren, der in der Bevölkerung besteht, etwa gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn, bei Gesundheit und Bildung.

***E&W**: Sie behaupten, das Gutachten sei auch inhaltlich einseitig. Warum?*

Famulla: Die Studie betont die Bedeutung des Pionierunternehmers, wenn es um Innovation und Fortschritt geht. Die wichtige Rolle des Staates bei Forschung und Entwicklung wird gar nicht erwähnt. Auch die Arbeitnehmer und die Arbeiterbewegung tauchen nicht auf.

***E&W**: Sie bemängeln außerdem, dass ein Wirtschaftsunterricht im Zentrum steht, der Stereotypen festigt. Was meinen Sie damit?*

Famulla: Im Gutachten erscheint das unternehmerische Handeln als Domäne der Männer. Unternehmerinnen kommen nicht vor. Sachkompetenz ist eindeutig männlich formuliert. Das zeigt sich etwa in den Beispielaufgaben für den Wirtschaftsunterricht.

***E&W**: In diesen geht es auch um Delikte, die Wirtschaftsakteure begehen können. Was ist Ihnen dabei aufgefallen?*

Famulla: Man findet Verbraucher, etwa eine Oma *Claudia*, die zum Versicherungsbetrug anstiften. Dagegen sucht man vergeblich nach typischen Vergehen von Unternehmern oder Unternehmerinnen, etwa Bilanzfälschung, Steuerhinterziehung, Straftaten gegen die Gesundheit oder die Umwelt.

***E&W**: Was sagen Sie zur Lehrerausbildung, wie sie das Gutachten empfiehlt?*

Famulla: Das Lehramtsstudium für das Fach Ökonomie wird auf drei Einzeldisziplinen beschränkt, nämlich Volkswirtschafts-, Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsrecht. Diese Fächer sind überhaupt nicht an der Allgemeinbildung und der Lehrerausbildung orientiert. Wir fordern, andere Disziplinen hinzuzuziehen, zum Beispiel Arbeits- und Wirtschaftspsychologie oder Wirtschaftsgeschichte. Die ökonomische Fachausbildung von Lehrkräften gehört in die Hände von Fachdidaktikern. Man sollte sie nicht allein den Fachwissenschaftlern überlassen.

***E&W**: Wie groß ist die Gefahr, dass die Studie der Wirtschaftsverbände in den Kultusministerien Gehör findet?*

Famulla: Diese Gefahr besteht. Doch wir hoffen, dass man unsere Kritik in den Ministerien beachtet. Im Übrigen plädieren auch andere Gruppen für neue, eigenständige Schulfächer. Zum Beispiel für das Fach Berufsorientierung. Die Unternehmen stoßen also auf Konkurrenz, wenn es um die Verteilung der Unterrichtsstunden geht.

Interview: Matthias-Holland-Letz, freier Journalist

Foto: imago

„Die ökonomische Fachausbildung von Lehrkräften gehört in die Hände von Fachdidaktikern.“

* *Retzmann/Seeber/Remmele/Jongebloed*: Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen, im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, Essen/Lahr/ Landau/ Kiel, 2010. Download: *www.wida.wiwi.uni-due.de/downloads/publikationen/*

** *Heditke/Famulla/Fischer/Weber/Zurstrassen*: Für eine bessere ökonomische Bildung! Kurzexpertise zum Gutachten „Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen“, November 2010. Download: *www.leuphana.de/fileadmin/user_upload/lehrgebiet/bwp/files/expertise.pdf*

Ausgebremst

Hessen beschließt per Volksabstimmung Schuldenbremse – „Magerstaat“ droht

Die Schuldenbremse ist alles andere als generationengerecht. Im Gegenteil: Sie wird dazu führen, dass sich die Bildungsstandards künftiger Generationen verschlechtern. Darauf weist die GEW hin. Experten geben der Gewerkschaft Recht.

Es sind düstere Prognosen, die der GEW-Vorsitzende *Ulrich Thöne* aufstellt. Die Schuldenbremse, die die Hessen mit der Volksabstimmung Ende März endgültig beschlossen haben, werde bald schon die Bildungspolitik beeinflussen. Von weiteren Kürzungen sei auszugehen. Am Ende drohe der „Magerstaat“: „Einen Ausbau der Ganztagsangebote und mehr individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen wird es dann nicht mehr geben“, sagte der GEW-Vorsitzende kürzlich bei einer Tagung der GEW in Kassel. Die Schuldenbremse sei in Wahrheit eine Bildungsbremse. Mit seiner klaren Position war Thöne bei der Veranstaltung mit dem Titel „Nachhaltige Finanzpolitik für gute Bildung – Nein zur Schuldenbremse“ nicht alleine. Der hessische GEW-Landesvorsitzende *Jochen Nagel* geht etwa davon aus, dass sich der nun beschlossene Passus in der Verfassung auch an den Hochschulen bemerkbar machen wird. Wenn die Länder keine neuen Schulden machen dürften, müssten sie auf größere Investitionen verzichten. Was dann passiere, ist für Nagel absehbar. Die öffentliche Hand werde private Investoren suchen, die dann im Zuge der oft kritisierten Public-Private-Partnership-Modelle etwa neue Uni-Institute bauen. Damit verlören die Länder an Einfluss an den Hochschulen. Oder aber, es gebe zwar weiterhin Geld für Universitäten und Fachhochschulen, „das dann aber durch Studiengebühren eingenommen werden muss“.

Einnahmen verbessern

Vor rund zweieinhalb Jahren habe Bundeskanzlerin *Angela Merkel* (CDU) nach dem Bildungsgipfel in Dresden das Ziel verkündet, künftig sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Bildung zu investieren, sagte Thöne. Dieses Vorhaben lasse sich mit der Schuldenbremse nicht realisieren. Derzeit gebe Deutschland nur 4,7 Prozent des BIP für die Bildung aus, weit weniger als die meisten anderen OECD-Staaten.

Wobei die GEW-Vorstände nicht falsch verstanden werden wollten: Auch sie sind der Meinung, dass es unfair wäre, künftigen Generationen einen Schuldenberg zu hinterlassen. Dieses Argument hatte der niedersächsische Finanzminister *Hartmut Möllring* (CDU) bei der GEW-Tagung angeführt. Nur dürfe sich der Staat nicht ausschließlich mit der Ausgabenseite beschäftigen, sondern müsse durch eine gerechtere Steuerpolitik die Einnahmenseite stärken, so Thöne.

Unterstützung bekommt die GEW in diesem Punkt von *Achim Truger*, dem steuer- und finanzpolitischen Experten des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung. Deutschland sei in Sachen Sparsamkeit bereits Vizeweltmeister. Von 1998 bis zum Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 seien die Staatsausgaben real um 0,2 Prozent zurückgegangen. Nur Japan sei mit einem Minus von 1,1 Prozent noch restriktiver bei seinen Ausgaben. In der Europäischen Union hingegen gebe es eine Wachstumsrate von durchschnittlich 1,5 Prozent.

Schreckensvorstellungen

„Es gibt also keine verschwenderische Ausgabenpolitik in Deutschland“, sagte Truger. Investitionen seien schon aus volkswirtschaftlicher Sicht notwendig. Bei einer strikten Sparpolitik könnte der gesamte Euro-Raum in Stagnation versinken. Eine Schreckensvorstellung für Finanzminister.

Die Schreckensvorstellung für Menschen, die in der Bildung tätig sind, lässt sich ebenfalls statistisch darstellen. Bereits jetzt fehle pädagogisches Personal, sagte Nagel und bemühte den internationalen Vergleich. Danach kommen in Island 110 Lehrkräfte und Sozialpädagogen auf 1000 Schülerinnen und Schüler. In Deutschland liege diese Zahl bei 63, in Hessen bei 55. Wenn durch die Schuldenbremse weiter an der Bildung gespart werde, dürfte sich das Betreuungsverhältnis an den Schulen noch verschlechtern. „Generationengerechtigkeit sieht anders aus“, betonte Thöne.

Thöne und Nagel verwiesen in diesem Zusammenhang auf das Steuerkonzept der GEW* (*E&W* berichtete), mit dem sich deutlich mehr Einnahmen erzielen ließen. Beide forderten, Besserverdienende, Unternehmer und Vermögende stärker in die Verantwortung zu nehmen. Der Spitzensteuersatz und die Körperschaftsteuer müssten erhöht werden. Alleine durch eine Finanzproduktesteuer könne der Staat jährlich 13,5 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen. Durch Steuerreformen habe er in den vergangenen zehn Jahren auf 400 Milliarden Euro verzichtet.

Georg Leppert, Redakteur der „Frankfurter Rundschau“

27. März 2011: ein schwarzer Tag für die Bildungspolitik. Denn trotz Staatsverschuldung sind Investitionen aus volkswirtschaftlicher Sicht nötig. Die Gewerkschaften hatten gegen die Schuldenbremse gekämpft. Sie verloren zwar die Volksabstimmung, erzielten aber einen Achtungserfolg. Über 30 Prozent der Bürgerinnen und Bürger stimmten gegen die Schuldenbremse.

* Das Steuerkonzept der GEW finden Sie im Internet unter: *www.gew.de/Binaries/Binary65845/2010_10_26_GEW-Steuerkonzept.pdf*

Auf der Plattform Handlungsfähiges Hessen hat der DGB als politischen Gegenentwurf zur Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler eine Reichtumsuhr veröffentlicht. *www.handlungsfaehiges-hessen.de/index.php?id=42 <http://www.handlungsfaehiges-hessen.de/index.php?id=42>*

Sozialwahl 2011 DGB Mitbestimmen!

DGB

Die Sozialwahl 2011
MITBESTIMMEN! DGB WÄHLEN!

Bis zum 1. Juni 2011 wird wieder gewählt: Alle sechs Jahre entscheiden Sie als Versicherte der Sozialversicherungen, wer Ihre Interessen in der Selbstverwaltung der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung vertritt.

Die Selbstverwaltungsgremien, die wichtigsten Entscheidungsorgane der Versicherungsträger, werden von Ihnen gewählt. Deren Entscheidungen betreffen Sie als Versicherte direkt. Die Sozialwahlen bilden das Kernstück der Demokratie in der Sozialversicherung.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wirbt bei der Sozialwahl 2011 um Ihre Stimme, um für eine solidarische Weiterentwicklung der Sozialsysteme zu arbeiten.

Dabei steht vor allem die Frage der sozialen Gerechtigkeit im Vordergrund: Kopfpauschalen, Zusatzbeiträge und das „Einfrieren" von Arbeitgeberbeiträgen lehnen wir entschieden ab. Eine Sparpolitik auf Kosten der Versicherten muss verhindert werden. Dafür stehen die Kandidatinnen und Kandidaten des DGB.

Gerechte Verteilung der Kosten, persönliche Beratung und Nähe zu den Versicherten, qualitativ hochwertige und bezahlbare Gesundheitsversorgung, gute und sichere Altersrenten, umfassender Arbeitsschutz und bedarfsgerechte Reha-Maßnahmen. Bei allem, was wir in den Versichertenparlamenten für Sie durchsetzen – **für uns stehen immer die Interessen aller Versicherten im Mittelpunkt.**

Deshalb: DGB wählen!

Wie funktioniert die Sozialwahl?

Bequem per Post. Um die Versichertenparlamente zu wählen, muss man kein Wahllokal aufsuchen. Nachdem die Wahlunterlagen per Post gekommen sind, machen die Wählerinnen und Wähler einfach ein Kreuz auf dem Stimmzettel und stecken ihn in den frankierten Rückumschlag, der in den Wahlunterlagen dabei ist.

Alle Versicherten dürfen wählen. An der Sozialwahl können alle Versicherten über 16 Jahre teilnehmen – ganz egal, welche Staatsangehörigkeit sie besitzen, ob sie Arbeit haben oder nicht. Ausgenommen sind nur mitversicherte Familienmitglieder und Bezieherinnen und Bezieher von ausschließlich Hinterbliebenenrenten.

Foto: imago

Im Gleichschritt Marsch Richtung weibliche Zukunft? In Sachen Frauenförderung auf jeden Fall nicht! Die Unionspolitikerinnen Kanzlerin Angela Merkel (vorne) und Bundesfamilienministerin Kristina Schröder vertrauen bei der Quote ganz auf die Einsicht der Männer in den Chefsesseln.

Ein Anrecht auf Macht

Frauenförderung: Quote plus muss her!

Noch nie waren in einer Generation so viele Frauen so gut qualifiziert wie heute. Trotz ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer guten Ausbildung sind sie in Leitungsfunktionen deutlich unterrepräsentiert. Doch in der Gleichstellungspolitik passiert zurzeit wenig. Zwar wurde die lebhafte Diskussion um die Quote erst einmal politisch auf Eis gelegt, darunter aber brodelt es.

Auf der Bilanzpressekonferenz der Deutschen Bank Anfang des Jahres äußerte deren Chef *Josef Ackermann*, er hoffe, dass „irgendwann" eine Frau mit im Führungsteam sitze, denn dann werde es „farbiger und schöner". Danach grinste er und die zwölf Männer neben ihm auch. Dieser Zynismus ist symptomatisch. Führungskräfte wie Ackermann kultivieren die Männerdominanz auch noch öffentlich, indem sie Frauen in Führungspositionen ins Lächerliche ziehen. Ackermann zeigt damit, dass er in dieser Hinsicht auch nicht ökonomisch denkt. Denn bekanntlich erwirtschaften gemischte Teams – d.h. von zehn Positionen sollten mindestens drei mit Frauen besetzt sein – mehr Gewinn als männliche Monokulturen. Aber es geht hier wohl nicht um rationales Verhalten. Klar ist: Die einflussreichen Männer in der Wirtschaft oder in den Banken geben ihre Macht nicht freiwillig ab. Die männlich dominierten Führungsriegen und die Arbeitsweltkulturen, die sich an männlichen Lebensläufen orientieren, sind ausschlaggebend, dass Frauen auf dem Weg noch oben oft schon in unteren und mittleren Führungsebenen hängen bleiben. Das hat nichts mit der Qualifikation der Frauen zu tun, sondern mit genau solch zynischen Sichtweisen, wie sie Ackermann öffentlich zur Schau stellt.

Tatsächlich machen die deutsche Wirtschaft und die Bundesregierung mit ihrem Geeiere um die Frauenförderung international und auf europäischer Ebene keine gute Figur.

Die Quote ist in vielen Ländern als ein wichtiges Instrument anerkannt, um die wachsende Zahl gut qualifizierter Frauen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit und Kompetenz adäquat einzusetzen.

Die zuständige EU-Kommissarin *Viviane Reding* fordert: „Bis 2015 sollten 30 Prozent und bis 2020 40 Prozent der europäischen Aufsichtsräte weiblich sein."

In der Debatte über die gesetzliche Frauenquote steht nicht nur die Glaubwürdigkeit der Wirtschaft auf dem Spiel. Es geht auch darum, ob sich Deutschland weiterhin nur Alibi-Frauen leistet oder aber Quotenfrauen. Denn: Quoten geben Frauen ein Anrecht auf eine Führungsposition, bei der es um Entscheidungen und Macht geht. Bis jetzt sind Frauen auf den „oberen Ebenen" in der Regel von Männern nur geduldet. Sie haben keinen eigenständig abgesicherten Anspruch auf Teilhabe in den Chefetagen.

Hinter den Kulissen legen die „Ackermänner" wohl eher sehr harte Bandagen an. Denn man/frau fragt sich: Warum ist die sozialdemokratische Frauenministerin *Christine Bergmann* 2001 bereits mit einer Frauenquote für die Privatwirtschaft am Basta-Wort von Ex-Kanzler *Gerhard Schröder* (SPD) gescheitert? Warum sprach nun Kanzlerin *Angela Merkel* (CDU) ebenfalls ein „Machtwort" bei dem Quotenstreit zwischen ihren Unionskolleginnen, Bundesarbeitsministerin *Ursula von der Leyen* und Bundesfamilienministerin *Kristina Schröder*? Merkel und Schröder halten verbissen an der freiwilligen Selbstverpflichtung der Wirtschaft fest, die Rot-Grün vor zehn Jahren vereinbarte und die völlig ins Leere gelaufen ist. Wer sind die treibenden Kräfte? Ein Schelm, wer dabei Böses denkt! Außerdem setzt die

* Neue Wege – Gleiche Chancen, Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf, Gutachten der Sachverständigenkommission an das Bundesfamilienministerium für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Hrsg.: Sachverständigenkommission zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung, s. auch: *www.fraunhofer.de/Images/110204_Gleichstellungsbericht_final_tcm 7-78851.pdf*

327 Frauen fehlen

Zahlen und Trends sprechen für eine gesetzliche Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände. Der Frauenanteil in den Vorständen der 160 börsennotierten Unternehmen stieg von 2008 bis 2009 um gerade mal ein halbes Prozent, stagniert nun aber bei 3,1 Prozent im Jahr 2011 (2010: 3,0 Prozent). Nur 21 der 686 Vorstandssitze haben Frauen inne. Lediglich einer Frau ist es bislang gelungen, in das Amt einer Vorstandsvorsitzenden zu kommen: *Sigrid Nikutta*. Sie ist Aufsichtsratsvorsitzende der Berliner Verkehrsbetriebe.

Wie würde sich eine 30 Prozent-Frauenquote, wie Arbeitsministerin *Ursula von der Leyen* (CDU) oder auch die IG Metall sie vorgeschlagen haben, konkret auswirken? Jedes der 160 börsennotierten Unternehmen müsste ein einziges männliches Vorstandsmitglied gegen eine Frau austauschen, mit den bereits vorhandenen 21 Vorstandsfrauen wäre die 30-Prozent-Quote dann bereits erfüllt. Von 1638 Aufsichtsratsposten sind 164 mit Frauen besetzt. Bei einer 30-Prozent-Quote fehlen noch 327 Frauen in den Aufsichtsratsgremien. Das hieße praktisch, dass jedes Aufsichtsratsgremium nur zwei Männerposten mit zwei Frauen ersetzen müsste.*

* *Weckes, Marion*: Geschlechterverteilung in Vorständen und Aufsichtsräten in den 160 börsennotierten Unternehmen zum 31. Januar 2011; www.boeckler.de – Februar 2011.

Kanzlerin mit Ministerin Schröder und deren marktwirtschaftlich orientiertem Konzept der Frauenförderung schon wieder aufs falsche Pferd. In einer Forsa-Umfrage Anfang Februar sprechen sich 58 Prozent der Frauen für eine Frauenquote in öffentlichen und privaten Unternehmen aus und immerhin 43 Prozent der Männer, das heißt eine knappe Mehrheit der Bevölkerung. Fakt ist auch: Fast drei Viertel der jungen Frauen im Alter von 18 bis 29 Jahren wollen mehr Verantwortung im Betrieb übernehmen.

Makel: Männerriegen

International gelten die Männerriegen in den Vorständen als ein Makel deutscher Unternehmen. Daher rührt die Einsicht mancher Konzerne wie der Telekom oder E.ON, firmenintern Vorgaben zu machen, um ihren Frauenanteil zu erhöhen. In den USA gelten schon seit vielen Jahren gesetzliche Antidiskriminierungsregelungen. In Frankreich, Spanien und Norwegen sind Quoten bereits Gesetz. Schweden, Belgien, die Niederlande, Italien und Belgien arbeiten zumindest daran.

Eine gesetzlich verankerte Geschlechterquote erlaubt auch das Grundgesetz (GG). Das Gleichberechtigungsgebot in Art. 3,2 GG legitimiert Fördermaßnahmen zugunsten von Frauen, solange noch keine tatsächliche Gleichstellung realisiert ist. Und dies gilt nicht nur für Vorstände und Aufsichtsräte großer Unternehmen.

Deshalb: Eine Frauenquote für Führungsetagen ist weiterhin notwendig. Denn eine freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft führte bisher nicht zum Ziel. Eine Debatte, die sich nur um die Quote dreht, greift jedoch zu kurz. Ein Bündel von Begleitmaßnahmen – also die „Quote plus“ – ist ergänzend notwendig: Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit, Mindestlöhne, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vom ersten Euro an. Das Ehegattensplitting müsste zudem zugunsten einer Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Grundfreibetrag abgeschafft werden. Mentoring-Programme, Coaching und integrierte Vereinbarkeitsmöglichkeit in den Alltag der Unternehmens- und Organisationskultur sowie gezielte Potenzialentwicklung von Frauen sind zusätzliche Stellschrauben, um gleiche Berufs- und Lebenschancen für Frauen und Männer zu erreichen (s. *E&W*-Schwerpunkt „Frauen“ 3/2011)*.

Anne Jenter, Leiterin des GEW-Arbeitsbereichs Frauenpolitik

Hart umkämpft

Sozialwahl: Stimme der Gewerkschaften stärken!

Im April und Mai werden die Briefwahlunterlagen für die Sozialwahlen verschickt. Gewählt wird nicht nur bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund, sondern auch bei den großen gesetzlichen Krankenkassen Barmer, Techniker, DAK und anderen. Petra Grundmann und Gesa Bruno-Latocha, die für die GEW auf der DGB-Liste bei der DRV Bund kandidieren, erklären am Beispiel der Rentenversicherung, warum alle Beschäftigten ihr Wahlrecht wahrnehmen sollten.

Die soziale Selbstverwaltung ist so alt wie die Sozialversicherung selbst. Von Anfang an wachten Vertreter der Beitragszahler – Versicherten- und Arbeitgebervertreter – über die Tätigkeit der Sozialversicherung. Die paritätisch besetzten Selbstverwaltungsgremien besitzen die Organisations- und Personalhoheit, sie entscheiden über Reha-Leistungen und sitzen in Widerspruchsausschüssen.

„Staatsferne“ garantiert

Zwar werden die wichtigsten Parameter des 135-Milliarden-Euro-Haushalts der DRV Bund, die Beitragshöhe und die Rentenberechnung, vom Bundestag festgelegt. Aber der Haushalt der DRV Bund wird durch die ehrenamtlichen Vertreter in der Selbstverwaltung beschlossen. Sie wählen auch die Geschäftsführung und garantieren damit eine gewisse „Staatsferne“ der Institutionen der Sozialversicherung.

So verwundert es auch nicht weiter, dass die Sitze in der Selbstverwaltung hart umkämpft sind. Bei der DRV Bund kandidieren neben Gewerkschaften und Sozialverbänden auch „unabhängige“ Versichertenvereine. Die kleineren DGB-Gewerkschaften kandidieren auf der gemeinsamen DGB-Liste, ver.di und IG Metall treten alleine an. Informationen über alle Listen gibt es in einer Broschüre, die man kostenlos bei der DRV Bund anfordern kann oder unter *www.drv-bund.de*.

DGB besetzt Spitze

Besondere öffentliche Aufmerksamkeit genießen die alternierenden Vorstandsvorsitzenden – je einer von Arbeitgeber- und Versichertenseite im jährlichen Wechsel. Die Vorstandsvorsitzenden werden bei allen sozialpolitischen Fragen gehört und können für ihre Arbeit auf den gesamten Sachverstand der Rentenversicherung zurückgreifen. Der Spitzenposten der Versicherten wird seit jeher vom DGB wahrgenommen, derzeit durch *Annelie Buntenbach*, im DGB-Bundesvorstand für Sozialpolitik zuständig.

Dass der DGB auch weiterhin die „Stimme der Arbeitnehmer“ in der Sozialpolitik bleibt, setzt voraus, dass der DGB und seine Gewerkschaften in den Selbstverwaltungsgremien gut vertreten sind. Jedes Gewerkschaftsmitglied sollte hierzu seinen Beitrag leisten und nicht nur selbst seinen Wahlumschlag abschicken, sondern auch in Familie und Freundeskreis für die Stimmabgabe für die Gewerkschaften werben.

„Rausgeschmissenes Geld“?

Übrigens: Man liest immer wieder, die Sozialwahl sei „rausgeschmissenes Geld“. Das liegt daran, dass Menschen bei vielen Nullen leicht die Orientierung verlieren. Pro Wahlberechtigtem betragen die Kosten der Sozialwahl nicht mal einen Euro – einschließlich aller Anzeigen und Informationsmaterialien.

Eine Stimme der Gewerkschaften für eine sozialere Politik sollte uns das wert sein!

Petra Grundmann, Schatzmeisterin der GEW, Gesa Bruno-Latocha, Referentin im GEW-Arbeitsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik

Alte Probleme – neue Perspektiven

Altersteilzeit im Länder-Tarifabschluss 2011

Der Tarifvertrag zur Altersteilzeit im öffentlichen Dienst ist Ende 2009 ausgelaufen, ohne dass es im Bereich der Länder eine Anschlussregelung gab. Daher haben viele ältere Landesangestellte auf die Tarifrunde 2011 gehofft. Auch für die Beschäftigten, die bereits einen Altersteilzeitvertrag in der Tasche haben, aber weniger Geld als ursprünglich erwartet bekommen, steht eine Lösung noch aus.

Der Tarifkompromiss vom 10. März 2011 schreibt zur Altersteilzeit lapidar: „Auf landesbezirklicher Ebene können Tarifverhandlungen zur Altersteilzeitarbeit im Rahmen der Vorgaben des Altersteilzeitgesetzes geführt werden."
Übersetzt heißt das, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) war nicht bereit, die Altersteilzeit einheitlich fortzusetzen. Sie lässt aber den Bundesländern, die das wollen, freie Hand. Die GEW-Landesverbände können nun – gegebenenfalls zusammen mit ver.di – mit der jeweiligen Landesregierung über Altersteilzeit verhandeln. Das sind gute Nachrichten insbesondere in den Ländern, in denen für Beamtinnen und Beamte weiterhin Altersteilzeit möglich ist. Hier kann man eher von der Bereitschaft der Arbeitgeber ausgehen, auch für die Angestellten eine Vereinbarung zu treffen.

TVöD-Regelung keine Lösung

Mit dem Bund und den Kommunen wurde bereits in der Tarifrunde 2010 für den Bereich des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD) eine Anschlussregelung zur Altersteilzeit vereinbart. Diese sieht neben geringeren Aufstockungsleistungen und dem Beginn der Altersteilzeit frühestens mit 60 Jahren vor allem eine Quote vor: Übersteigt der Anteil der Altersteilzeitbeschäftigten in einem Bereich (Kommune, Ministerium) 2,5 Prozent, kann der Arbeitgeber neue Anträge ablehnen. Diese Quote ist im Schulbereich wegen der Altersstruktur der Lehrkräfte schon jetzt flächendeckend überschritten. Daher kann die TVöD-Regelung in den Ländern kein Vorbild sein.
Die Kolleginnen und Kollegen, die bis zum 31. Dezember 2009 „alt genug" für den Abschluss einer Altersteilzeitvereinbarung waren, sind dennoch nicht glücklich. Sie hatten sich darauf verlassen, einschließlich Aufstockung 83 Prozent ihres früheren Nettoentgelts zu erhalten. Tatsächlich sind es meist mehrere Prozentpunkte weniger, monatlich bis zu 200 Euro.

Problem: Aufstockungsbetrag

Der Grund: Als im Tarifvertrag festgelegt wurde, wie der Aufstockungsbetrag zu berechnen ist, hat man sich Ende der 1990er-Jahre auf eine Vorschrift im damals geltenden Altersteilzeitgesetz gestützt, nach der das Bundesarbeitsministerium (BMAS) jährlich eine „Mindestnettobetragstabelle" festsetzt. 2004 hat der Bundestag das Gesetz geändert, seit 2009 weigert sich das BMAS, die Tabelle zu aktualisieren. Die seither eingetretenen Steuererleichterungen, v. a. die volle Abzugsfähigkeit der Krankenversicherung, kommen somit den Altersteilzeitlern nicht zugute.
Man könnte nun im Tarifvertrag eine andere Berechnungsvorschrift einfügen, um das ursprünglich vereinbarte Nettoniveau zu erreichen. So hat es z. B. die IG Metall mit den Metall-Arbeitgebern ausgehandelt. Doch dazu sind die öffentlichen Arbeitgeber (Bund, Länder und Kommunen) nicht bereit, obwohl GEW und ver.di dies seit längerem fordern. Nicht zum ersten Mal nutzt der öffentliche Arbeitgeber seine Doppelrolle als Tarifvertragspartei und Gesetzgeber, tarifliche Regelungen im Nachhinein zum Nachteil der Beschäftigten zu verschlechtern.
Lässt sich das Problem auf Landesebene mit Hilfe der in der Tarifrunde vereinbarten Öffnungsklausel lösen? Unter den Experten ist noch umstritten, wie weit die Einschränkung „im Rahmen der Vorgaben des Altersteilzeitgesetzes" geht. Fest steht: Das aktuelle Altersteilzeitgesetz sieht keine Nettogarantie mehr vor, sondern nur eine Bruttoaufstockung.
Auch die Arbeitsgerichte haben sich bereits mit dem Aufstockungsbetrag bei der Altersteilzeit im öffentlichen Dienst befasst. Inzwischen liegt auch ein erstinstanzliches Urteil vom Herbst 2010* vor, das zu Gunsten der Beschäftigten ausgefallen ist. Wie und wann weitere Instanzen entscheiden, ist noch offen. Wenn die Arbeitgeber nicht bereit sind, solch eine grundsätzliche Frage tarifvertraglich mit den Gewerkschaften zu klären, bleibt nur der Weg über die Gerichte.
Die GEW wird beim Thema am Ball bleiben. Die Altersteilzeit hat gerade in den psychisch sehr beanspruchenden pädagogischen Berufen dazu beigetragen, Dienstunfähigkeit und Frühverrentung deutlich zu senken. Kolleginnen und Kollegen, die durch ihre Arbeitszeit für Jahre in Vorleistung treten, verdienen es nicht, dass man ihr Vertrauen verletzt.

Gesa Bruno-Latocha, Referentin im GEW-Arbeitsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik

Foto: imago

* Urteil vom 30. September 2010, Arbeitsgericht Berlin, Az. 58 Ca 5595/10. Betroffene sollten sich mit ihrer Landesrechtsschutzstelle in Verbindung setzen, damit eventuell bestehende Ansprüche nicht verloren gehen.

Atomkatastrophe in Japan

Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands der GEW

Der Geschäftsführende Vorstand der GEW hat am 17. März eine Erklärung zu der Erdbeben-, Tsunami- und Atomkatastrophe in Japan verabschiedet. In ihrer Stellungnahme spricht die GEW allen Opfern und den Menschen in Japan ihre tief empfundene Anteilnahme und Solidarität aus. Die Bildungsgewerkschaft bekräftigt ihre 1980 beschlossene Absage an die Nutzung der Atomenergie:

Wir sind schockiert über die verheerenden Auswirkungen der Erdbeben-, Tsunami- und Atomkatastrophe in Japan. Die GEW spricht den Mitgliedern ihrer Partnergewerkschaft JTU, ihren Kolleginnen und Kollegen in den japanischen Bildungseinrichtungen sowie allen Opfern der Katastrophe und den Menschen in Japan ihre tiefe Anteilnahme und Solidarität aus. Über unsere weltweite Dachorganisation, die Bildungsinternationale (BI), werden wir die japanischen Kolleginnen und Kollegen in den nächsten Wochen und Monaten unterstützen, soweit es in unserer Macht steht.

Als Bildungsgewerkschaft gehen wir in unserer tagtäglichen Arbeit von der Leitidee gleicher Lebens- und Bildungschancen aller Menschen aus. Wir sind dem Ziel eines menschenwürdigen und unversehrten Lebens der heutigen und künftigen Generationen verpflichtet. Die GEW bekräftigt daher ihre klare Absage an eine Nutzung der Atomenergie. Sie fordert die sofortige Zurücknahme der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und den umgehenden Einstieg in einen konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie.

Die GEW ruft die im Bildungsbereich tätigen Kolleginnen und Kollegen auf, Kinder, Jugendliche und Erwachsene bei der Verarbeitung der Katastrophe in Japan zu unterstützen und sich in Lehre, Unterricht und Erziehung, in Arbeitsgruppen und öffentlichen Veranstaltungen kritisch mit den Gefahren der Atomkraft auseinanderzusetzen. Die GEW fordert die Verankerung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in den Lehrplänen und Curricula an Schulen und Hochschulen.

Die GEW erwartet von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Forschungsförderorganisationen sowie den einzelnen Forscherinnen und Forschern, dass sie die Folgen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit stets reflektieren und sich der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft stellen. Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen Forschungs- und Technologiefolgen systematisch erforschen und die Ergebnisse einer öffentlichen Diskussion zugänglich machen."

Unterrichtsmaterialien Atomkraft/Erneuerbare Energien

Schulen ans Netz: Materialien gegen Erklärungsnot

Kinder und Jugendliche stellen Fragen zu den schrecklichen Bildern, die sie von den Folgen des Erdbebens, des Tsunami und der Reaktorkatastrophe in Japan im März 2011 sehen. „Schulen ans Netz" hat Materialen zusammengestellt, die dabei helfen sollen, Antworten zu geben und das Unfassbare zu erklären.

http://www.schulen-ans-netz.de/aktuelle-meldungen/2011/maerz/materialien-gegen-erklaerungsnot.html

BMU-Bildungsmaterialien: „Erneuerbare Energien"

Mit dem Thema „Erneuerbare Energien" beschäftigen sich die Unterrichtsmaterialien des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) für Sekundarstufe I und II, die aus einem Schülerarbeitsheft und einer Handreichung für Lehrkräfte bestehen. Die Materialien stehen kostenlos zum Download zur Verfügung, das Schülerarbeitsheft ist auch als Klassensatz bestellbar.

http://www.bmu.de/bildungsservice/bildungsmaterialien_sek_i/ii/fuer_lehrer/doc/ 5984.php

Politische Bildung Online: Debatte über Kernenergie und Atomkraftwerke

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Politische Bildung Online hat eine sehr umfangreiche Liste von Angeboten der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung zu diesem Themenbereich zusammengestellt. Sie enthält weiterführende Links, Dossiers und Unterrichtsmaterialien zum Thema.

http://www.politische-bildung.de/atomkatastrophe_gau_fukushima.html

MZ Speyer: Medien Japan/ Naturkatastrophen/Radioaktivität

Die Stadt- und Kreisbildstelle Speyer stellt verschiedene DVDs und CD-ROMs zur Verfügung, die in der Schule zur Aufarbeitung der Katastrophe in Japan herangezogen werden können.

http://www.mz-speyer.bildung-rp.de/index.php?option=com_content&view=article&id=77&Itemid=81

Planet Schule: Film/Arbeitsblätter Kernkraft

Das Schulfernsehen von SWR und WDR stellt einen Mitschnitt der Sendung über Kernkraft sowie Arbeitsblätter zum Download zur Verfügung.

http://www.planet-schule.de/wissenspool/total-phaenomenal/inhalt/unterricht/kernkraft.html

Göttinger AK gegen Atomenergie: Unterrichtsmaterialien

Mitglieder des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie haben bereits 1993 eine Unterrichtseinheit zum Thema erarbeitet, die im Werkstatt-Verlag erschienen ist und für 19,40 Euro im Buchhandel bezogen werden kann.

http://www.castor.de/material/buecher/atomenergie.html

Zeitbild: Dossier Kernenergie

Der Zeitbild-Verlag hat ein Dossier mit grundlegenden Informationen zu AKWs in Deutschland, zur Funktionsweise von Reaktoren und zur Radioaktivität zusammengestellt, das kostenlos zum Download zur Verfügung steht

http://www.zeitbild.de/2011/03/18/fakten-zur-kernenergie/

Weitere Links:

Greenpeace: http://www.greenpeace.de/
Ökoinstitut Darmstadt – Aktuelles: http://www.oeko.de/aktuelles/dok/544.php
BUND – Atomkraft: http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/atomkraft/
Portal Bildung für nachhaltige Entwicklung: http://www.bne-portal.de/
InfoNetz Umwelt und Nachhaltigkeit – Atomenergie: http://www.infonetz-owl.de/index.php?id=106

Zusammengestellt von Martina Schmerr, Referentin im GEW-Organisationsbereich Schule

Kommunen am Drücker

Angebote beim Übergang Schule-Arbeitswelt sollen zielgenauer werden

Die „Weinheimer Initiative" vereint seit 2007 Städte und Landkreise, die selbst steuern wollen, wie Jugendliche vor Ort den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt meistern. Der Impuls ging von Weinheim im Odenwald (Hessen) aus.

Den Königsweg in das Arbeitsleben gibt es nicht mehr. Deshalb brauchen alle jungen Leute im Übergangsprozess zwischen Schule und Beruf die Chance, sich neu zu orientieren. So etwa steht es in der Erklärung, die auf der Jahrestagung 2011 der „Weinheimer-Initiative" in Hoyerswerda veröffentlicht wurde. Weiter heißt es dort: „Sich Ausprobieren schließt ein, dass Entscheidungen auch ohne unangemessene persönliche Kosten revidierbar sein müssen."

www.weinheimer-initiative.de

Junge Menschen müssen die Chance haben, sich in der Ausbildung neu zu orientieren – ohne hohe persönliche Kosten.

Foto: imago

Die Städte und Landkreise, die sich in der Initiative zusammengeschlossen haben, verfolgen drei Ziele: Sie wollen als kommunale Körperschaft bei den Angeboten zu Berufsorientierung und Ausbildung eine koordinierende Rolle übernehmen, für eine gute Praxis vor Ort sorgen und bei Land, Bund, EU und Bundesagentur für Arbeit (BA) bessere Bedingungen durchsetzen.

Mehr als 100 verschiedene Übergangsmaßnahmen werden bundesweit finanziert. Die (Aus-)Bildungsträger müssen jeweils dafür sorgen, dass die Jugendlichen am Ball bleiben, sonst verlieren die Einrichtungen den Zuschuss. Bislang gilt der Verbleib in einem berufsbildenden Angebot als Erfolg – auch wenn am Ende die Erkenntnis steht: Das ist nicht mein Weg. Die Zeit ist verloren. Die Hoyerswerdaner Erklärung ist anderer Ansicht: Es muss für junge Leute auch die Chance zum „cleveren Abbruch" geben, zum Ausscheiden, Neubesinnen und Umorientieren. Doch meist fehlt eine Instanz, die steuernd eingreift, andere Regelungen ermöglicht. Genau diese Rolle übernehmen nun die rund 30 Städte und Landkreise der Weinheimer Initiative. „Das ist unsere anwaltschaftliche Aufgabe", sagt Koordinator *Wilfried Kruse* (Sozialforschungsstelle Dortmund). „Wir machen Land, Bund und BA klar, wo sie Rahmensetzungen ändern müssen."

Die Kommunen engagieren sich auch aus purem Eigeninteresse. Beispiel Hoyerswerda: „Wenn wir unseren Jugendlichen keine Perspektive bieten, haben wir keine Chance", sagt Oberbürgermeister *Stefan Skora* (CDU). Die ostsächsische ehemalige Braunkohlestadt verlor im Lauf von 20 Jahren die Hälfte ihrer Bevölkerung und zählt heute nur noch 35 000 Einwohner. Es gelte, so Skora, junge Menschen zu halten, Abwanderungen in den Westen zu verhindern, ihnen gute Ausbildungswege anzubieten und damit wieder neues Gewerbe anzulocken.

Im Blick: alle Jugendlichen

Die Weinheimer Initiative begreift berufsbezogenes Bildungsmanagement als originäre kommunale Aufgabe. Im Blick sind alle Jugendlichen, nicht nur die „Benachteiligten" oder „Gescheiterten". Es wird ein Bogen geschlagen von der frühen schulischen Berufsorientierung bis hin zur Kooperation mit Betrieben und Kammern im Rahmen städtischer Wirtschaftsförderung. Voneinander lernen ist die Devise, auch bei der pädagogischen Ausrichtung der Angebote.

So sind beispielsweise Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen ein „Klassiker" am Übergang Schule-Arbeitswelt. Wer keinen oder nicht den richtigen Ausbildungsplatz findet, lernt bei einem Bildungsträger für den Hauptschulabschluss, die Mittlere Reife oder das Abitur. In der Hoffnung, danach beruflich irgendwie weiterzukommen. Sinnvoller ist es, eine berufliche Qualifizierung für die jungen Frauen und Männer zu organisieren, an deren (erfolgreichem) Ende auch ein höherer Schulabschluss steht. Die Produktionsschulen sammeln mit diesem Ansatz schon lange gute Erfahrungen. Das „Berufliche Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten in Berlin" (bqn-Berlin) entwickelt gerade ein entsprechendes Projekt mit Betrieben. Und das „Hamburger Ausbildungsmodell" (s. *E&W* 9/2010) geht in die gleiche Richtung.

Schwergewichte gesucht

Die Hansestadt beteiligt sich am inhaltlichen Austausch, ist aber nicht Mitglied der Weinheimer Initiative. Ganz einfach deshalb, weil Hamburg als Stadt und als Land agieren kann.

Ein paar kommunale Schwergewichte täten der Initiative allerdings gut. „Wir sind noch längst nicht am Ziel, als gebündelte Macht auftreten und von BA oder Bundesbildungsministerium fordern zu können, nur noch abgestimmte Programme aufzulegen", sagt *Klaus Kohlmeyer*, Konzeptentwickler beim bqn-Berlin und Weinheimer Mitinitiator. Doch manche große Stadt wie München winkt ab. Man könne die Aufgaben aus eigener Kraft stemmen, heißt es. Und die politische Lobbyarbeit übernehme Oberbürgermeister *Christian Ude* (SPD) in seiner Funktion als Städtetagspräsident persönlich. Eine Entscheidung, die revidierbar sein sollte.

Helga Ballauf, freie Journalistin

Lizenz zum Befristen

Wissenschaftszeitvertragsgesetz evaluiert

Er hatte schon Monate im „Giftschrank" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) verbracht, bis er den Bundestagsabgeordneten am 9. März übergeben worden ist: der Bericht zur Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Kein Wunder, dass Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) die Veröffentlichung scheute: Die Ergebnisse zeigen, dass das Gesetz einer weiteren Destabilisierung der Beschäftigungsbedingungen in Hochschule und Forschung Vorschub geleistet hat.

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, seit 2007 in Kraft, beinhaltet im Kern die so genannte Sechs-plus-sechs-Jahre-Regel: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dürfen – ohne dass dafür Sachgründe erforderlich sind – sechs Jahre vor und nach der Promotion (in der Medizin: neun Jahre) befristet beschäftigt werden. Darüber hinaus ist der Abschluss von Zeitverträgen möglich, wenn sich die Stelle überwiegend aus Drittmitteln finanziert. Damit haben die Arbeitgeber ein Instrument für eine nahezu unbegrenzte Befristungspraxis in der Hand.

Das belegt auch die Evaluation, die das Hochschul-Informations-System (HIS) in Hannover im Auftrag des BMBF gemacht hat. Zentrale Ergebnisse: Der Anteil der befristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist in wenigen Jahren auf 83 Prozent (2009) angestiegen. Von Mitte der 1980er-Jahre bis 2005 lag der Anteil stabil bei 74 bis 76 Prozent.

Geradezu dramatisch fallen die Befunde zu den Laufzeiten der Arbeitsverträge aus. Über die Hälfte (53 Prozent) aller Zeitverträge hat eine Laufzeit von weniger als einem Jahr, weitere 36 Prozent haben eine von ein bis zwei Jahren, lediglich elf Prozent sind für zwei Jahre und länger vorgesehen. Aber: Wie viele Forschungsprojekte gibt es, die sich in weniger als einem Jahr abschließen lassen? Welche Promotion, welche Habilitation lässt sich in diesen kurzen Fristen bewältigen?

Ganz offensichtlich sind die Hochschulen nicht in der Lage, mit dem Gesetz verantwortlich umzugehen. Die extrem kurzen Vertragslaufzeiten sind nicht nur unfair gegenüber den Hochschulbeschäftigten, denen in Forschung und Lehre unter schwierigen Arbeitsbedingungen alles abverlangt wird. Sie untergraben zudem die Kontinuität und Qualität wissenschaftlicher Arbeit sowie die Attraktivität einer Hochschulkarriere.

Auch im Hinblick auf das von vielen Hochschulrektoren zur Schau gestellte Leitbild einer „familienfreundlichen Hochschule" liefert der Bericht alarmierende Zahlen. Lediglich 0,4 Prozent der Zeitverträge stützen sich auf die im Zeitvertragsgesetz verankerte „familienpolitische Komponente", auf deren Grundlage bei der notwendigen Betreuung von Kindern Arbeitsverträge verlängert werden können. Das BMBF klagt, dass nur ein Prozent der Beschäftigten diese Regel „nutzt" – und unterschlägt damit, dass es keinen Anspruch der Beschäftigten auf Vertragsverlängerung gibt, sondern diese im Ermessen des Arbeitgebers liegt.

GEW erwartet Konsequenzen

Die GEW erwartet vom Gesetzgeber, dass er jetzt Konsequenzen aus der Evaluation zieht. In einem ersten Schritt sollte die Tarifsperre aus dem Gesetz gestrichen werden, die Arbeitgebern und Gewerkschaften untersagt, abweichende Regeln tarifvertraglich zu vereinbaren. Die Tarifpartner wären auf der Basis eines fairen Interessenausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehr viel besser in der Lage, sachgerechte Befristungsregeln auszuhandeln.

Die GEW hat bereits Vorschläge für faire Befristungsregelungen ausgearbeitet. Dazu gehört, dass Vertragslaufzeiten sich an der Dauer der zu erfüllenden Aufgaben orientieren müssen: Wenn ein Forschungsprojekt über fünf Jahre gefördert wird oder eine Doktorarbeit fünf Jahre benötigt, müssen auch die Arbeitsverträge eine entsprechende Laufzeit festlegen. Zudem schlägt die GEW vor, Befristungszulagen, die den Beschäftigten auf der einen Seite einen Risikoausgleich gewähren, auf der anderen den Arbeitgebern einen Anreiz gäben, Arbeitsverträge zu entfristen.

Andreas Keller, Leiter des GEW-Organisationsbereichs Hochschule und Forschung

Termin:
Zweiter Follow-Up-Kongress zum Templiner Manifest „Lizenz zum Befristen – das Wissenschaftszeitvertragsgesetz nach der Evaluation", 26. Mai 2011, Berlin.
Weitere Informationen und Anmeldung im Internet unter: *www.templiner-manifest.de*

Über die Hälfte aller Zeitverträge hat eine Laufzeit von weniger als einem Jahr. Aber: Wie viel Forschungsprojekte gibt es, die sich in diesem Zeitraum abschließen lassen?

Foto: imago

Cartoon: Freimut Wössner

Nicht im Gleichgewicht

Arbeitsplatz Hochschule: Work-Life-Balance-Projekt

Arbeit und Leben sind an den Unis nach wie vor nicht im Gleichgewicht: Der Professorinnenanteil ist gering, die Karrierewege sind unsicher, die Arbeitszeiten lang, das Klima ist rau. Verdeckte Diskriminierung erschwert Frauen den Aufstieg an Hochschulen. Beispielsweise stellen Männer in höheren Positionen häufig eher junge Männer als Frauen in der Frühphase ihrer wissenschaftlichen Karriere ein. Die Konsequenz: eine männliche Dominanz auf den oberen Stufen der Karriereleiter.

Dies läuft in Schweden und Großbritannien nicht viel anders als in Deutschland, das ist die ernüchternde Bestandsaufnahme eines europäischen Projektes zur „Work-Life-Balance“ der Hochschulgewerkschaften in den drei Ländern.

„Viele Probleme junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben mit den generellen Strukturdefiziten der Hochschulen zu tun. Das ist in Großbritannien, Schweden und Deutschland ähnlich, aber bei uns sind die Verhältnisse besonders schlimm“, stellt GEW-Hochschulexperte *Andreas Keller* fest. Sind in Deutschland 90 Prozent der Arbeitsverträge an Hochschulen befristet, beträgt deren Anteil in Schweden bei den Frauen 38, bei den Männern 30 Prozent. In Großbritannien haben 64 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unbefristete Verträge, ein Drittel arbeitet in Teilzeit.

Das von der GEW mitinitiierte Projekt hat auch ländertypische Besonderheiten zu Tage gefördert. In Schweden dominieren Männer in allen höheren wissenschaftlichen Positionen – mit einer Ausnahme. In der Gesundheitswirtschaft sind 71 Prozent der allerdings nicht sehr zahlreichen Professorenstellen mit Frauen besetzt. In Großbritannien gibt es drei getrennte Karrierewege an den Hochschulen. Nachwuchswissenschaftler können sich ausschließlich für Lehre oder Forschung oder für Lehre und Forschung entscheiden. Wer nur lehrt, arbeitet in der Regel in Teilzeit, wer nur forscht, hat einen befristeten Vertrag. Vollzeitakademiker arbeiten üblicherweise in Lehre und Forschung. In Schweden haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz auch für Kinder, die jünger als drei Jahre sind. Außerdem sind die Einrichtungen ganztags geöffnet – Voraussetzungen, Arbeit und Leben mehr ins Gleichgewicht zu bekommen.

Transparentere Karriere

Eine bessere Work-Life-Balance am Arbeitsplatz Hochschule erfordere, heißt es im Strategiepapier der drei Gewerkschaften, die Karrierewege für Frauen und Männer transparenter und die Arbeitszeit flexibler zu gestalten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ob sie Eltern sind oder nicht, sollen Beruf und Leben mehr ins Gleichgewicht bringen können. Frauen darin zu unterstützen, ihre Position am Arbeitsplatz Hochschule zu behaupten, mittelbare Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts aufzudecken, auch das gehört für *Anne Jenter*, Mitinitiatorin des Projektes und im GEW-Vorstand für Frauenpolitik verantwortlich, zu einer gelungenen Work-Life-Balance.

Die Studie „Wissenschaftliche Karrieren“ der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) (s. *E&W* 1/2011) hat sich ebenfalls mit der Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft befasst. *Nora Schindler*, eine der Autorinnen, beschreibt ein alarmierendes Ergebnis: „Traditionelle Rollenbilder findet man nach wie vor auch an den Unis erschreckend häufig. Drei Viertel der Partnerinnen von Nachwuchswissenschaftlern bleiben zuhause oder arbeiten in Teilzeit, wenn Kinder da sind. Bei Wissenschaftlerinnen mit Nachwuchs sind hingegen drei Viertel ihrer Partner voll erwerbstätig.“

Was muss sich im Wissenschaftsbetrieb verändern, damit er für junge Frauen und Männer attraktiver wird? Mehr Betreuungseinrichtungen, vor allem für Kinder im Alter von bis zu drei Jahren, Arbeitszeitmodelle, die auf Familien Rücksicht nehmen, seien nötig, so die HIS-Forscherin, ebenso erheblich mehr unbefristete Stellen. Das Gewerkschaftspapier hebt hervor, dass in Deutschland auf jeder Karrierestufe gleich viele Frauen und Männer arbeiten sollten. Der Gesetzgeber müsse bindende Quoten einführen und diese über Sanktionen durchsetzen.** Auch dürfe man Überstunden nicht länger als „selbstverständlichen Teil“ der Arbeitskultur begreifen. Keller ist optimistisch: Der Fachkräftemangel zwinge die Hochschulen perspektivisch zu strukturellen Veränderungen.

Barbara Underberg, freie Journalistin

* *www.gew.de/Work_life_balance.html*

** Anstöße zu einer lebens- und familienfreundlichen Hochschulentwicklung gibt auch die Studie „Wissen- oder Elternschaft?“ der TU Dortmund. In diesem empirischen Forschungsprojekt werden Zusammenhänge zwischen Beschäftigungsbedingungen und Elternschaft von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in sieben ausgewählten Bundesländern und auf Bundesebene untersucht: *http://hdz.hdz.tu-dortmund.de/woe/*

„Sprechen statt testen“

Sprachförderung in Kindertagesstätten

3000 Kitas haben im März ein von der Bundesregierung finanziertes Programm zur Sprachförderung gestartet. 2012 schließen sich weitere 1000 Einrichtungen an. Bis Ende 2014 stellt der Bund insgesamt 400 Millionen Euro bereit, um zusätzliche Fachkräfte zu beschäftigen. Das Programm mit dem Titel „Offensive frühe Chancen: Schwerpunkt Kitas Sprache und Integration“ richtet sich an Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf.

Vor allem für Kinder aus Migrantenfamilien oder bildungsfernen Milieus soll sich das Betreuungs- und Bildungsangebot verbessern. Der Förderschwerpunkt liegt auf Einrichtungen für Kinder, die jünger als drei Jahre sind.

Mit seinem konzeptionellen Ansatz unterscheidet sich das Programm, das das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) entwickelt hat, deutlich von anderen Modellen des Bundesbildungsministeriums und vieler Kultusministerien der Länder. Diese setzen eher auf standardisierte Sprachstandserhebungen und Schuleingangstests. Die dabei diagnostizierten Defizite und Schwächen werden dann mithilfe gezielter Trainingsprogramme so weit ausgeglichen, dass die Kinder den Test beim nächsten Mal bestehen. Der Ansatz des BMFSFJ ist konstruktiver, denn er begleitet Kinder auf dem Weg in ihre Sprache. „Die bisherigen Sprachprogramme münden“, so *Norbert Hocke*, im GEW-Vorstand verantwortlich für Jugendhilfe, „immer wieder in Tests. Oft lassen sie Erzieherinnen sowie die Kinder mit den Ergebnissen im Regen stehen. Jetzt heißt es endlich: sprechen statt testen.“

Fördern im Dialog

„Der Personalschlüssel“, so steht es in der von Bundesfamilienministerin *Kristina Schröder* (CDU) und den Ministerpräsidenten aller 16 Länder unterzeichneten Kooperationsvereinbarung, „ist hierbei ein entscheidender Faktor. In dieser Altersgruppe erfolgen Lernprozesse noch weitgehend in einer dialogischen Beziehung. Um die Chance einer frühen und intensiven sprachlichen Bildungsarbeit zu nutzen, müssen vor allem personelle Ressourcen in Kindertageseinrichtungen vorhanden sein, die eine kontinuierliche Dialogsituationen im Alltag ermöglichen.“

Da über das BMFSFJ-Programm direkt neue Stellen in den Einrichtungen entstehen, verbessert sich auch der Betreuungsschlüssel für alle Kinder. Im Gegensatz zu vielen anderen Projekten der Politik, mit denen nur neue Anforderungen verbunden sind, ohne dafür personelle Ressourcen bereitzustellen, ist das ein positives Signal.

Nach der pädagogischen Konzeption, die das Deutsche Jugendinstitut (DJI) für das BMFSFJ-Programm erarbeitet hat, ist Sprachförderung in Kitas kein Zusatzangebot für Kinder mit Sprachproblemen, sondern gehört zur Kernaufgabe einer jeden Einrichtung. Sprachbildung sei, so Hocke, eine „Querschnittsaufgabe“. Sprachentwicklung vollziehe sich im Ineinandergreifen von Kommunikation, sprachlicher Gestaltung sozialen Handelns und schließlich Wissen um die Strukturen der Sprache. Kindern solle durch Sprachförderung die Gelegenheit gegeben werden, ihre „Wort-Erkundungen“ auszuprobieren und Bedeutungen zu verstehen. Das DJI begleitet das Programm wissenschaftlich, dafür werden zirka 200 Kitas ausgewählt und 60 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet.

„Beziehungsprojekt“

„Sprachförderung“, so Prof. *Gerd E. Schäfer* während eines Workshops, den DGB und GEW im Dezember vergangenen Jahres veranstaltet haben, „ist kein Trainingsprogramm, sondern ein ‚Beziehungsprojekt‘.“ Kinder müssten im Alltag sprachliche Resonanz erleben. Eine curriculare Sprachdidaktik, die methodisch so organisiert sei, dass Kinder zwei- bis dreimal die Woche für eine halbe Stunde eine Trainingseinheit durchlaufen, sei wenig sinnvoll.

Bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, sei darauf zu achten, so der Wissenschaftler, dass die erst in Anfängen entwickelte Erstsprache durch die Dominanz der Zweitsprache Deutsch nicht verdrängt wird. Sonst könne dies zu Entwicklungsdefiziten in beiden Sprachen führen. Habe ein Kind hingegen in seiner Muttersprache bereits eine hohe Kompetenz erworben, erlerne es in kurzer Zeit auch Deutsch als Zweitsprache. „Die Kinder haben“, so GEW-Jugendhilfeexperte Hocke, „ein Recht darauf, dass ihre Muttersprache anerkannt wird. Dazu ist es wichtig, ein ganzheitliches und durchgängiges Konzept sprachlicher und interkultureller Bildung zu entwickeln.“

Mit den für das Programm zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln in Höhe von 400 Millionen Euro kann jede Einrichtung eine halbe Fachkraft zusätzlich einstellen. Deren Aufgaben reichen von der Förderung einzelner Kinder über Beratung und Fortbildung bis hin zur Unterstützung der Eltern.

Die zusätzliche Stelle wird als „Erzieherin mit schwierigen Tätigkeiten“ nach den jeweils geltenden tariflichen Regelungen in Analogie zur Entgeltgruppe S8 des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD) eingruppiert. Die Kita-Träger müssen bestätigen, dass sie diese Tarifvorschrift einhalten. Es wird Aufgabe der Betriebs- und Personalräte sowie der Mitarbeitervertretungen sein, darauf zu achten, dass der Tarif nicht unterlaufen wird. Die GEW wird das Programm mit Materialien und Fortbildungen begleiten und während einer bundesweiten Tagung im September 2011 eine erste Zwischenbilanz ziehen.

Bernhard Eibeck, Referent im GEW-Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit

Konstruktiver Ansatz der Sprachförderung in den Kitas: Kinder auf dem Weg in ihre Sprache begleiten.

Foto: imago

Rot siegt über Braun

Neonazi-Aufmarsch in Dresden verhindert

Deutschlands größter Neonazi-Aufmarsch in Dresden ist zum zweiten Mal in Folge zum Reinfall für die rechte Szene geworden. Rund 2500 „braune Kameradinnen und Kameraden" standen sich am 19. Februar bei frostigen Temperaturen und mieser Stimmung in der Dresdener Innenstadt die Beine in den Bauch. Friedlich blockiert von 25 000 Gegendemonstranten konnten die Nazis ihren „Recht auf Gedenken"-Marsch nicht antreten.

Über sechs Monate hinweg hatte sich der Widerstand formiert. In mehr als 250 Bussen kamen Protestler gegen den Nazi-Aufmarsch aus allen Teilen Deutschlands, sogar aus Österreich und Dänemark nach Dresden.

Foto: dpa

In Dresden demonstrierte ein breites gesellschaftliches Bündnis mit Erfolg gegen den Neonazi-Aufmarsch.

Entscheidender Erfolgsfaktor war die – im Vergleich zu 2010 – noch einmal gewachsene gesellschaftliche Breite des Bündnisses. Auf den über 50 Kundgebungen und friedlichen Blockaden trafen sich neben engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus Dresden Gewerkschafter, Parteimitglieder aller Couleur, Antifa-Gruppen, Kirchengemeinden und Aktive aus den unterschiedlichsten Initiativen und Organisationen. Darunter auch die sächsische GEW-Landesvorsitzende *Sabine Gerold* und DGB-Vorstandsmitglied *Annelie Buntenbach*.

Möglich war dies nur durch die gelungene organisatorische Logistik des Aktionsbündnis' „Dresden nazifrei". Auch die GEW beteiligte sich an den Vorbereitungen. So unterstützte beispielsweise der GEW-Landesverband Hamburg das Aktionsbündnis mit einer Spende von 500 Euro. Die Junge GEW Hamburg war in der Bus-Organisation aktiv und brachte in Zusammenarbeit mit GEW-Studis und der DGB-Jugend in der Hansestadt Infoveranstaltungen auf den Weg.

Empörung über Behördenvorgehen

Völliges Unverständnis und Empörung löste das Vorgehen der Behörden aus: So wurde eine bereits genehmigte DGB-Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus zeitgleich mit der Genehmigung des Naziaufmarschs verboten. „Viele Menschen fragen sich, wer eigentlich durch Justiz und Politik geschützt wird: Neonazis oder aufrechte Demokraten, die sich friedlich gegen deren Randale stellen?", kritisierte die Vorsitzende des DGB Sachsen, *Iris Kloppich*. Sie forderte eine Debatte über ein Versammlungsrecht, das demokratisches Engagement fördert und nicht Neonazi-Aufmärsche schützt. Am Abend geriet dann das Bündnis „Dresden nazifrei" ins Visier der Polizei. Ein Einsatzkommando erstürmte mithilfe von Kettensägen die Presseräume der aktiven Nazi-Gegner, beschlagnahmte Computer und nahm alle Anwesenden vorübergehend fest. Offenbar ohne gültigen Durchsuchungsbefehl.

Trotz aller Hürden: Dies war die größte Anti-Nazi-Mobilisierung der vergangenen Jahrzehnte. Die Aktionsform der friedlichen Blockade hat sich weiter etabliert, die regionalen und überregionalen Bündnisse haben sich verbreitert und gefestigt. Ein großer Erfolg im Kampf gegen die Neonazi-Szene. Die GEW bedankt sich bei allen, die ihren Teil dazu beigetragen haben. Sie wird auch im nächsten Jahr wieder zur Stelle sein. So lange, bis der Naziaufmarsch in Dresden Geschichte ist.

Sarah Holze, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim GEW-Hauptvorstand

Materialheft zur Antirassismusarbeit
Die GEW und der Interkulturelle Rat haben ein Materialheft zur Antirassismusarbeit von der Kita bis zur Berufsschule herausgegeben. Das Heft ist zum Preis von einem Euro zzgl. Versandkosten erhältlich. Einzelbestellungen bis neun Exemplare richten Sie bitte an *broschueren@gew.de* oder als Fax an 069/78973-70161. Bestellungen ab zehn Exemplare erhalten Sie im GEW Shop: *www.gew-shop.de*. Auch online erhältlich: *www.gew.de/Unterrichtseinheiten.html*

Heinrich-Wolgast-Preis 2011

Das Trickboxx-Team des Kinderkanals (KiKa) von ARD und ZDF hat am 26. Februar in der Stadtbibliothek Pforzheim den Heinrich-Wolgast-Preis 2011 erhalten. Die Auszeichnung wird alle drei Jahre von der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW vergeben. Der Wettbewerb richtet sich an Autoren und Autorinnen von Kinder- und Jugendmedien, die zum Thema „Arbeitswelt" veröffentlichen. Die fünf Filme, die das Trickboxx-Team eingereicht hat, blicken hinter die Kulissen von Film, Fernsehen oder Radio und stellen, didaktisch aufbereitet, Medienberufe vor. Den Sechs- bis Zwölfjährigen geben sie Einblicke in mögliche Traumberufe, die altersgerecht präsentiert werden. Das überzeugte auch die Jury: Sie wählte das Trickboxx-Team unter fast 100 Einsendungen als Preisträger aus. Weitere Informationen zum Heinrich-Wolgast-Preis, der mit 4000 Euro dotiert ist, unter *www.wolgast-preis.de*.

Foto: GEW

GEW-Schulexpertin Marianne Demmer (links) überreicht Miriam Beckel, Produzentin bei Kinderfilm GmbH, und Gunnar Gerstel, Redakteur beim Kinderkanal von ARD und ZDF, den Heinrich-Wolgast-Preis 2011.

Pfingsten in Göttingen

Bereits zum 32. Mal findet vom *10. bis 13. Juni* das alljährliche Pfingsttreffen schwuler Lehrer zum Erfahrungsaustausch in Göttingen statt. Die Veranstaltung organisiert die AG Schwule Lehrer der GEW Berlin gemeinsam mit der Akademie Waldschlösschen.

Informationen und Anmeldung über: *www.schwulelehrer.de* und *www.waldschloesschen.org*.

„Schulpädagogik-heute" im März

Die dritte Ausgabe der Online-Zeitung „Schulpädagogik-heute" kann seit dem *1. März* unter *www.schulpaedagogik-heute.de* abgerufen werden.

Die März-Ausgabe widmet sich dem Thema „Diagnostik und Förderung". 50 Autoren schreiben über Theorie, Praxis und Forschung einer pädagogischen Diagnostik sowie über entsprechende Fördermaßnahmen in Schulen. Beiträge für die kommenden Ausgaben zu den Themen „Binnendifferenzierung" und „Reform der Lehrerbildung" erreichen die Redaktion über *sh@schulpaedagogik-heute.de*.

Deutsch-israelisches Seminar

Vom *11. bis 22. Oktober* veranstalten die GEW und die israelische Lehrergewerkschaft *Histadrut Hamorim* das 25. deutsch-israelische Seminar in Israel. Teilnehmen können GEW-Mitglieder, die im pädagogischen Bereich arbeiten und das Seminar aktiv mitgestalten wollen. Folgende Themen stehen zur Auswahl: Konfrontation mit der Shoa im Unterricht oder der Jugendarbeit / Die deutsch-jüdische Geschichte im Laufe der Jahrhunderte / Religionen und Gewalt. Interessenten melden sich bitte mit Angaben zu ihrem Arbeitsfeld und ihrem Beitrag zum Workshop bei: GEW-Hauptvorstand, *Karin Gaines*, Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt/Main, Tel.: 069/78973-311, Fax: 069/78979-103, E-Mail: *karin.gaines@gew.de*.

Recht und Rechtsschutz 4/2011

Informationen der GEW–Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Katrin Löber, Volker Busch, Gerhard Jens
63. Jahrgang

Werbungskosten

Bücher und andere Arbeitsmittel absetzen

Auch Bücher können bei der Steuer als Arbeitsmittel von Lehrkräften abzugsfähig sein. Entscheidend ist die überwiegend berufliche Nutzung. Ein Urteil des Bundesfinanzhofs präzisiert, was zu den steuerlich abzugsfähigen Werbungskosten zählt.

Die Finanzämter kommen um eine sorgfältige Prüfung nicht herum, wenn es um die Anerkennung von Werbungskosten geht: etwa, ob der Kauf eines Buchs der „Lebensführung" dient oder als steuerlich abzugsfähige „Erwerbsaufwendung" zu bewerten ist. Die verbreitete Praxis der Finanzämter, pauschal nur Teilbeträge der Arbeitsmittelkosten als Werbungskosten anzuerkennen – und den Restbetrag einfach unter den Tisch fallen zu lassen –, hat der Bundesfinanzhof (BFH) in München beanstandet.
Der BFH bezog sich in seinem Urteil auf eine Reihe von Vorentscheidungen, die das Finanzgericht nicht ausreichend gewürdigt habe: Werbungskosten seien alle Aufwendungen, die durch den Beruf entstünden. Zu den Arbeitsmitteln von Lehrkräften könnten Zeitschriften, Bücher, Kopien und Bürobedarf zählen, wenn sie nötig sind, um dienstliche Aufgaben zu erledigen, und ausschließlich oder weitaus überwiegend beruflich genutzt werden. Mit Verweis auf die ständige Rechtsprechung stellt der BFH zudem fest, dass ein Buch nicht deshalb ein Arbeitsmittel sei, weil es unmittelbar in den Unterricht einfließt. Der BFH im Wortlaut: „Lassen die objektiv festgestellten Tatsachen (…) die rechtliche Würdigung zu, dass Aufwendungen für ein Arbeitsmittel nahezu ausschließlich beruflich veranlasst sind (…), stehen private Motive dem Werbungskostenabzug nicht entgegen."

Anschaffungen für den Beruf

Eine mögliche private Nutzung fällt also nicht ins Gewicht, der Hauptverwendungszweck ist ausschlaggebend.
Die Kosten für Arbeitsmittel seien, so die Richter, von den „Aufwendungen für die Lebensführung" abzugrenzen.
Der BFH hat im vorliegenden Fall die Vorentscheidung des Finanzgerichts (FG) aufgehoben und sie mangels Spruchreife dorthin zurückverwiesen. Das FG müsse die „berufliche Veranlassung" der geltend gemachten Werbungskosten im Einzelnen beurteilen. Dabei habe es die „Verwendungsanteile" genau zu bestimmen.
Geklagt hatte ein Realschullehrer für Deutsch, Geschichte, Sozialkunde und Ethik. In seiner Einkommensteuererklärung 2002 machte er Werbungskosten in Höhe von gut 2000 Euro für Bücher, Zeitschriften, Fernleihkosten, Bürobedarf und Kopien geltend. Das Finanzamt ließ von diesem Betrag zunächst einen Werbungskostenabzug von 102 Euro zu; nach dem Einspruch des Klägers erkannte es die Hälfte der Aufwendungen an. Das FG hatte die Klage gegen die Einspruchsentscheidung des Finanzamts mit der Begründung abgewiesen, der Kläger habe nicht für jedes einzelne Buch nachgewiesen, in welcher Klasse, in welchem Fach und in welchem Umfang Teile der Literatur in den Unterricht Eingang gefunden hätten. Der BFH erkannte darin eine unzulässige Verengung des „Veranlassungszusammenhangs".
BFH vom 20. Mai 2010 – VI R 53/09

Kindergeldbezug

Abgesenkte Altersgrenze ist verfassungsgemäß

Auch wenn sich der Nachwuchs noch in der Ausbildung befindet, gibt es Kindergeld nur bis zum vollendeten 25. Lebensjahr. Eltern können aber Unterhaltskosten steuerlich geltend machen. Das Absenken der Altersgrenze für das Kindergeld von 27 auf 25 Jahre ist rechtens.

Der Gesetzgeber hat im Steueränderungsgesetz beschlossen, dass ab 2007 Kindergeld nur noch bis zum vollendeten 25. Lebensjahr eines Kindes gezahlt wird, wenn die Voraussetzungen stimmen. Die Absenkung der Altersgrenze, die zuvor bei 27 Jahren lag, verstoße nicht gegen das Grundgesetz, urteilte der Bundesfinanzhof (BFH).
Geklagt hatte ein alleinerziehender Vater, dessen Tochter 1983 geboren wurde. Er machte vergeblich die Bevorzugung der Geburtsjahrgänge bis 1982 als Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz geltend. Seine Tochter habe nach Auslandsaufenthalt und längerer Erkrankung erst mit 22 Jahren studieren können. Auf die neue Rechtslage habe er sich nicht einstellen können, deshalb sah er den Grundsatz des Vertrauensschutzes verletzt. Der Kläger beantragte, das Kindergeld bis zum 27. Lebensjahr seiner Tochter weiterzuzahlen. Klage und Revision blieben jedoch erfolglos.
Das Absenken der Altersgrenze verstoße nicht gegen das verfassungsrechtliche Gebot steuerlicher Verschonung des (sozialhilferechtlichen) Familienexistenzminimums, so der BFH. Dem Gesetzgeber stehe es frei, geringere finanzielle Leistungsfähigkeit von Familien mit Kindern im Sozialhilfe- statt im Steuerrecht zu regeln. Ab dem 25. Lebensjahr gebe es, so die Richter, weder Kindergeld noch Freibeträge nach dem Einkommensteuergesetz (EStG). Stattdessen könnten Eltern tatsächliche Unterhaltsleistungen als außergewöhnliche Belastung (nach Paragraf 33a Abs. 1 EStG) steuerlich abziehen, auch wenn dies in vielen Fällen ungünstiger sei. Ab dem Erreichen der Altersgrenze entfielen auch der Entlastungsfreibetrag für Alleinerziehende (§ 24b EStG) sowie eine Entlastung bei Auslandsaufenthalten von Kindern: der Freibetrag zur Abgeltung des Sonderbedarfs wegen auswärtiger Unterbringung des Kindes (Paragraf 33a Abs. 2 EStG).
BFH vom 17. Juni 2010 – III R 35/09

Chefin

(E&W 12/2010, Seite 4: „Dorothea Schäfer neue Chefin der GEW NRW“)

Ich finde es erfreulich, dass in Nordrhein-Westfalen eine Frau an der Spitze der GEW steht. Aber Chefin? Der Ausdruck „Chef“ oder „Chefin“ findet sich in der Ausgabe noch mehrfach. Mit Verlaub: Gewerkschaften sind in meinen Augen Solidargemeinschaften. Niemand hat mir als Mitglied gegenüber Weisungsbefugnis und ich bin nicht „weisungsgebunden“. Nur bei der Gewerkschaft Beschäftigte sind in einem derartigen Arbeitsverhältnis.
Brunhild Müller-Reiß, Hannover

„Nur Geschmacksfrage?“

(E&W 12/2010, Seite 24: Demo-Foto)

Ist es wirklich nur eine Geschmacksfrage, warum ich mich so ärgere? Der Kommentar des GEW-Vorsitzenden *Ulrich Thöne* zu den DGB-Herbstaktionen wird mit einem Demo-Foto illustriert, das kein besseres Argument gegen den Sozialabbau findet, als auf einem Transparent sämtlichen Regierungsmitgliedern Klobrillen umzuhängen und dazu aufzufordern, diese wegzuspülen. Gab es keine gehaltvolleren Motive? Es würde mich interessieren, wer solchen Schrott in Auftrag gibt. Denn das war mit Sicherheit kein handgemaltes Transparent eines einzelnen wütenden Teilnehmers, sondern ein durchaus professionell erstelltes. Ganz besonders schlimm finde ich daran, dass die „Schöpfer“ dieses Machwerkes *Guido Westerwelle* (als einzigen!) mit einer rosa Klobrille schmückten. Mir als linker Gewerkschaftsfunktionärin sollte wohl niemand unterstellen, dass ich Sympathien für Westerwelle hege. Aber selbst wenn es um ihn geht, gilt für mich das Diskriminierungsverbot!
Karin Just, GEW Bayern, Redaktionsleiterin der bayerischen GEW-Landeszeitung DDS und Mitglied des Landesvorstandes

„Peinlich“

(E&W 1/2011, Seite 26: Foto)

Beim Durchblättern der *E&W* fiel mein Blick auf das Tafelbild auf der Seite 26. Die Anzahl der Fehler, der Lösungsweg und der Graph der Funktion – peinlich für eine Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung!
Juliane Brüggemann (per E-Mail)

„Chaos an der Tafel“

Auf Seite 26 ist eine Tafel mit mathematischen Aufgaben abgebildet. Ich vermute, wenn Bachelor- und Masterstudiengänge bleiben wie sie sind, dann wird in der Oberstufe zukünftig genau so ein Chaos produziert, wie es an dieser Tafel zu sehen ist. Meine Folgerung: Oberstufenlehrkräfte müssen fachlich besser ausgebildet und dementsprechend bezahlt werden! Qualität hat ihren Preis, wer wüsste das besser als die GEW.
Peter Ueding, Leopoldshöhe

„Echte Werbung“

Auf dem Foto sieht man eine junge Lehrerin und eine Schülerin, die an einer Tafel eine Mathematikaufgabe löst. Der Tafelanschrieb enthält eine Reihe von schwerwiegenden Fehlern, die offenbar weder von der Schülerin noch von der Lehrerin bemerkt werden.
Vermutlich zeigt die abgebildete Aufgabe einen Teil einer Kurvendiskussion. In den ersten drei Zeilen sollen offenbar die Nullstellen der durch f(x)=X3-x2-4x-4 gegebenen Funktion bestimmt werden. Bereits die erste Zeile enthält schwerwiegende Fehler.
Fazit: eine echte Werbung für den Lehrerberuf und für Ihre Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“!
Michael Gille (per E-Mail)

„Dumm und primitiv“

(E&W 1/2011, Seite 40: Diesmal)

Ein dummer Mensch fragt an, was ein „Prekariat“ ist. Auch der Duden weiß es nicht. Thema und Cartoon sind an Dummheit und Primitivität nicht mehr zu übertreffen. Hat das eine Bildungsgewerkschaft nötig?
Werner Kästle, Freiburg

„Der Kragen geplatzt“

Beim Lesen der Januar-Ausgabe ist mir fast der Kragen geplatzt. *E&W* zeigt einen Cartoon zum Thema „Prekariat und Afghanistan“. Als Mutter eines Sohnes, der als Soldat nach Afghanistan geht, komme ich mir herabgesetzt und entwürdigt vor, mein Sohn ist kein (!!!) dummer Söldner. Obwohl ich seine Entscheidung nicht gut heiße, bin ich keine Mutter, die ihr Kind zu einem abgestumpften Traumtänzer erzogen hat.
Irina Schurich (per E-Mail)

Glückwunsch!

(E&W 2/2011, Seite 3: Papierumstellung)

Vor gut zwei Jahren hatte ich vorgeschlagen, die Mitgliederzeitung sowie alle weiteren Druckerzeugnisse der GEW auf Recyclingpapier umzustellen. Und jetzt – ich hatte kaum noch daran geglaubt – das neue *E&W*-Heft, 100-prozentiges Recyclingpapier! Großartig! Herzlichen Dank!
Wolfram Lang, Radolfzell

„Stein des Weisen?“

(E&W 2/2011: Schwerpunkt Inklusion)

Mittelpunktschule, Hauptschule, Orientierungsstufe, Oberschule, Inklusion. ... Was für ein Begriff wird uns demnächst beschert? Und immer wieder glauben einige Experten, mit einem neuen Terminus den Stein des Weisen entdeckt zu haben, bis auch dieser schnell wieder ad absurdum geführt wird. Lehrkräfte sollten sich auf wesentliche pädagogische Elemente konzentrieren: Motivation wecken, individuell fördern und fordern, Klassenfrequenzen optimieren, Vorbild sein, Balance wahren, Grenzen setzen. Darum sollte sich auch die Bildungsgewerkschaft stärker kümmern.
Peter Steines, Göttingen

„Ideologischer Kampf“

(E&W 2/2011, Seite 12: „Eine deutsche Tradition“)

Im Artikel schreibt *Klaus Klemm*, dass das „gegliederte System die teuerste Variante“ sei. Er behauptet dies auf der Basis selbst erhobenen Zahlenmaterials, das die GEW (leider) völlig kritikfrei abdruckt. Inklusion kostenneutral, ja preiswerter als was auch immer zu rechnen, gelingt dem Autor mit diesem Beitrag erneut. Schüler, die hinter diesem ideologisch geführten Kampf ums Geld stecken, interessieren Klemm offensichtlich nicht.
Stefanie Hofer, Verband Sonderpädagogik, vds, Landesverband Bremen

„Diskriminierend“

(E&W 2/2011, Seite 18: Karikatur)

Diese Karikatur ist diskriminierend und angesichts der Inklusionsdiskussion kontraproduktiv: Eine Lehrkraft in der Schule, die „nicht richtig tickt“, als Begleiterscheinung der Inklusion zu bezeichnen, wirkt auf mich abfällig und nicht komisch. Ich bin befremdet und verärgert über solch einen Cartoon in „meiner“ Gewerkschaftszeitung. Bitte in Zukunft genauer hinsehen!
Barbara Inhoff, Köln

„Noch zu retten?“

(E&W 2/2011, Seite 29: „PISA erschüttert Frankreich“)

Ach wäre PISA doch nur als schöne italienische Stadt mit einem schiefen Turm im Gedächtnis der Deutschen verankert geblieben. Aber nein! PISA wird hierzulande als eine Art Weltmeisterschaft der Schulleistungen gesehen. Ach hätte *Thomas* das Komma beim Matheergebnis richtig gesetzt und hätte *Tanja* nicht diesen einen Buchstaben übersehen dann... Ja, sind wir alle noch zu retten? Welches Spiel betreiben wir hier auf dem Rücken unserer Kinder? Ich werde morgen mit meinen Kindergartenkindern wieder in den Wald gehen. Natürlich nehmen wir viele Werkzeuge mit. Ich werde mich freuen, wenn ich *Alina* sage, sie soll zehnmal die Säge hin und her bewegen und dann ist jemand anderes dran und alle Kinder zählen mit und hören bei zehn auf. Nur Alina nicht. Sie zählt weiter und sägt bis 15. Und schafft es damit, den Ast abzusägen. Und sie ist total stolz auf ihre Leistung.
Heinz Kemper (per E-Mail)

„Sackgasse“

(E&W 2/2011, Seite 31: „Ein Kurswechsel ist möglich“)

Was der GEW-Vorsitzende *Ulrich Thöne* richtig darstellt, sind die Zahlen und Fakten, die die SPD-Politik der Ära der Agenda 2010 flankierten. Traurig ist nur, dass fast zehn Jahre danach sich politisch im Wesentlichen nichts getan hat. Viele Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch einzelne Vertrauensleute sind sich dessen wohl nicht bewusst, dass diese weiterhin neoliberale Politik in eine Sackgasse führen wird. Zum Beispiel wächst die Zahl derer, die als Leiharbeiter beschäftigt sind.
Wolfgang Wendt (per E-Mail)

„Männermacht“

(E&W 3/2011: Schwerpunkt Frauen)

Wenn Frauen schon nach Männermacht streben, dann sollten die daran Interessierten beispielsweise bei den Konzernchefinnen *Liz Mohn* oder *Friede Springer* lernen, wie man clever an sein Ziel kommt. Bleibt noch die Frage,

warum diese Damen in ihren Unternehmen nicht alle Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzen.
Ernst Schmidt, Stuttgart

„Unbezahlte Mehrarbeit“

(E&W 3/2011, Seite 2: „100 Jahre und (k)ein bisschen weiter?“)

Teilzeit könnte viele Probleme lösen, wenn hier nicht Kolleginnen und Kollegen letztendlich doch unentgeltliche Mehrarbeit übernähmen. Aufgaben auch mal abzulehnen, ist eben nicht so einfach. Da kann man nicht automatisch mit dem Verständnis von GEW-Kolleginnen und -Kollegen rechnen. Wenn Männer sicher wüssten, dass eine Zweidrittelstelle auch ein Drittel weniger Arbeit bedeutet, wenn die öffentliche Meinung, nur Vollzeit sei „vollwertig“ weniger wirkungsmächtig wäre, vielleicht würden dann auch mehr Männer ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie reduzieren.
H. Petersen-Beyer (per E-Mail)

„Ärgerliches Credo“

(E&W 3/2011, Seite 24: „Geschlechtsspezifische Berufswahl: ‚Absolut uncool!‘ “)

Seit meiner Diplomarbeit im „uncoolen“ Fach Haushaltswissenschaften beschäftige ich mich mit den Berufsbiografien von Frauen und ärgere mich über das Credo „Vollzeitjobs für alle“. Jede(r), die oder der Kinder hat, weiß, dass zwei Vollzeitjobs und Zeit für den Nachwuchs sich auch bei umfassender Kinderbetreuung kaum vereinbaren lassen. Wann sollen Eltern mit ihren Kindern spielen, mit ihnen kochen, reden, ihnen vorlesen oder die Wände streichen? Nur angemessen bezahlte Arbeitsverhältnisse mit flexibler Arbeitszeit und Perspektiven für Männer und Frauen führen aus der Falle Karriere oder Kinder. Meine Tochter wird Ingenieurin, mein Sohn strebt eine kaufmännische Ausbildung an, beide Kinder lesen Bücher, können ein Essen zubereiten und mit einer Bohrmaschine umgehen. Mit zwei Vollzeitbeschäftigungen wäre das sicher nicht erreicht worden.
Andrea Klingler, Gummersbach

„Solidarität?“

(E&W 3/2011, Seite 30: „Raus auf die Straße!“)

Es ist ja nett, dass endlich eine Entgeltordnung für Lehrkräfte her soll. Aber auf den Fotos sind meistens pädagogische Mitarbeiter an Förderschulen zu sehen. Dass pädagogische Fachkräfte oft durch Zwangsteilzeit und sehr niedrige Eingruppierung finanziell gar nicht mehr über die Runden kommen, scheint die GEW nicht zu interessieren. Aber auf die Straße für die Lehrkräfte zu gehen, dafür reicht's. Mir reicht's! Wo bleibt die so oft geforderte Solidarität?
Karin Knoll, PM Wartbergschule, Osterode

„Trostpflaster“

(E&W 3/2011, Seite 32: „Armutszeugnis“)

Der von der Bundesregierung, der SPD und den Kommunalverbänden gefeierte Hartz-IV-Kompromiss ist allenfalls ein Trostpflaster für überforderte Kommunen. Für die Betroffenen ist er keine angemessene Lösung. Vergessen wir nicht, dass diesen Elterngeld, Rentenbeiträge, Heizkostenzuschüsse und Übergangsgelder erst gestrichen worden sind. Erhöht man die Regelsätze nun um fünf, zehn oder auch 20 Euro, bleiben sie immer noch so niedrig, dass Hartz-IV-Empfänger gerade so über die Runden kommen. Vor mehr als fünf Jahren gab es für AlG-II-Empfänger noch so genannte „Hilfe zur Arbeit“-Jobs bzw. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), zwar befristet, aber am Tariflohn orientiert mit Arbeitslosengeldanspruch nach einem Jahr. Damit war eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt geschlagen, über die mancher gerettet wurde.
Günther Schedel-Gschwendtner (per E-Mail)

Schwarze-Peter-Spiel

(E&W 3/2011, Seite 35: Leserbrief „Gewagte Hypothesen“)

Der Leserbriefschreiber will nicht verstehen: Niemand zwang die rot-grüne Regierungsmehrheit damals im Bundestag, die Hartz-IV-Reform 2002 zu beschließen. *Oskar Lafontaine* (Die Linke) hat sich deshalb mit *Gerhard Schröder* (SPD) überworfen. Die Grünen haben ihre Zustimmung nicht verweigert. Ohne die Grünen und die SPD wäre die Hartz-IV-Reform nicht zustande gekommen. Wie sich jetzt zeigt, haben auch weder die Arbeitslosen noch die Sozialhilfebezieher den Bundeshaushalt unverantwortlich strapaziert.
Thomas Kleber, Taufkirchen

„Falsche Rückschlüsse“

(Dialog, Grafik Seite 4)

Die Verteilung der Renten in Ost und West lässt der grafischen Darstellung nach viele und leider auch sehr falsche Rückschlüsse zu. Wenn Frauen im Westen nicht oder in Teilzeit gearbeitet hatten und das Einkommen des Mannes ihr Leben sicherte, kann man das nicht mit einer ganztägig arbeitenden Frau im Osten vergleichen, die deswegen auch mehr Rente erhält. Auch bin ich der Meinung, dass die Renten der Frauen in der ehemaligen DDR nicht ihrer tatsächlich geleisteten Arbeit entsprechen. Vergleichen Sie bitte zwei Frauen (Ost und West) mit gleicher Tätigkeit und Arbeitszeit, erst dann werden die Unterschiede sichtbar.
Werner Haupt, Hoyerswerda

Online-Anschlagtafel:
www.gew.de/GEW-Anschlagtafel.html

E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt a. M.,
E-Mail: renate.koerner@gew.de

Die E&W-Rubrik „Anschlagtafel“ ist auf unserer Website unter www.gew.de/GEW-Anschlagtafel. html zu finden.

Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB e.V.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer verantwortlich vorsorgen will, kommt nicht daran vorbei, auch über die finanzielle Absicherung im Todesfall nachzudenken.
Brechen Sie ein Tabu und treffen Sie Vorsorge für den Fall der Fälle.
Ein Todesfall ist immer eine hohe psychische Belastung für alle Hinterbliebenen. Neben der Trauer müssen eine Reihe organisatorischer Aufgaben bewältigt werden. Von der Gestaltung der Trauerfeier bis hin zur Wohnungsauflösung. Aus Erfahrung wissen wir, dass die Kosten für eine würdige Bestattung 5 000 EUR oft weit übersteigen. Sichern Sie Ihre Angehörigen rechtzeitig ab durch den Abschluss einer Sterbegeldversicherung. Denn seit dem 01.01.2004 wurde das von den gesetzlichen Krankenkassen gezahlte Sterbegeld komplett gestrichen.

Eigenverantwortung ist jetzt unverzichtbar – Wir helfen Ihnen dabei.
Sie können jetzt mit der BFW-Sterbegeldversicherung Ihre Lücke in der Vorsorge schließen; dabei kommen Ihnen die besonders günstigen Beiträge für GEW-Mitglieder zugute. Diese und weitere Vorteile gelten auch für Ihre Angehörigen:

Vorteile auf einen Blick:

● Niedrige Beiträge durch Gruppenvertrag	● Garantierte Aufnahme bis 80 Jahre
● Steuerbegünstigung der Beiträge	● Doppelzahlung bei Unfalltod
● Keine Gesundheitsprüfung,	● Leistungsverbesserung durch Überschussbeteiligung

Warum sollten Sie eine Sterbegeldversicherung beim Bildungs- und Förderungswerk der GEW abschließen?
In der Bereitstellung finanzieller Mittel für ein würdiges Begräbnis sieht das BFW der GEW seine Hauptaufgabe. Durch den Gruppenvertrag mit der DBV Deutsche Beamtenversicherung bieten wir GEW-Mitgliedern und deren Angehörigen seit über 35 Jahren besonders günstige Versicherungsbeiträge. Wählen Sie eine Versicherungssumme zwischen 500 € und 12 500 €.
Senden Sie uns den folgenden Antrag am besten noch heute zurück.

Beitragstabelle — **Monatsbeiträge je 500 EUR Versicherungssumme** — **Tarif VG9/2008**

Eintritts-alter	Männer EUR	Frauen EUR	Eintritts-alter	Männer EUR	Frauen EUR	Eintritts-alter	Männer EUR	Frauen EUR	Eintritts-alter	Männer EUR	Frauen EUR
15	0,59 EUR	0,51 EUR	32	0,89 EUR	0,75 EUR	49	1,56 EUR	1,26 EUR	66	3,42 EUR	2,70 EUR
16	0,61 EUR	0,52 EUR	33	0,91 EUR	0,77 EUR	50	1,63 EUR	1,30 EUR	67	3,62 EUR	2,86 EUR
17	0,62 EUR	0,53 EUR	34	0,94 EUR	0,79 EUR	51	1,69 EUR	1,35 EUR	68	3,84 EUR	3,05 EUR
18	0,63 EUR	0,54 EUR	35	0,97 EUR	0,81 EUR	52	1,76 EUR	1,40 EUR	69	4,08 EUR	3,25 EUR
19	0,65 EUR	0,56 EUR	36	1,00 EUR	0,83 EUR	53	1,84 EUR	1,46 EUR	70	4,35 EUR	3,48 EUR
20	0,66 EUR	0,57 EUR	37	1,03 EUR	0,86 EUR	54	1,92 EUR	1,52 EUR	71	4,64 EUR	3,73 EUR
21	0,67 EUR	0,58 EUR	38	1,06 EUR	0,88 EUR	55	2,00 EUR	1,58 EUR	72	4,97 EUR	4,02 EUR
22	0,69 EUR	0,59 EUR	39	1,09 EUR	0,91 EUR	56	2,09 EUR	1,65 EUR	73	5,34 EUR	4,35 EUR
23	0,71 EUR	0,60 EUR	40	1,13 EUR	0,94 EUR	57	2,18 EUR	1,72 EUR	74	5,75 EUR	4,73 EUR
24	0,72 EUR	0,62 EUR	41	1,17 EUR	0,96 EUR	58	2,28 EUR	1,80 EUR	75	6,19 EUR	5,14 EUR
25	0,74 EUR	0,63 EUR	42	1,21 EUR	0,99 EUR	59	2,39 EUR	1,88 EUR	76	6,75 EUR	5,66 EUR
26	0,76 EUR	0,65 EUR	43	1,25 EUR	1,03 EUR	60	2,51 EUR	1,97 EUR	77	7,41 EUR	6,30 EUR
27	0,78 EUR	0,66 EUR	44	1,30 EUR	1,06 EUR	61	2,63 EUR	2,07 EUR	78	8,22 EUR	7,09 EUR
28	0,80 EUR	0,68 EUR	45	1,34 EUR	1,09 EUR	62	2,76 EUR	2,17 EUR	79	9,24 EUR	8,11 EUR
29	0,82 EUR	0,69 EUR	46	1,39 EUR	1,13 EUR	63	2,91 EUR	2,29 EUR	80	10,61 EUR	9,49 EUR
30	0,84 EUR	0,71 EUR	47	1,45 EUR	1,17 EUR	64	3,06 EUR	2,41 EUR			
31	0,86 EUR	0,73 EUR	48	1,50 EUR	1,21 EUR	65	3,23 EUR	2,55 EUR			

Eintrittsalter: Beginnjahr der Versicherung minus Geburtsjahr der zu versichernden Person.
Bei Eintrittsalter 15-74 ist die Unfallzusatzversicherung obligatorisch eingeschlossen.
Für andere Versicherungssummen als 500 Euro ist der Betrag entsprechend zu vervielfältigen.
Die Monatsbeiträge sind versicherungstechnisch mit sieben Nachkommastellen gerechnet. Aus Vereinfachungsgründen sind aber nur zwei Nachkommastellen in der Beitragstabelle ausgewiesen. Deshalb kann es zu Rundungsdifferenzen kommen, die sich allerdings nur im Cent-Bereich bewegen.
Endalter Beitragszahlung: 85 Jahre, aber mindestens fünf Jahre.

Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB e.V.

Beitrittserklärung bitte zurücksenden an:
Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V., Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt

Ihr Servicetelefon
069/78 97 32 05

Beitrittserklärung zur Gruppen-Sterbegeldversicherung (bis Alter 80) - Tarif VG9/2008

Bitte ankreuzen:
☐ Mitglied
☐ Familienangehörige/r

Zu versichernde Person

Name / Vorname

PLZ / Wohnort

Straße / Hausnummer

Geburtsdatum

Bitte kreuzen Sie an:
☐ weiblich ☐ männlich

Versicherungsbeginn

Telefonnummer für Rückfragen

Versicherungsumfang

Ich beantrage eine Versicherungssumme von: (bitte ankreuzen)

Versicherungssumme in €	Monatlicher Beitrag in €
☐ 3.000	
☐ 5.000	
☐ 7.000	
☐ 10.000	
☐ 12.500	
zzgl. BFW-Mitgliedsbeitrag	**0,05**
Lastschriftbetrag	.....

☐ Ich wähle folgende Summe unter 12.500 Euro: Euro .....
Mindestsumme 500,-- Euro

Über die Erhöhung des Versicherungsschutzes wird ein gesonderter Versicherungsschein erstellt.

Einzugsauftrag
(bitte in jedem Fall ausfüllen)

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Beiträge für diese Gruppen-Sterbegeld-Versicherung bis auf schriftlichen Widerruf und der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag von € 0,05 im Lastschriftverfahren monatlich eingezogen werden.

Konto-Nummer ✘

Bankleitzahl ✘

Bank / Sparkasse / Postbank ✘

Konto-Inhaber ✘

Produktbeschreibung

Die Versicherungsleistung wird beim Tod der versicherten Person fällig. Das Höchsteintrittsalter beträgt 80 Jahre. Der Versicherer verzichtet auf eine Gesundheitsprüfung; stattdessen gilt beim Tod der versicherten Person im 1. Versicherungsjahr folgende Staffelung der Versicherungssumme: Bei Tod im 1. Monat: Rückzahlung des eingezahlten Beitrages; bei Tod im 2. Monat: Zahlung von 1/12 der Versicherungssumme; bei Tod im 3. Monat Zahlung von 2/12 der Versicherungssumme usw.; allmonatlich um 1/12 der Versicherungssumme steigend bis zur vollen Versicherungssumme ab Beginn des 2. Versicherungsjahres. Stirbt die versicherte Person vor Ablauf des ersten Versicherungsjahres infolge eines im ersten Versicherungsjahr eingetretenen Unfalls, wird stets die volle Versicherungsleistung erbracht.

Unfalltod-Zusatzversicherung

Eine Unfalltod-Zusatzversicherung ist stets eingeschlossen, außer bei den Eintrittsaltern ab 75 Jahren. Bei Tod infolge eines Unfalls vor dem Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person ihr 75. Lebensjahr vollendet hat, wird die volle Versicherungssumme zusätzlich zur Sterbegeldleistung gezahlt.

Beitragszahlung

Die Beiträge sind bis zum Ende des Monats zu entrichten, in dem die versicherte Person stirbt; längstens jedoch bis zum Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person das rechnungsmäßige 85. Lebensjahr vollendet.

Überschussbeteiligung

Die von der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG laufend erwirtschafteten Überschüsse werden in Form von Grund- und Zinsüberschussanteilen weitergegeben. Die Grundüberschussanteile werden mit den von mir zu zahlenden Versicherungsbeiträgen verrechnet. **Die Zinsüberschussanteile werden verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt.**

Zuwendungserklärung

Die während meiner Mitgliedschaft auf die Sterbegeldversicherung anfallenden Grundüberschussanteile werden mit den von mir zu zahlenden Versicherungsbeiträgen verrechnet. Bis auf meinen jederzeit möglichen Widerruf wende ich dem BFW der GEW laufend Beträge in Höhe der jeweils verrechneten Überschussanteile zu. Dadurch kommen diese Beträge wirtschaftlich nicht mir, sondern dem BFW der GEW zu 64 % für satzungsgemäße Aufgaben und zu 36 % zur Förderung der Sterbegeldeinrichtung (Kostendeckungsmittel) zugute. Über die Höhe der Zuwendungen gibt das BFW der GEW auf Anfrage jederzeit Auskunft. Bei Widerruf der Zuwendungserklärung beträgt der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag 2,50 €.

Unterschriften

Bevor Sie diese Beitrittserklärung unterschreiben, lesen Sie bitte auf der Rückseite die Einwilligungserklärung der zu versichernden Person. Die Einwilligungserklärung enthält u.a. die Klausel nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und Hinweise zum Widerspruchsrecht; sie ist wichtiger Bestandteil des Vertrages. Sie machen mit Ihrer Unterschrift die Einwilligungserklärung zum Inhalt dieser Beitrittserklärung.

Ort / Datum ✘

Unterschrift der zu versichernden Person ✘

Unterschrift der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers ✘

Interne Angaben

Gruppenvertragsnummer	Personenkreis	Versicherungsscheinnummer	Versicherungssumme	Versicherungsbeginn
4 7 9 0 0 5 8 6 6 1		4 7		0 1 2 0 1 1

Einwilligungserklärung **Die Vereinigung und die zu versichernde Person geben die nachfolgend abgedruckten Einwilligungserklärungen zur Datenverarbeitung nach dem Bundesdatenschutzgesetz und zur Schweigepflichtentbindung ab.**

Widerrufsrecht **Widerrufsbelehrung auf Abschluss eines Versicherungsvertrages**

Sie können Ihre Erklärung bis zum Ablauf von 30 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins und der Bestimmungen und Informationen zum Vertrag (BIV) ohne Angabe von Gründen schriftlich widerrufen. Eine Erklärung in Textform (z.B. per Brief, Fax oder E-Mail) ist ausreichend. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden. Sofern der vorseitig genannte Versicherungsbeginn vor dem Ablauf der Widerrufsfrist liegt, bin ich damit einverstanden, dass der erste oder einmalige Beitrag (Einlösungsbeitrag) - abweichend von der gesetzlichen Regelung - vor Ablauf der Frist fällig d.h. unverzüglich zu zahlen ist.

I. Bedeutung dieser Erklärung und Widerrufsmöglichkeit

Ihre personenbezogenen Daten benötigen wir zur Verhinderung von Versicherungsmissbrauch, zur Überprüfung unserer Leistungspflicht, zu Ihrer Beratung und Information sowie allgemein zur Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung.

Personenbezogene Daten dürfen nach geltendem Datenschutzrecht nur erhoben, verarbeitet oder genutzt werden (Datenverwendung), wenn dies ein Gesetz ausdrücklich erlaubt oder anordnet oder wenn eine wirksame Einwilligung des Betroffenen vorliegt.

Nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) ist die Verwendung Ihrer **allgemeinen personenbezogenen Daten** (z.B. Alter oder Adresse) erlaubt, wenn es der Zweckbestimmung eines Vertragsverhältnisses oder vertragsähnlichen Vertrauensverhältnisses dient (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 BDSG). Das gleiche gilt, soweit es zur Wahrung berechtigter Interessen der verantwortlichen Stelle erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Verarbeitung oder Nutzung überwiegt (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 BDSG). Die Anwendung dieser Vorschriften erfordert in der Praxis oft eine umfangreiche und zeitintensive Einzelfallprüfung. Auf diese kann bei Vorliegen dieser Einwilligungserklärung verzichtet werden.
Zudem ermöglicht diese Einwilligungserklärung eine Datenverwendung auch in den Fällen, die nicht von den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes erfasst werden (Vgl. dazu Ziffer II).

Einen intensiveren Schutz genießen **besondere Arten personenbezogener Daten** (insbesondere Ihre Gesundheitsdaten). Diese dürfen wir im Regelfall nur verwenden, nachdem Sie hierin ausdrücklich eingewilligt haben (Vgl. dazu Ziffer III.). Mit den nachfolgenden Einwilligungen zu Ziffer II. und Ziffer III. ermöglichen Sie zudem eine Datenverwendung auch solcher Daten, die dem besonderen gesetzlichen Schutz von Privatgeheimnissen gemäß § 203 Strafgesetzbuch unterliegen.

Diese Einwilligungen sind ab dem Zeitpunkt der Antragstellung wirksam. Sie wirken unabhängig davon, ob später der Versicherungsvertrag zustande kommt. Es steht Ihnen frei, diese Einwilligungserklärungen mit Wirkung für die Zukunft jederzeit ganz oder teilweise zu widerrufen. Dies lässt aber die gesetzlichen Datenverarbeitungsbefugnisse unberührt. Sollten die Einwilligungen ganz oder teilweise verweigert werden, kann das dazu führen, dass ein Versicherungsvertrag nicht zustandekommt.

II. Erklärung zur Verwendung Ihrer allgemeinen personenbezogenen Daten

Hiermit willige ich ein, dass meine personenbezogenen Daten unter Beachtung der Grundsätze der Datensparsamkeit und der Datenvermeidung verwendet werden
1.a) zur Vertragsabwicklung und zur Prüfung der Leistungspflicht;
b) zur Weitergabe an den/die für mich zuständigen Vermittler, soweit dies der ordnungsgemäßen Durchführung meiner Versicherungsangelegenheiten dient;
2. zur gemeinschaftlichen Führung von Datensammlungen der zur AXA Gruppe gehörenden Unternehmen (zu denen auch die DBV Deutsche Beamtenversicherung zählt und die im Internet unter www.dbv.de einsehbar sind oder mir auf Wunsch mitgeteilt werden), um die Anliegen im Rahmen der Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung schnell, effektiv und kostengünstig bearbeiten zu können (z.B. richtige Zuordnung Ihrer Post oder Beitragszahlungen). Diese Datensammlungen enthalten Daten wie Name, Adresse, Geburtsdatum, Kundennummer, Versicherungsnummer, Kontonummer, Bankleitzahl, Art der bestehenden Verträge, sonstige Kontaktdaten;
3. durch andere Unternehmen/Personen (Dienstleister) innerhalb und außerhalb der AXA Gruppe, denen der Versicherer oder ein Rückversicherer Aufgaben ganz oder teilweise zur Erledigung überträgt. Diese Dienstleister werden eingeschaltet, um die Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung möglichst schnell, effektiv und kostengünstig zu gestalten. Eine Erweiterung der Zweckbestimmung der Datenverwendung ist damit nicht verbunden. Die Dienstleister sind im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung verpflichtet, ein angemessenes Datenschutzniveau sicher zu stellen, einen zweckgebundenen und rechtlich zulässigen Umgang mit den Daten zu gewährleisten sowie den Grundsatz der Verschwiegenheit zu beachten;

4. zur Verhinderung des Versicherungsmissbrauchs und bei der Klärung von Ansprüchen aus dem Versicherungsverhältnis durch Nutzung konzerneigener Datenbestände sowie Nutzung eines Hinweis- und Informationssystems der Versicherungswirtschaft mit Daten, die der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) im Auftrag der Versicherer verschlüsselt. Auf Basis dieses Systems kann es zu einem auf den konkreten Anlass bezogenen Austausch personenbezogener Daten zwischen dem anfragenden und dem angefragten Versicherer kommen;

5. zur Beratung und Information über Versicherungs- und sonstige Finanzdienstleistungen durch

a) den Versicherer, andere Unternehmen der AXA Gruppe und den für mich zuständigen Vermittler;
b) Kooperationspartner des Versicherers (die im Internet unter www.axa.de einsehbar sind oder mir auf Wunsch mitgeteilt werden); soweit aufgrund von Kooperationen mit Gewerkschaften/Vereinen Vorteilskonditionen gewährt werden, bin ich damit einverstanden, dass der Versicherer zwecks Prüfung, ob eine entsprechende Mitgliedschaft besteht, mit den Gewerkschaften/Vereinen einen Datenabgleich vornimmt;

6. zur Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung, indem der Versicherer Informationen über mein allgemeines Zahlungsverhalten einholt. Dies kann auch erfolgen durch ein anderes Unternehmen der AXA Gruppe oder eine Auskunftei (z.B. Bürgel, Infoscore, Creditreform, SCHUFA);

7. zur Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung, indem der Versicherer ein Unternehmen der AXA Gruppe oder eine Auskunftei eine auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren erzeugte Einschätzung meiner Zahlungsfähigkeit bzw. der Kundenbeziehung (Scoring) einholt.

III. Erklärungen zur Schweigepflichtentbindung und Verwendung von Gesundheitsdaten

Schweigepflichtentbindung

Zur Bewertung unserer Leistungspflicht kann es erforderlich werden, dass wir die Angaben prüfen, die zur Begründung von Ansprüchen gemacht werden oder die sich aus eingereichten Unterlagen (z.B. Rechnungen, Verordnungen, Gutachten) oder Mitteilungen beispielsweise eines Krankenhauses oder Arztes ergeben. Diese Überprüfung unter Einbeziehung von Gesundheitsdaten erfolgt nur, soweit hierzu ein Anlass besteht (z.B. Fragen zu Unfalltod oder Selbsttötung).
Um diese Prüfung und Bewertung zu ermöglichen, geben Sie folgende Erklärung ab:
a) Zum Zweck der Prüfung der Leistungspflicht befreie ich von ihrer Schweigepflicht Ärzte, Pflegepersonen und Bedienstete von Krankenhäusern, sonstigen Krankenanstalten, Pflegeheimen, Personenversicherern, gesetzlichen Krankenkassen sowie von Berufsgenossenschaften und Behörden, soweit ich dort in den letzten 10 Jahren vor Antragstellung untersucht, beraten oder behandelt worden bin bzw. versichert war oder einen Antrag auf Versicherung gestellt habe.
b) Die Angehörigen des Versicherers und seiner Dienstleistungsgesellschaften befreie ich von ihrer Schweigepflicht insoweit, als Gesundheitsdaten an beratende Ärzte oder Gutachter weitergegeben werden. Wir werden Gesundheitsdaten nach den Absätzen a) und b) nur erheben zur Leistungspflichtprüfung.

Datenverwendung

Um die Datenverwendung zu ermöglichen, geben Sie folgende Erklärungen ab:
a) Ich willige in die Verwendung der von den vorstehenden Schweigepflichtentbindungserklärungen erfassten Gesundheitsdaten zur Leistungsprüfung ein. Die Grundsätze der Datensparsamkeit und Datenvermeidung sind zu beachten.
b) Ich willige ferner ein, dass die von den vorstehenden Schweigepflichtentbindungserklärungen erfassten Gesundheitsdaten unter Beachtung der Grundsätze der Datensparsamkeit und Datenvermeidung im Sinne der Ziffer II. Nr. 1 (Vertragsabwicklung), Nr. 3 (Outsourcing an Dienstleister), Nr. 4 (Missbrauchsbekämpfung) und Nr. 5 (Beratung und Information) verwendet werden dürfen.
Zur Missbrauchsbekämpfung im Rahmen einer besonderen Konzerndatenbank dürfen Gesundheitsdaten nur von Kranken-, Unfall- und Lebensversicherern eingesehen und verwendet werden (Ziffer II. 4).

Allgemeine Hinweise

Mir ist bekannt, dass die Vereinigung Versicherungsnehmerin ist. Sie handelt in meinem Auftrag. Ich bevollmächtige die Vereinigung zur Vertretung bei der Abgabe und Entgegennahme aller das Versicherungsverhältnis betreffenden Willenserklärungen (einschließlich der Kündigung der Sterbegeldversicherung beim Ausscheiden des Mitglieds aus der Vereinigung); die Vertretungsbefugnis erstreckt sich jedoch nicht auf die Empfangnahme von Versicherungsleistungen und die Änderung des Bezugsrechts.

Bei höherem Eintrittsalter können die zu zahlenden Beiträge in ihrem Gesamtbetrag die versicherte Leistung unter Umständen übersteigen.

Eine Durchschrift der Beitrittserklärung wird mir unverzüglich nach Unterzeichnung zugesandt.
Auf diesen Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung.
Soweit Vorteilskonditionen gewährt werden, die vom Bestehen der Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft/Vereinigung abhängig sind, erfolgt ein Datenabgleich mit dieser Organisation ohne Bekanntgabe der Versicherungsinhalte.

Die für Ihre Versicherung zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 1308, 53003 Bonn, Internet: www.bafin.de.

Unser Unternehmen ist Mitglied im Verein Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 080632, 10006 Berlin.

Versicherungsträger

DBV Deutsche Beamtenversicherung
Lebensversicherung AG
Sitz: Wiesbaden (AG Wiesbaden - HRB 7501-)
Vorsitzender des Aufsichtsrats: Herbert Falk

Vorstand: Dr. Frank Keuper (Vors.), Dr. Patrick Dahmen, Wolfgang Hanssmann, Ulrich C. Nießen, Thomas Gerber, Dr. Heinz-Jürgen Schwering

Anschrift:
Frankfurter Straße 50
65189 Wiesbaden

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.

Beamtendarlehen mit *Best-Preis-Garantie

Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter

* Best-Preis-Garantie der AK-Finanz: Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.ö.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen als bei uns - bei 12jähriger Laufzeit – (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen **100.- €-Tankgutschein.**

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

Angebotsbeispiel:

Äußerst günstige Beamten-/Angestelltendarlehen, z.B. B.a.L/Angestellte ö.D. unkündbar, 30J. alt, Lfz. 12 J., Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50.000 € Darlehensnennbetrag, mtl. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000 € = 2%, Darlehensnettobetrag 49.000 €, effektiver Jahreszins 6,66%. Bei 20 J. Lfz. Rate deutlich niedriger. Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilsverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110%.

Nachfolger gesucht für eine langjährig bestehende Internatsherberge für Berufsschüler in Niedersachsen, PLZ 29378. Eine sozialpädagogische Arbeit, verbunden mit der Möglichkeit eigene Veranstaltungen anzubieten.
T: 05831 / 7486, Mobil: 0173 / 6018275
www.berlinerhof-rade.de

lutzgoerner.de
Ein Titan der Erzählkunst (RP)
Klicken lohnt sich

Sucht, Depression, Angst, Burn-out

Zurück ins Leben

Beratung und Information
0800 32 22 32 2
(kostenfrei)

Sofortaufnahme – auch im akuten Krankheitsstadium.
Hochintensive und individuelle Therapien
für Privatversicherte und Beihilfeberechtigte.
Wir helfen bei der Klärung der Kostenübernahme.

Unsere privaten Akutkrankenhäuser:
Schwarzwald, Weserbergland,
Berlin/Brandenburg
www.oberbergkliniken.de

Oberberg
Psychotherapie · Psychiatrie · Psychosomatik

Die Wollmarshöhe

Klinik Wollmarshöhe

Fachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Individuelle Hilfe mit Verfahren der klassischen Medizin, Psychotherapie und Naturheilkunde.

Akutaufnahme möglich nach § 4 Abs. 4 (Privatversicherer). 40 Betten, Arzt / Pat.Verhältnis 1:5. EZ-Unterbringung, persönliche Atmosphäre, in Bodenseenähe (Bodnegg).

Für Privatpatienten und Beihilfeberechtigte.

Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

Information: 07520 927-0

Klinik Wollmarshöhe Gmbh
info@klinik-wollmarshoehe.de

www.wollmarshoehe.de

www.klinik-wollmarshoehe.de

System-Schulplaner
für Schuljahr 2011 / 2012
- Formate A4 + A5 + A6
- Flexible Formblätter für Schüler-Notenverwaltung
- bis 13 Klassen à 6 Seiten
- Tagesplan bis 10 Unterrichts-Stunden
- Jahrespläne für 11/12 u. 12/13 + Stundenpläne etc.
- Einstecktasche für lose Blätter

TimeTEX
HERMEDIA Verlag
Postfach 109
93337 Riedenburg
F: 09442/92209-66

ab 5,95 €

T: 09442 / 922 090 Besuchen Sie uns: **www.timetex.de**

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung
TOP - ZINSSÄTZE für Beamte und Tarifbeschäftigte
ab 5-jähriger Beschäftigung, auch für Pensionäre bis 58 Jahre

Darlehenshöhe ab 10.000,00 € bis 80.0000,00 €, Festzinsgarantie, Laufzeiten 12, 15 und 20 Jahre, Sondertilgung und Laufzeitverkürzung möglich, auch ohne Ehepartner, für jeden Zweck: Anschaffungen, Ausgleich Girokonto, Ablösung anderer Kredite
kostenlose Beratung: Mo - Fr von 8:00 - 20:00 Uhr
Info-Büro: 0800 / 77 88 000
vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark
Fax: 05130 / 79 03 95, jaeckel@beamtendarlehen-center.de
www.beamtendarlehen-center.de

www.hamosons.de
Umhängetasche für Lehrer
- leichtes, robustes Leder
- geräumig + Laptopfach

Nur 149 Euro. 1 Monat Widerrufsrecht.

www.sonderdarlehen.de
Ihre Zufriedenheit ist unser Erfolg!
NULLTARIF: 0800 056 7836

3 in 1
GUTES UND SCHÖNES
Geschenke | Schmuck | Naturkosmetik
www.dreiineins.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker *Seit 1997*

Unser Versprechen: *„Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen"*

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif-0800-33 10 332
Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

www.freundschaftspins.de
über 190 Kombinationen kurzfristig ab Lager lieferbar !

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

www.cts-reisen.de
Gruppen- und Studienreisen GmbH
Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-0

SCHWEDEN - Ferienhäuser - Blockhäuser - Bauernhöfe
100 seitiger Katalog gratis!!!
SÜDSCHWEDISCHE FERIENHAUS-VERMIETUNG
Box 41, S-289 21 Knislinge, Tel. 004644/60655
Fax 004644/61519, E-mail So@ssf-turist.se

Schullandheim Freizeitstätte Tagungshaus
Für Schulkinder, Jugendliche und Erwachsene.
Direkt am Elbe-Lübeck-Kanal.
Info: Pro FUN, Staatl. Handelsschule
Kellinghusenstr. 11, 20249 Hamburg
T: 0 40 428985-233, F: 040 428985-234
www.HausLankau.de

SARDINIEN: DIE UMWELTOASE
Individ. Häuser + Whg. **v. Privat direkt an Super-Sandstrand!** Ideal f. Familie, Surfer, Taucher u. Faulenzer! Günstig! Gratis-Prospekt: **Tel. (05563) 1000!**
www.sardinienferienhaus.de

Gratiskatalog anfordern: 0221 - 760 99 70 www.highlaender-reisen.de
HIGHLÄNDER AKTIV REISEN
Willkommen in Irland!

TOSKANA unweit der Kunstzentren. Sie suchen Ruhe, Schönheit, Entspannung - das alles finden Sie bei uns! Schöne FeWo, großer Pool, 80000 qm Park, Terrassen, Panoramablick, sichere Parkplätze.
PILDNER, Montaione, **www.pievalinghe.it**
Tel. + Fax 0039 - 0571 - 69502 deutsch spr., privat.

Cirali/Olympos/Türkei
Bucht ohne Beton 80 km von Antalya
Fam. Pension in idyllischer Landschaft
Zi. m. DU/WC, Klimaanlage, türk. Küche
www.cemilpension.com

Klassenfahrten nach Berlin
(incl. Transfer, Unterkunft, Programmgestaltung nach Absprache)
Biss, Fichtestr. 30, 10967 Berlin
Telefon (0 30) 6 93 65 30
www.berlin-mit-biss.de

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

SÜDFRANKREICH 2 charm. FeWo
3 (-7) Pers. in idyll. Dorf am Fuß der Cevennen. Herrliche Landschaft, Causses, Fluss. Lac Salagou 12 km, schnell am Meer. Von privat.
Info auf: **www.ditsch.fr/peg/**

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin
www.berlinreisen.de

Segeln in der westlichen Ostsee. Klassenfahrten auf einem schönen Segellogger für Gruppen bis 32 Pers. Segeln, Navigieren, die Reiseroute mitbestimmen. Ankern - Baden - Spaß haben. J. Kowalski, Martinsberg 6, 24941 Flensburg. **www.ryvar.de, Tel. 0461 /13238, Fax /180439**

www.Herberge-Harz.de
3 Tage ab 49 € - 5 Tage ab 79 € (ÜB/VP, Programm inklusive).
Keine Stornoklausel, Freiplätze für Begleitpersonen.
Besondere Angebote: Winter-, Weihnachts- und Outdoorprogramme.
Telefon: 03947 - 2793

• **Berlin – Stadtführungen**
• **Schülertouren mit dem Rad und zu Fuß**
TRAVEL SITE
www.travelxsite.de

KRETA & GRIECHENLAND Ferienwohnungen
Tel: 07904 944100 · Fax: 944101
www.kreta-ferienwohnungen.de

ITALIEN: LIGURIEN UND TOSKANA
wunderschöne Ferienhäuser / -whg privater Vermieter, mit Gärten, ruhig, nicht weit vom Meer, mittelalterliche Dörfer, herrliche Natur...
Tel.: 089 / 33 37 84, www.litos.de

Günstige Klassenfahrt?
4xÜ Mo-Fr
ab 130,- Euro p.P.
Inklusive Vollpension, Hochseilgarten Kanutour, Stadtbesichtigung Lüneburg
ilmenaupark-melbeck.de

Türkische Ägäis – Wiege der Zivilisationen
Kunst - Kultur - Natur in kleiner Pension am Nationalpark am Meer
www.domizil-lina-art.de

REAL-TOURS S.R.L.
Tel 00 39 / 05 47 / 67 27 27
Fax 00 39 / 05 47 / 67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico/Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E-Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2011

6 1/2 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen ab € 218,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 4 Tage HP, Ausflüge: Venedig, San Marino, Ravenna.

8 1/2 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen ab € 244,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 6 Tage HP, Ausflüge: Urbino & San Marino, Venedig, Ravenna.

Freiplätze CESENATICO: 16 - 20 Schüler 1 Freiplatz, 21 - 35 Schüler 2 Freiplätze, 36 - 45 Schüler 3 Freiplätze, 46 - 60 Schüler 4 Freiplätze.

6 1/2 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen ab € 249,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 4 Tage HP, Ausflüge: Florenz, Pisa & Lucca.

8 1/2 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen ab € 274,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 6 Tage HP, Ausflüge: Florenz, Pisa & Lucca, Siena & San Gimignano.

6 Tage Busfahrt nach Südtirol mit Ausflügen € 250,- VP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück (keine Nachtfahrt), 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig o. Verona, Sterzing, Brixen & Bruneck.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Rom mit Ausflügen ab € 329,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP im Mittelklassehotel ca. 50 km bis Rom, 4 Tagesfahrten i. d. Stadt mit Programmvorschlägen.

6 1/2 Tage Busfahrt zum Gardasee mit Ausflügen ab € 288,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 4 Tage HP, Ausflüge: Verona, Venedig, Sirmione.

8 1/2 Tage Busfahrt zum Gardaseee mit Ausflügen ab € 339,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 6 Tage HP, Ausflüge: Verona, Venedig, Sirmione, Riva.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Sorrent mit Ausflügen ab € 329,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück mit Zwischenübernachtung, 7 Tage HP, Ausflüge: Pompeji, Vesuv, Amalfiküste, Neapel/Capri.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Griechenland mit Ausflügen ab € 373,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, Fähre Ancona - Patras, Ausflüge: Athen, Olympia, Mykene & Epidauros.

8 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen ab € 278,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP, Ausflüge: Barcelona, Montserrat, Figeres & Gerona.

10 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen ab € 327,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP, Ausflüge: Barcelona, Montserrat, Figeres & Gerona, Fahrt entlang der Küste.

4-Tage-Fahrt nach Berlin, 4-Tage-Fahrt nach München, 7 1/2 Tage London mit Ausflügen, 6 Tage Paris mit Ausflügen, 6 Tage Prag mit Ausflügen. Preise auf Anfrage.

NEU +++ Pakete für Fahrten bei eigener Anreise, z. B. per Flug +++ NEU
4-Tage-Fahrt nach Barcelona, 4-Tage-Fahrt nach Madrid, 4-Tage-Fahrt nach Sevilla, 6-Tage-Fahrt nach Spanien / Katalonien 6-Tage-Fahrt nach Cesenatico. Preise auf Anfrage.

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2011.

Weitere Informationen auch bei R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf, Telefon 0 83 22 / 800 222, Telefax 0 83 22 / 800 223.

Die ostfriesische Nordseeküste
5 Tage ab € 99,00 inkl. HP
www.klassenfahrt-nordsee.de
Jugendwerk Brookmerland
Leezdorfer Straße 70, 26529 Leezdorf
Tel. 04934 - 804257, Fax 04934 - 7827
info@klassenfahrt-nordsee.de

Holiday Village Florenz, ITALIEN
Ideal für Schulausflüge nach Italien, ab 25 € /Person /Tag, HP
- Direkt am Meer, Schwimmbad, Animation, Basketballplatz, Volleyballfeld, 8-Mann-Fußballplatz
- Venedig 100 km, Ravenna 30 km, Ferrara 60 km, Florenz 200 km
- Unterbringung in modernen Mobilheimen, mit TV Sat, Klimaanlage, gratis WI FI

www.holidayvillageflorenz.com
holiday village florenz

Rom
Sonne, Kunst & Kultur
5-tägige Flugreise ab **193 €**
Gruppen- und Studienreisen GmbH
Tel. 05261 2506-8110 | italien@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

KLASSENREISEN
Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland
Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com
Katalog unter: 030-303083-6

Aquitanien

Atlantik-Flair pur!

7-tägige Klassenfahrt ab **218 €**

CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH

Tel. 05261 2506-7180 | frankreich@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

CJD MALENTE –BILDUNGSZENTRUM–

die-chancengeber.de

Erlebnis–Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz

Teamentwicklung für Schulklassen:

- Selbstvertrauen und Körperbeherrschung
- Training im Hochseilgarten Malente
- Ein Tag im Outdoor–Camp / GPS–Rallye

Infos, Flyer und Präsentationshilfen:	Godenbergstr. 7b, 23714 Malente Fon 04523 / 9916-0, Fax / 9916-16	www.cjd-malente.de info@cjd-malente.de

Klassenfahrten SEGEL- u. SURFKURSE

Mountainbikes, Skating, Beachvolleyball

1 Woche (5 Tg.) Kurs + Vollpension € 159,-

1 Woche (5 Tg.) Kurs + Übernachtung € 119,-

Je 12 Personen - 1 Begleiter frei

anerkannt vom DSV
anerkannt vom DMYV
Mitglied im VDS

03.10.-30.04. 5 Tage Übernachtung/ Vollpension 79,- €

www.ostwind.com

OSTWIND SEGELSPORT GmbH

Am Brackstock, 24321 Hohwacht/Ostsee
Tel. 0 43 81 - 90 51 - 0, Fax 90 51 - 10, info@ostwind.com

Berlin, Berlin
wir fahren nach Berlin!

SPORTJUGEND BERLIN

JUGENDHOTEL BERLIN

KOMPETENT - FAIR - FREUNDLICH

- Zentral gelegenes City-Hostel, U-Bhf. direkt vor der Tür, alle Sehenswürdigkeiten sind bequem und schnell erreichbar
- Spezialisiert auf Schulklassen, Fachgruppen, Sportvereine und Sportler, Ferienfreizeiten und junge Familien
- Alle Zimmer mit Bad / WC, Einzelzimmer für Begleiter und Busfahrer
- Preis pro Person im Dreibettzimmer inkl. Frühstück: ab 20,50 €
- Aufsichtsführende Lehrkräfte gratis im Einzelzimmer (20 : 1)

Einfach anrufen: 030 - 322 10 11
jugendhotel@sportjugend-berlin.de
www.sportjugendhotel-berlin.de
Kaiserdamm 3 • 14057 Berlin - Charlottenburg

TÜRKEI EINMAL ANDERS

Urlaub im malerischen Fischerstädtchen Kas.

Kleine Pension, dt.-türk. Ltg., Dachterrasse, traumhafter Meerblick, alle Zi. mit DU/WC. Zi.-Preise/Nacht mit Frühstück: DZ 54 €, EZ 40 €, Fam.-Zi. 80 €.

Telefon: 0172 / 913 66 77
www.brigitte-krickl-reisen.de

Schüler-Gruppenreisen

Hier stimmen Preis und Leistung - europaweit

Alle Reisen inkl. Ausflugsprogramm

- 5 1/2 Tage London, 3 x ÜF	ab € 149,-
- 5 1/2 Tage Trentino, 4 x HP	ab € 145,-
- 6 1/2 Tage Gardasee, 4 x HP	ab € 159,-
- 6 1/2 Tage Rom, 4 x ÜF	ab € 164,-
- 7 1/2 Tage Toskana, 5 x HP	ab € 185,-
- 7 1/2 Tage Ital. Adria, 5 x HP	ab € 174,-
- 7 1/2 Tage Spanien, 5 x HP	ab € 154,-
- 5 Tage Prag, 4 x ÜF	ab € 92,-

Fordern Sie jetzt unverbindlich und kostenlos Ihr individuelles Angebot an.

49733 Haren - Kruppstr. 6
Tel.: 0 59 32 / 40 66 - Fax: 41 65
E-Mail: Info@Gravelaar.de
Reiseveranstalter - Busunternehmer

Gravelaar REISEN

Klassenfahrten Versailles

mit oder ohne Sprachkurs

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830

www.reichardt.eu

MESO

AGARIA TOURS

Fachveranstalter für Pragreisen

Prag? Nur mit uns!

Geprüft: Alles, was wir anbieten, testen wir vorher selbst.

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Klassenfahrt

Reit- und Ponyhof
in Ostsee-Nähe mit Natur-Angeboten

Leistungen: 2 Reitstunden abwechselnd mit Ausritten u. Planwagenfahrten. 2 Fußballplätze, Volleyball- u. Basketballplatz, Spielwiese, Kletterbäume, Badesee mit Flößen, Fahrradverleih. Jede Klasse erhält eigenen Aufenthaltsraum. **Kulturstätten: Kiel und Schleswig.** Preis: 5 Tage VP inkl. Reiten 135 € / Schüler, 2 Freiplätze je Klasse. **Sonderpreis:** 110 € vom 30. Oktober - 31. März
24361 Hof Kirchhorst, Tel 04356 / 99750, Fax 1413
www.hof-kirchhorst.de

HISTORISCHE ZEILVAART HARLINGEN

Segeln auf Wattenmeer und IJsselmeer

Traditionelle Segelschiffe mit erfahrener Besatzung. Klassenfahrten ab Harlingen.

Fordern Sie kostenlos unsere Broschüren mit Aktiv-Programm an:

Schipperscoöperatie Historische Zeilvaart Harlingen
Postbus 114, 8860 AC Harlingen, Holland,
Tel.: 0031 - 517 - 413242, Fax: 0031 - 517 - 414654
www.historischesegelfahrt.de

Berlin hotel greifswald **Berlin**

Das freundliche Hotel in Prenzlauer Berg.
Für Oberstufengruppen und Einzelreisende.
T: 030 4435283, www.hotel-greifswald.de

Winter-Special: **ROM** – die ewige Stadt!
Geschichte zum Anfassen!

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **134 €** p.P.

Freizeit Aktiv KLASSENFAHRTEN

www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190

Seit 1966

Friesland Charter

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen

Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl

Klipper DE HOOP**

Schleswig-Holsteinische Gesellschaft für Einrichtungen der Jugendpflege e.V.

Kennen Sie uns schon?

Häuser und Zeltlager an Nord- und Ostsee für Ihre Klassenfahrten, Jugendbildungsreisen, Ferienfreizeiten, Chor- und Orchesterproben...

Rufen Sie uns an: 0431 / 82 460
Mehr Infos unter: **www.shgej.de**

ENGLAND

www.s-e-t.de
Tel: 0421–308820

S-E-T

- Top-Unterbringung • Top-Programm • Shakespeare

Der Spezialist für Klassenfahrten England

- London, Oxford, Canterbury, Hastings, Eastbourne...

Schulfahrt.de – Der Schulklassendienst

Klassenfahrt Prag

inklusive Programm und Halbpension zum unschlagbaren Festpreis!

Hotel Luna: Idealer Ausgangspunkt; Sie wohnen in Appartements mit Du/WC. Sauna, Fitnesscenter, Hallenbad etc. finden Sie unweit. Im Hotel werden Sie deutschsprachig beraten und betreut.

abwechslungsreiches Programm bereits inklusive:
halbtägige jugendgerechte Stadtführung, Ausflüge nach Theresienstadt und in die Brauereistadt Pilsen bzw. zum Skodawerk/-museum Mlada Boleslav

5 Tage inkl. Programm zum Festpreis
(= ohne Zuschläge, unabhängig von Gruppengröße u. Schulort)

28.11.–02.12.2011, 05.12.–09.12.2011
12.12.–16.12.2011, 09.01.–13.01.2012
119,- €

31.10.–04.11.2011, 07.11.–11.11.2011
14.11.–18.11.2011, 21.11.–25.11.2011
23.01.–27.01.2012 **129,- €**

oder 4**- Kongresshotel:** komfortable Zimmer, Wellnessbereich, Bowling, Tennis nur 7 EUR Zuschlag pro Pers./Nacht!

Schnell Termin sichern und sparen:
Schülereisedienst GmbH · Telefon: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33 77 -19 · E-Mail: info@schulfahrt.de

www.schulfahrt.de

Diesmal

Cartoon: Thomas Plassmann